die tageszeitung

Ausgabe West Nr. 13596 Dienstag 1. April 2025 € 3,60 Ausland € 3,00 Deutschland

Marine ne va plus

■ Die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen wird von einem Gericht für die Veruntreuung von EU-Geldern verurteilt. Sie kann deshalb wohl nicht bei den Präsidentschaftswahlen 2027 antreten **3**

Rien ne va plus, nichts geht mehr: Marine Le Pen darf fünf Jahre lang kein politisches Amt ausüben Foto: Jacques Brinon/ap/dpa

Die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen ist wegen der Veruntreuung öffentlicher Gelder in ihrer Zeit als EU-Abgeordnete am Montag zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Davon sind zwei Jahre auf Bewährung ausgesetzt, die übrigen zwei sollen durch das Tragen einer elektronischen Fußfessel abgegolten werden, wie die Richterin in Paris am Montag urteilte.

Das von der Richterin Bénédicte de Perthuis verhängte Verbot, bei Wahlen anzutreten, gilt ab sofort für fünf Jahre – auch für den Fall, dass Le Pen in Berufung geht. Die Richterin begründete das Verbot mit einem drohenden „Rückfallrisiko".

Sie verwies zudem auf eine „erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung, die es bedeuten würde, wenn sich eine in erster Instanz verurteilte Person zur Präsidentschaftswahl stellt".

Le Pen kann gegen das Urteil Berufung einlegen. Die Vorsitzende der Partei Rassemblement National (RN), acht ehemalige EU-Abgeordnete und zwölf parlamentarische Assistenten wurden von dem Gericht schuldig gesprochen, mehr als vier Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Parlaments veruntreut zu haben, um Mitarbeiter der Partei in Frankreich zu bezahlen. Richterin de Perthuis sagte, Le Pen habe „im Zentrum" des Systems gestanden. Die Angeklagten haben die Vorwürfe zurückgewiesen.

In Umfragen zur Präsidentschaftswahl liegt Le Pen derzeit vorne. Sie hat bis jetzt dreimal für das Präsidentenamt kandidiert und erklärt, 2027 werde ihr letzter Anlauf sein. Das Ämterverbot tritt sofort in Kraft, über eine sogenannte „vorläufige Vollstreckung", die von der Staatsanwaltschaft beantragt wurde. Es wird nur aufgehoben, wenn einer Berufung vor der Wahl stattgegeben wird. Ihr Parlamentsmandat behält sie bis zum Ende der Legislaturperiode. *(afp, reuters)*

■ Wehrhaftig

Die Grünen in Bayern bringen in der Wehrpflichtdebatte einen sechsmonatigen verpflichtenden „Freiheitsdienst" ins Spiel.
2

■ Testwahl

Am Dienstag finden in Florida Nachwahlen für den US-Kongress statt. Die Demokraten rechnen sich Chancen aus, das Rennen ist enger als erwartet.
11, 12

■ Ausgemüllert

Alles hat ein Ende, auch die Ära Thomas Müller beim FC Bayern: Nach 17 Saisons ist für den Weltmeister von 2014 Schluss – auf dem Platz zumindest.
13

■ Auf die Kette

Das EU-Gesetz über Lieferkettenrichtlinien soll auf 2028 verschoben werden. Am Montag hat das EU-Parlament darüber abgestimmt.
8

■ Aufklärung!

Das Deutsche Theater bringt Lars von Triers „Hospital der Geister" auf die Bühne: Horror, Humor, Hochkomik.
15

Hier geht noch was im Druck

■ Nostalgie in Druckerschwärzeschwarz: Die Serie „druckschluss" verabschiedet die gedruckte tageszeitung

Von **Andreas Rüttenauer** und **Harriet Wolff**

Schön, so eine taz-Titelseite im Layout von einst, nicht wahr? Dank gleich mal an einen unserer Layouter, der hier akribisch ein Sammelsurium tazziger Designelemente ab den 1980er Jahren zusammengebaut hat. Ja, so ähnlich hat die taz früher ausgesehen. Kein Aprilscherz heute: Jede Menge Text auf der Seite eins – und in der Mitte ein kleines Bildchen. Bleiwüste nennen wir das im Blattmacherjargon. Eine Kurzmeldung darf da nicht fehlen. Und die Ankündiger mit dem kleinen schwarzen Quadrat: Kenkel heißt das dunkle Viereck, das uns über viele taz-Jahre begleitet hat.

Blattmacher, Bleiwüste, Kenkel – es sind dies typische Worte aus der wunderbaren Welt der gedruckten taz. Es sind derer noch viele andere, ohne die wir uns ein Leben als Zeitungsmenschen eigentlich nicht vorstellen können. Wie gut, dass uns die wochentaz auch über unsere Seitenwende hinaus gedruckt bleibt: So philosophieren wir weiter über Marginalspalten, Durchschuss oder Kustoden. Denn ab 20. Oktober gibt es die Ausgaben von Montag bis Freitag ja nur noch digital. Das ist schon richtig so – und doch Grund genug, einzutauchen in die Holzzeitungswelt und ihre ganz speziellen Begrifflichkeiten.

So machen wir den Montag künftig zum Drucknostalgietag. Unter dem Kolumnentitel „druckschluss" erweisen wir der täglichen Holztaz auf Seite zwei die Ehre. Auch andere Plätze werden wir in loser Folge frei räumen für druckerschwärzeschwarze Schwärmereien. Los geht's heute auf der Nahaufnahme mit einer Reportage über den Weg einer Holztaz – von der Druckerei bis zur Auslieferung an einen Leser.
4–5

druckschluss

Unter diesem Motto schreiben wir in Reportagen und einer Kolumne auf, was uns bis zum Ende der gedruckten Werktagstaz erinnernswert scheint: Viel Holz also noch bis zum 17. Oktober, alle Zukunftsinfos unter: taz.de/seitenwende

Söders Wahrheit

■ CSU-Chef Markus Söder setzt darauf, dass Union und SPD bei ihren Koalitionsverhandlungen in den kommenden Tagen die zentralen – insbesondere finanziellen – Streitfragen aus dem Weg räumen. „Jetzt kommt die Woche der Wahrheit", sagte der CSU-Chef vor der Fortsetzung der Gespräche in Berlin. Eine zeitliche Prognose wollte Söder nicht abgeben: „Es gibt keinen Zeitdruck." *(dpa)*

verboten

**Guten Tag,
meine Damen und Herren!**

Doch, doch, es gibt ihn noch, den Fortschritt, diese Titelseite dokumentiert es: Was wäre die Welt ohne Layoutreformen? Aber dass die Werktagstaz nach dem 17. Oktober nicht mehr auf Papier gedruckt wird, das ist und bleibt

kein Aprilscherz.

verboten darf nicht tagesschau heißen

Kommentar

Politisch folgenreich, moralisch wichtig ■ Zum Urteil gegen Marine Le Pen

Die französische Justiz hat eine sensationelle und politisch ebenso folgenreiche wie moralisch wichtige Entscheidung getroffen: Das Pariser Strafgericht hat die Rechtspopulistin Marine Le Pen nicht nur wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder verurteilt, sondern sie auch für fünf Jahre für unwählbar erklärt – ab sofort.

Marine Le Pen spricht selbst von einer „politischen Guillotine". Sie werde mit einem solchen Urteil als Politikerin für „tot" erklärt. Tatsächlich dürfte damit ihre Karriere bis auf Weiteres zu Ende sein, zumindest was ihre Chancen angeht, eines Tages Staatspräsidentin zu werden. Auch wenn nun ihr Thronfolger Jordan Bardella an ihrer Stelle kandidieren dürfte, ändert sich die Ausgangslage für die Wahl von 2027. Denn nun hat ein Gericht offiziell befunden, dass diese Rechtsextremistin, die die anderen bei jeder Gelegenheit der Korruption beschuldigt, einer Wahl in höchste Ämter der Republik nicht würdig ist: weil sie das Gesetz verletzt hat.

Das Gericht disqualifiziert damit eine Kandidatin mit echten Siegeschancen vor einer Wahl, was ihre Sympathisant*innen schockiert. Es steht zu vermuten, dass sie dieses Urteil nicht akzeptieren und die Richter insgesamt der einseitigen Einmischung in die Politik beschuldigen wird, wie dies die Populisten gern sagen. Prompt haben sich diverse Sprecher der extremen Rechten in Europa mit ihr solidarisiert.

Natürlich ist die Frage legitim, ob die Justiz durch das Urteil nicht zu viel Einfluss auf die Politik nimmt. Die Gewaltenteilung ist in Frankreich ein sakrosanktes Prinzip, auch wenn das Gleichgewicht zwischen der politischen Staatsmacht und der Justiz immer wieder ins Wanken gerät. Im aktuellen Fall hat sich das Gericht aber ganz einfach an das Strafgesetz gehalten.

Dass Le Pen nun nicht kandidieren kann, ist kein Anlass für Mitleid. Im Gegenteil wäre es der Justiz als sträfliche Schonung ausgelegt worden, wenn ihr die vom Gesetz vorgesehene Zusatzstrafe erspart geblieben wäre. Wie schon in den Prozessen gegen Ex-Präsident Nicolas Sarkozy hat die französische Justiz klargemacht, dass die Politiker nicht über dem Gesetz stehen. Sie werden im Gegenteil besonders streng bestraft, wenn sie selbst nicht beispielhaft sind. Es ist im internationalen Kontext auch ein Urteil gegen die schleichende „Trumpisierung": Die Richter entscheiden nach dem Gesetz und den Fakten, und die verurteilten Delinquenten sind keine Opfer, weil ihre politische Ambitionen durchkreuzt werden.

Rudolf Balmer

4 190254 803000 20114

Ausgabe West
Nr. 13596

€ 3,60 Ausland
€ 3,00 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch
24.230
GenossInnen, die
in die Pressevielfalt investieren.

Infos unter geno@taz.de
oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de

Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
briefe@taz.de

taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz in sozialen Netzwerken:
taz.de/social

taz.de

das portrait

Foto: Space X via dpa

*Eine Frau und keine Berufsastronautin, aber **Rabea Rogge** darf ins All fliegen*

Die erste deutsche Frau im All wird wahrscheinlich keine Berufsastronautin sein. Rabea Rogge hat es einem glücklichen Zufall zu verdanken, dass sie am Dienstag zwischen 3 und 4 Uhr morgens deutscher Zeit mit einer Rakete von Elon Musks Firma SpaceX von Cape Canaveral in Florida ins All starten soll. Die 29-jährige Robotik-Doktorandin an der Norwegischen Technischen Universität in Trondheim lernte bei einer arktischen Skiexpedition den chinesischen Bitcoin- und Blockchainmilliardär Chun Wang kennen. Der ist nicht nur reich, sondern offensichtlich auch ein Abenteurer. Er hat nicht, wie bei Weltraumtouristen üblich, einen Platz in der Kapsel gebucht, sondern gleich die ganze Mission gekauft. So konnte er sich auch die drei anderen Crewmitglieder aussuchen.

Als Rogge Wang beim Expeditionstraining in der Arktis kennenlernte, habe sie ihm von ihrem Team studentischer Satellitenbauer an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich erzählt, sagte Rogge dem Magazin *National Geographic* in einem ihrer wenigen Interviews. „Dass er mich ein halbes Jahr später fragt, ob ich bei einer astronautischen Mission mitfliegen will, hätte ich im Traum nicht gedacht“, erinnert sich die gebürtige Berlinerin.

Dass Rogge, Chang und ihre zwei Mitstreiter:innen, die norwegische Filmemacherin Jannicke Mikkelsen und der australische Polarguide Eric Philips ins All fliegen können, verdanken sie den Fortschritten in der Raumfahrttechnik. Ihre Kapsel, die Crew Dragon, ist vollautomatisiert, ein Berufsastronaut mit Pilotenerfahrung muss auf der Mission nicht dabei sein. Die Kapsel wird auch von Weltraumagenturen gebucht, etwa, um ihre Astronaut*innen zur internationalen Raumstation ISS zu bringen.

Die europäische Weltraumagentur ESA hat bisher 12 Männer und keine einzige deutsche Frau ins All geschickt. Unter den Astronaut:innen der ESA sind zwar zwei deutsche Frauen, Amelie Schoenenwald und Nicola Winter. Sie warteten als Reserve-Astronautinnen bislang aber vergeblich auf ihren Flug ins All. Außerdem sammelt seit 2016 die private Initiative „Die Astronautin“ Gelder dafür, eine Deutsche auf die ISS zu bringen. Mit den zwei Finalistinnen Insa Thiele-Eich und Suzanna Randall stehe Rogge in gutem Austausch, erzählte sie dem *National Geographic*.

Dass nun, fast 50 Jahre nach dem ersten deutschen Kosmonauten Sigmund Jähn, als erste Frau eine ins All fliegt, die nicht Berufsastronautin ist, hat mit dem Strukturwandel zu tun. Neben dem Fortschritt liegt das auch an der Kommerzialisierung und Privatisierung des Weltraums, die es für Reiche immer einfacher machen, ins All zu fliegen – sowie für die, die ihre Bekanntschaft schließen.

Der private Raumfahrtsektor hat mehr Geld und kann risikofreudiger sein. Prozesse wie die Planung und Durchführung eines Weltraumflugs sind daher oft wesentlich schneller. Während die Agenturen dazu jahrelang ausbilden, weil sie auf einen mehrmonatigen Aufenthalt auf der ISS mit Außenbordeinsätzen und wissenschaftlichen Experimenten vorbereiten, trainieren Raumfahrer:innen wie Rogge quasi im Schnelldurchlauf: Seit August 2024 ist sie für ihr Trainingsprogramm in Kalifornien. Rogge und ihre Mitstreiter:innen werden aber auch nur für 3 bis 5 Tage im All sein.

Kurz vor ihrem Abflug sprach Rogge mit der dpa: Sie werde eine historische Medaille aus der Sammlung des Deutschen Technikmuseums Berlin mitnehmen, die den Flugpionier Otto Lilienthal ehrt, sowie die Kopie der Freiheitsglocke aus dem Rathaus Berlin-Schöneberg.

Enno Schöningh

Pflicht zu „Freiheitsdienst“

Zwei Grünen-Politiker aus Bayern wollen alle Menschen von 18 bis 67 zu einem 6-monatigen Dienst für Deutschland zwingen. Umgesetzt wird das wohl kaum

Von **Pascal Beucker**

Zumindest eine gewisse Originalität ist der bayerischen Landtagsfraktion der Grünen nicht abzusprechen. In der Debatte über eine Wiedereinsetzung der Wehrpflicht schlägt deren Vorsitzende Katharina Schulze jetzt gemeinsam mit dem innenpolitischen Sprecher Florian Siekmann einen verpflichtenden „Freiheitsdienst“ vor.

Am Wochenende haben sie ihre Vorstellungen veröffentlicht: Demnach sollen alle in Deutschland lebenden Menschen zwischen 18 und 67 Jahren irgendwann für insgesamt sechs Monate entweder Wehrdienst bei der Bundeswehr schieben, im Bevölkerungsschutz tätig sein oder einen Gesellschaftsdienst ableisten. „Es ist an der Zeit, die Frage zu stellen: Was kannst du für dein Land tun?“, begründet Schulze ihren Vorstoß. „Der Freiheitsdienst ist ein Gemeinschaftsprojekt für Deutschland von allen für alle.“

Das Konzept sieht vor, dass nach Ablauf der Schulpflicht eine allgemeine Musterung stattfindet, auf der neben der Prüfung der gesundheitlichen Eignung umfassend über die drei Zweige des „Freiheitsdienstes“ informiert werden soll. Die sechs Dienstmonate sollen entweder am Stück oder zeitlich verteilt bis zum 67. Lebensjahr erfüllt werden können. Gelten soll die Pflicht „für alle mit festem Aufenthalt in Deutschland, unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Geschlecht“. Ausgenommen sein soll nur, wer bereits Wehr- oder Zivildienst geleistet hat. Ansonsten soll ehrenamtliches Engagement, „das dem Gesellschaftsdienst entspricht“, angerechnet werden. Dazu zählen Schulze und Siekmann den Einsatz als Trainerin beim Sport, als Jugendleiter in der Jugendarbeit oder auch Lesebegleitung durch Großeltern in Schulen.

„Der Freiheitsdienst ist viel mehr als der alte Wehrdienst, er zielt auf eine Gesamtverteidigung mit gesellschaftlicher Widerstandskraft“, wirbt Siekmann für das neue bajuwarische Modell. Allerdings passt es nicht so ganz zum grünen Bundestagswahlprogramm, in dem es heißt, statt der Wiedereinführung eines Zwangsdienstes wolle die Partei „den freiwilligen Wehrdienst und die Reserve für eine breite Zielgruppe attraktiver machen“.

Zustimmung kommt von der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Eva Högl (SPD). Den Vorschlag der beiden Grünen finde sie „super“ und „sehr, sehr gut“, sagte Högl am Montag im Deutschlandfunk. Sie würde begrüßen, „wenn es perspektivisch in diese Richtung in unserer Gesellschaft geht“. Das sei, wofür Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier „seit Jahren sehr engagiert wirbt“. Eine reale Chance auf Umsetzung hat die Initiative von Schulze und Siekmann allerdings nicht.

Wie die beiden zu Recht feststellen, bedürfte es dafür einer Änderung des Grundgesetzes. Doch die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag ist nicht in Sicht – selbst wenn sich Union und SPD davon begeistern ließen. Die dafür erforderliche Linkspartei winkt schon ab. „Das gesellschaftliche Miteinander mit Zwang stärken zu wollen, ist äußerst befremdlich“, sagte die Linksfraktionsvorsitzende Heidi Reichinnek der taz.

Reichinnek plädiert stattdessen dafür, die Freiwilligendienste zu stärken. Schon jetzt

> „Es wäre ein zivilisatorischer Rückschritt, die Wehrpflicht wieder einzuführen“
>
> **Ines Schwerdtner,** Parteichefin der Linken

wollten viele einen Freiwilligendienst ableisten, der ihnen jedoch verwehrt bleibe, weil es zum einen nicht genug Plätze gebe und zum anderen viel zu wenig dafür gezahlt werde. „Die letzten Regierungen haben mit Hinweis auf die Kosten jegliche Verbesserung bei den Freiwilligendiensten verhindert“, kritisierte sie.

Von einer Wiedereinsetzung der Wehrpflicht durch die Hintertür will die Linke ohnehin nichts wissen. „Es wäre ein zivilisatorischer Rückschritt, die Wehrpflicht wieder einzuführen“, kommentierte Parteichefin Ines Schwerdtner am Montag die Diskussion.

In ihren Koalitionsverhandlungen sind sich CDU, CSU und SPD noch uneinig, wie sie mit dem Thema umgehen wollen. Die zuständige Arbeitsgruppe hat nur den Dissens schriftlich festgehalten: Weil ein „konsequenter und rascher Aufwuchs unserer Streitkräfte notwendig“ sei, müsse „die Aussetzung der Wehrpflicht beendet“ werden, findet die Union. „Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit basieren“, meint laut des Arbeitsgruppenpapiers hingegen die SPD. Nun wird auf höherer Ebene nach einem Kompromiss gesucht.

Die Wehrbeauftragte Högl warb am Montag dafür, auf ein Modell von Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) zurückzugreifen. Der hatte im vergangenen November einen „Auswahlwehrdienst“ vorgeschlagen. Danach sollen alle jungen Menschen mit Vollendung des 18. Lebensjahrs angeschrieben werden. Die Frauen könnten, die Männer müssten darauf antworten. Anschließend soll die Bundeswehr entscheiden, wer zur Musterung eingeladen wird. Auch die soll für die ausgesuchten Männer verpflichtend sein. Dies wäre eine Möglichkeit, „einen leichten Zwang einzubauen“, sagte dazu Högl – „ein bisschen Pflicht“, aber „trotzdem mit Freiwilligkeit“.

Mit 66 fängt das Leben an – und vielleicht der Wehrdienst, so wie bei diesen Rekruten hier in Hannover Foto: Michael Matthey/dpa

taz lage

Wunderbar wuselig

Richtig voll war es. Die *Bild* spricht von einem „Massenansturm“ und zitiert eine Besucherin mit den Worten „volle Katastrophe“. Die Rede ist von der Leipziger Buchmesse am vergangenen Wochenende, die mit 296.000 Besucher*innen einen Rekord verzeichnete.

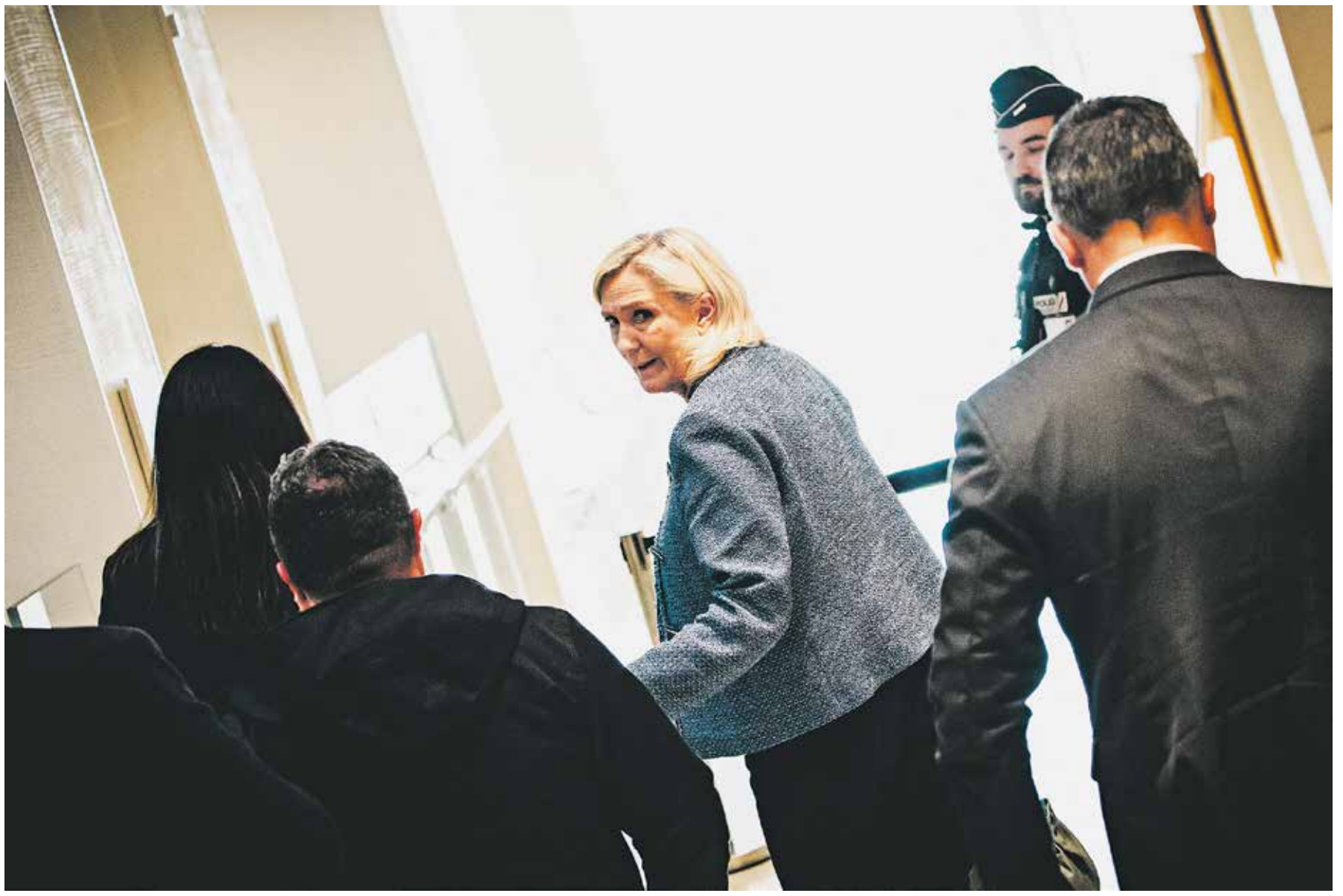
Die Schlangen waren lang, das stimmt. Anders als die *Bild* freuen wir von der taz uns über den Andrang. Man stelle sich eine Buchmesse ohne Besucher*innen vor! Und beim Anstehen konnte man sich die Zeit vertreiben, indem man die Kostüme der zahlreich angereisten Cosplay-Fans bewunderte. Sie lesen richtig, Cosplay, nicht Coldplay. Beim Cosplay verkleiden sich die Menschen wie ihre Lieblingscharaktere aus Anime-Serien und Comics.

Nicht kostümiert, aber mit viel Stehvermögen ausgestattet, war das taz-Team auf der Buchmesse. In unserem Studio stellten zahlreiche Autor*innen ihre neuen Bücher vor, darunter Robert Seethaler und Zeichner Rattelschneck mit ihrem herrlich trotteligen Buch, Herfried Münkler und Asal Dardan. All diese Buchmessen-Talks gibt es auch zum Nachschauen auf unserem Youtube-Kanal.

Neben dem Studio war der taz-Stand, an dem wir mit Genoss*innen, Sympathisant*innen und Neu-Abonnent*innen über die Weltlage und den digitalen Wandel der taz gesprochen haben: Was bedeutet die Seitenwende, wie kann sich die taz in Zukunft ausrichten? Und wie können wir als linkes Medienhaus weiter wichtig bleiben?

Schöner hätten wir uns das Ganze nicht vorstellen können. Es war eine wunderbar wuselige Buchmesse. Bis zum nächsten Jahr!

Vincent Bruckmann



Madame ist empört: Marine Le Pen verlässt vorzeitig den Gerichtssaal
Foto: Amaury Cornu/Hans Lucas via afp

Jetzt auch offiziell unwählbar

Die rechtsextreme Marine Le Pen kann 2027 in Frankreich nach einem Gerichtsurteil nicht als Präsidentschaftskandidatin antreten. Aber das könnte ihrer Partei auch Aufwind verschaffen

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Noch vor dem Ende der Urteilsverkündung hat Marine Le Pen kommentarlos, sichtlich aufgebracht und mit verbissener Miene das Pariser Strafgericht verlassen. Zuvor soll sie im Saal empört gesagt haben: „Unglaublich!“ Sie hatte ganz offensichtlich nicht damit gerechnet, dass das Gericht es wagen werde, sie nach einem Schuldspruch wegen Veruntreuung mit sofortiger Wirkung auch für unwählbar zu erklären. Das hatte freilich bereits die Staatsanwaltschaft für die Rechtspopulistin und andere der insgesamt 25 Angeklagten am Ende des Gerichtsverfahrens beantragt, ergänzend zu den nur teilweise auf Bewährung ausgesetzten Haftstrafen. Das Gericht hat sich nun weitgehend an diese Anträge gehalten. Das Rassemblement National wird als Partei mit 1 Million Euro Busse bestraft.

Dass Politiker in Frankreich wegen einer Verurteilung für eine befristete Zeit ihre bürgerlichen Ehren und somit ihr passives Wahlrecht verlieren, kommt und kam immer wieder mal vor. Im Fall von Marine Le Pen aber geht um eine Politikerin, die als Präsidentin kandidieren wollte, die derzeit laut allen Umfragen mit rund 35 Prozent klar vor allen anderen liegt und bei ihrem vierten Versuch 2027 echte Chancen gehabt hätte, nach Emmanuel Macron Frankreichs Staatspräsidentin zu werden. Diese vierte Kandidatur wird nun durch den Gerichtsentscheid verhindert. Drei Mal war sie zuvor gescheitert, hatte aber bei jedem Mal mehr Stimmen erhalten.

Marine Le Pen ist nun zu vier Jahren Haft, davon zwei Jahre auf Bewährung, und 100.000 Euro Geldbuße verurteilt worden. Vor allem aber trifft es sie, dass sie mit diesem Richterspruch ab sofort und für 5 Jahre ihr passives Wahlrecht verliert. Das dürfte sie auch im Fall, dass sie Berufung einlegt, daran hindern, 2027 erneut zu kandidieren. Auch andere, ebenfalls zu Haftstrafen und Bußen verurteilte Mitangeklagte verlieren laut Urteil für eine Frist zwischen 18 Monaten und drei Jahren ihre Wählbarkeit. Zu ihnen gehört auch Marine Le Pens politisch aktive Schwester Yann.

Einige müssen voraussichtlich ihre lokalen Ämter abgeben, so beispielsweise Marine Le Pens Ex-Lebenspartner Louis Aliot, der derzeit Bürgermeister der südfranzösischen Stadt Perpignan ist und der für drei Jahre seine bürgerlichen Ehren verliert. Die Abgeordneten der Nationalversammlung hingegen, unter ihnen Marine Le Pen, behalten ihr 2022 errungenes Mandat in der nationalen Parlamentskammer.

Oft heißt es ja im Volksmund aus Misstrauen: Die Großen lässt man laufen. Darauf entgegnete im Voraus Gerichtspräsidentin Bénédicte de Perthuis: „Die Volksvertreter genießen keine Privilegien, es gibt für sie keine Form von Straffreiheit.“ Offenbar erachtete sie es als sinnvoll, sich gegen die absehbaren Einwände aus politischen Kreisen zu rechtfertigen.

Für das Gericht ging es strikt dem Strafgesetz folgend um Veruntreuung öffentlicher Gelder und illegaler Parteifinanzierung im Wert von 4,6 Millionen Euro in 40 Fällen, Gegenstand waren Verträge für (angebliche) parlamentarische Mitarbeiter*innen von EU-Abgeordneten der rechtsextremen Partei in drei Amtsperioden von 2004 bis 2016.

Es standen nicht politische Meinungen, Strategien oder Ambitionen vor Gericht, sondern eine Parteiführung, die angesichts ihrer Finanznöte eine „systematischen“ Veruntreuung von EU-Geldern organisierte, die ausschließlich für die Bezahlung parlamentarischen Mitarbeiter*innen der EU-Abgeordneten bestimmt sind. 21.000 Euro pro Monat hat jedes Mitglied des Europaparlaments dazu zur Verfügung. Dafür müsste auch eine entsprechende Arbeit geleistet werden.

Die Strafuntersuchung hat indes ergeben, dass in den Jahren 2004 bis 2016 in den vorliegenden Fällen die als parlamentarische Mitarbeiter*innen Angestellten nie oder so gut wie nie für die belegbare Aktivitäten der RN-Abgeordneten in Straßburg eingesetzt wurden, sondern für die Parteiführung in der Hauptstadt tätig waren. Ein Beispiel neben anderen war laut der Anklage die heutige RN-Abgeordnete Catherine Griset. Sie bezog dank der Subvention aus Brüssel ihren Lohn von 2010 bis 2016 vertragsgemäß als parlamentarische Assistentin von Marine Le Pen, war aber in Wirklichkeit deren Kabinettschefin in der Parteizentrale in Nanterre bei Paris.

In der Vergangenheit waren in Frankreich bereits zahlreiche Politiker wegen illegaler Finanzierung verurteilt und andere politische Parteien wegen solchen Veruntreuungspraktiken mit „fiktiven“ Arbeitsverträgen vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Auch die Partei des gegenwärtigen Premierministers François Bayrou, der selber straflos davonkam. In keinem der bekannten Präzedenzfälle aber ging es um so viel Geld und so viele Beteiligte. Im Prozess wurden Dokumente vorgelegt, die keinen Zweifel daran ließen, dass die Parteispitze nicht nur Kenntnis dieser illegalen Finanzierung hatte, sondern diese auch von Beginn an organisierte.

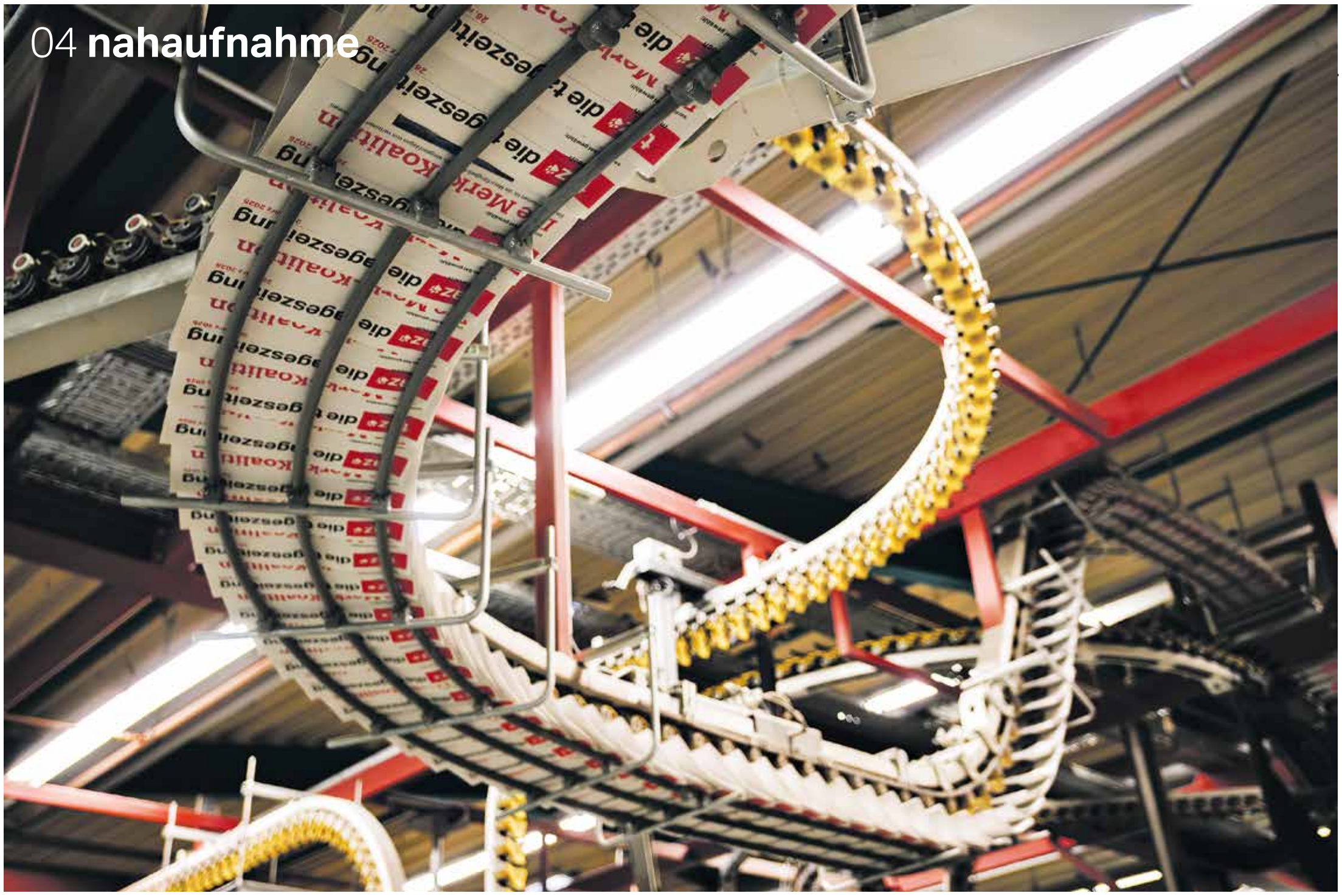
Die eventuelle Aussicht, dass mit dem Gerichtsurteil die chancenreichste Kandidatin der Präsidentenwahl 2027 im voraus aus dem Rennen eliminiert würde, hatte eine große Zahl Beobachter und Reporterteams auch aus dem Ausland in den modernen Justizpalast an der Porte de Clichy gelockt. Die Gerichtspräsidentin hatte die ungeduldigen Medien zu Beginn gewarnt, es werde mit dieser Urteilsverkündung für die insgesamt 25 Angeklagten vielleicht „ein bisschen lange dauern“. Doch bald schon erfuhr man auch außerhalb des Gerichtssaals, dass 8 ehemalige oder derzeitige EU-Abgeordnete des Rassemblements National (vormals Front National), unter ihnen Marine Le Pen, der mehrfachen Veruntreuung von EU-Geldern für parlamentarische Mitarbeiter für schuldig erklärt würden. Dann platzte die „Bombe“ mit dem sofortigen Verlust des passiven Wahlrechts. Pikanterweise waren es dieselben Parlamentarier, die heute nun zum Teil gegen die Macht und Einmischung der Justiz protestieren, welche diese Maßnahme einst als Gesetzgeber verabschiedet haben – um Politiker durch die Abschreckung der Zusatzstrafe moralischer zu machen.

Kreml-Sprecher bezeichnete das Urteil als „Verletzung demokratischer Normen“

Für das RN stellt sich nun die Frage, wer an Stelle von Le Pen für die extreme Rechte bei den Präsidentschaftswahlen antreten soll. Als Ersatzmann gilt selbstverständlich der von ihr selber als Thronfolger an die Parteispitze beförderte Jordan Bardella. Er ist zwar populär in rechten Kreisen, aber dennoch etwas unerfahren und wohl kaum so schlagfertig als Kandidat wie Le Pen. Mit der richterlichen Elimination hat er plötzlich freie Bahn. Marine Le Pen ist für ihre Partei ein Opfer und eine Märtyrerin. Nachdem das RN sich unter Marine Le Pens Führung mit einer Verharmlosungsstratgie ständig bemüht hatte, ihr Extremismuslabel loszuwerden und „salonfähig“ zu erscheinen, könnten die Proteste der Sympathisanten gegen einen unfairen und als „undemokratisch“ empfundenen Entscheid eine weitere Radikalisierung bewirken.

Der französische Rechtsradikale Eric Zemmour stellt etwa die Autorität der Justiz in Frage: „Es ist nicht an der Justiz zu entscheiden, für wen das Volk stimmen soll.“ Der mit Marine Le Pen befreundete italienische Rechtsaußen Matteo Salvini fühlt sich wegen des Urteils in einen „schlechten Film“ versetzt. Der ungarische Premierminister Viktor Orbán lancierte auf X den solidarischen Slogan „Je suis Marine.“ In Moskau betrachtet der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow die Verurteilung als „Verletzung demokratischer Normen“.

In den Reihen der politischen Linken gab man sich eher zurückhaltend. Zwar meinte die Fraktionschefin der Grünen in der Nationalversammlung, Cyrielle Chatelain, schadenfroh, es sei bloß „normal, wenn jemand, der den Franzosen Geld klaut, bestraft wird“, der Parteichef der Fraktion der France insoumise, Manuel Bompard, sagte jedoch, seine Linkspartei bekämpfe die extreme Rechte lieber via Wahlurne und auf der Straße.



Nachts auf der Carrerabahn: In der Druckerei Wittenburg in Mecklenburg-Vorpommern beginnt die Reise der Papier-taz

Unter Druck

Die taz verabschiedet sich von Print – zumindest werktags. Was bedeutet das für Drucker, Spediteure und Zusteller, die Nacht für Nacht dafür sorgen, dass die Zeitung morgens im Briefkasten liegt?

Von **Sean-Elias Ansa** (Text) und **Wolfgang Borrs** (Fotos)

Müdigkeit? „Nee, ick bin topfit“, sagt Andrea Piechulek und wirkt überzeugt dabei. Jede Nacht liefert sie Zeitungen nach Groß Lindow, im Osten Brandenburgs. Ihre Tour beginnt um 1.15 Uhr. Auch die taz trägt sie aus – genau genommen ist es eine einzige. Menschen wie Piechulek arbeiten, wenn die meisten schlafen. Sie stellen ihren Rhythmus um, damit andere morgens Zeitung lesen können. Früher arbeitete Andrea Pichulek als Haushaltshilfe. „Irgendwann konnt ick keen Lappen und keen Staubsauger mehr sehen“, erzählt sie. Jetzt ist sie ihre eigene Chefin.

Jede Nacht sitzt sie in ihrer neongelben Fleecejacke tief in ihrem Auto, sodass sie gerade über das Lenkrad gucken kann. Auf dem Armaturenbrett stapeln sich die Zeitungspakete. Beim Fahren zieht sie sich immer wieder hoch, hüpft dabei ein wenig von ihrem Sitz. Neben der taz sind auch ein paar Exemplare der *Märkischen Oderzeitung (MOZ)* dabei. Nach ein paar Minuten Autofahrt erreicht sie den ersten Briefkasten auf ihrer Tour.

Die Zukunft der Zeitungsbranche ist ungewiss, die Auflagen gedruckter Zeitungen sinken seit Jahrzehnten. Nach dem 17. Oktober 2025 wird die taz den werktäglichen Druck einstellen. Seitenwende heißt dieses große Projekt. Ab dann können Leser die taz nur noch digital abonnieren. Oder die weiterhin gedruckte wochentaz lesen. Seit über 45 Jahren wird die taz gedruckt. Zunächst in Berlin, und später auch an anderen Orten, etwa in Wittenburg, Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Text begleitet die Menschen bei der Arbeit: von der Druckerei, im Auto mit drei Spediteuren, einer Zustellerin, in zwei Verteilzentren und auf mehreren Hundert Kilometern Autobahn. Das Ziel ist ein Briefkasten nahe der polnischen Grenze.

Rund acht Stunden zuvor: Wenn die Druckmaschine loslegt, klingt es, als würde eine Lokomotive durch die Halle donnern. Hier werden von Sonntag bis Donnerstag 5.000 taz-Exemplare gedruckt. Gerade hieven Mitarbeiter die erste Papierrolle in die Maschine. Das aufgewickelte Papier sieht aus wie eine gewaltiger Kassenbonrolle, 1.250 Kilogramm schwer. Die Maschine zieht sie durch ihre Pressen, Trichter und Windungen. Walzen drucken Farbe auf. Schicht für Schicht. Es ist 17.20 Uhr, der Andruck hat begonnen.

Diese Druckmaschine ist ein Ungeheuer aus Stahl und Öl und Kraft. Über drei Etagen und mindestens 10 Meter Höhe. Schwarze und blaue Flächen glänzen im Neonlicht, Maschinenöl und Papierduft durchdringen die Luft. In gleichmäßigem Takt vibriert der Gitterboden. Ohrenbetäubend brummt und zischt es. Am Ende geschieht ein Wunder: Lärm und Bewegung verwandeln sich in eine fertige Zeitung.

Menschen wie Michael Huster machen das möglich. Wenn die tazler:innen in der Redaktion den letzten Artikel abgeschickt haben, fängt sein Job an. Nach und nach trudeln PDF-Dateien aus dem taz-Layout ein. „Zuletzt kommen immer die Seite 1 und die Seite 21 – warum, weiß ich auch nicht“, sagt Huster. Sein Job ist es, mit den Vorlagen im Computer etwas Greifbares zu erschaffen. Michael Huster gibt der taz eine physische Existenz. Dafür druckt er jede Seite zunächst auf Aluplatten. Später werden sie in die Druckmaschine gesetzt. „Ist wie Kartoffeldruck“, sagt er.

Gerade überträgt er die Nahaufnahme in sein System, die Seiten vier und fünf. Huster arbeitet im Halbdunkel. Das ist wichtig, um die lichtempfindlichen Aluplatten zu schützen. Orange Folie filtert das Sonnenlicht, ein grauer Vorhang hängt schlaff über einer Tür. Die Luft riecht nach Chemie, nicht beißend, aber deutlich.

Plötzlich surrt und zischt es in der Maschine mit der Aufschrift „Krause“. Ein kleiner Greifer entfernt ein aufliegendes Schutzpapier vom nächsten Blech. Winzige Kameras justieren die Platte, ein Laser brennt digitale Druckdaten millimetergenau auf die Platte. Nach einem Chemiebad spuckt „Krause“ ein Stück Blech-taz aus.

„Ich lese die Zeitung viel“, sagt Huster. Auch wenn ihm nicht alles darin gefällt. Hat er Angst um seinen Job, jetzt, wo die taz den Druck der werktäglichen Ausgabe einstellt? „Bei der taz sind das 96 Platten, die uns fehlen werden. Das merkt man schon“, sagt er. Insgesamt stellt die Druckerei etwa 360 Platten pro Tag her. „Bis zur Rente würde ich schon noch gerne bleiben“. Er ist jetzt 60. Und leise sagt er: „Es wird sich schon fügen.“

> **„Bei der taz sind das 96 Platten, die uns fehlen werden. Das merkt man schon“**
>
> **Michael Huster,** 60 Jahre, arbeitet in der Druckerei

Die Printabonnenten der taz sind durchschnittlich so alt wie Michael Huster: 60 Jahre. Für viele ist eine Zeitung nicht nur eine Informationsquelle, sondern Struktur im Alltag. Doch der Druck verbraucht viel Energie, ist umweltschädlich und teuer. Die Aluplatten sind Einmalware. Ihre Produktion zerstört Natur. Für die Papierherstellung werden Wälder gerodet. Was entsteht, wird meist nur einmal gelesen. Das ist nicht nachhaltig, nicht wirtschaftlich, hat keine Zukunft. Die taz wählt einen Mittelweg. Mit dem wöchentlichen Druck in einer anderen Druckerei bleibt die wochentaz den Lesern und Leserinnen erhalten, der tägliche Druck wird eingestellt. Doch bis es so weit ist, macht Huster seinen Job.

Im Moment klemmt Michael Huster die biegsamen Platten in Halterungen an der Wand. Der Drucker Christian Pagels übernimmt sie und setzt die Bleche in die Druckmaschine. Jetzt geht es los. Nach dem Andruck, schnappt er sich eine taz und blättert sie durch. Sein Urteil: Maschinen stoppen! Er sieht, dass rote Farbpigmente auf dem Logo fehlen. Wie kleine gelbe Blubberbläschen. Außerdem hat die Farbe im Titel der Seite 1 noch nicht das gewünschte Rot. „So was passiert eigentlich fast nie“, sagt er. Nach kurzen Anpassungen und Reinigung läuft die Maschine wieder. Jetzt passt alles.

Eine Transportkette übernimmt die fertigen Zeitungen – das kann man sich wie eine Carrerabahn vorstellen. Nur ohne Loopings. Klemmen greifen jede Ausgabe im Abstand von wenigen Zentimetern und tuckeln sie in drei, vier Metern Höhe durch den Raum. Es rattert, klappert und brummt. Schließlich verschwinden die Zeitungen hübsch aufgereiht hinter riesigen Plastikvorhängen. In einer weiteren Halle verschnüren Versandmitarbeiter die Pakete, dann bringt ein Transportband die gestapelten Zeitungen nach draußen. Es ist kurz vor 18 Uhr, jetzt übernimmt die Spedition.

Ein Mann in Arbeitsklamotten greift die Zeitungen an ihren Verschnürungen und stapelt in seinen weißen Lieferwagen. Er kontrolliert den Lieferschein, läuft ums Auto. Nach wenigen Minuten hat er die Zeitungen verstaut. Dann erst stellt er sich vor: „Ich bin Marko und du bist jetzt 200 Kilometer mein Gefangener“, sagt er. Trotz der Warnung steigt der Journalist ein, Marko fährt los. Sein Nachname? „Huhn, wie ein richtiges Huhn.“ Er möchte aber beim Du bleiben. Marko ist der Mann, der die taz von Wittenburg nach Berlin bringt. Er sagt, für viele Menschen ist es selbstverständlich, in der Auslage oder im Briefkasten die Zeitung zu finden. Dahinter steckt aber eine Menge Arbeit. Arbeit von Menschen wie ihm. „Ich bin froh, ein Teil davon zu sein.“ Er ist gerade 50 geworden, kommt aus einem kleinen Ort in Brandenburg und so spricht er auch.

Marko arbeitet auch noch im Baumarkt. „Holzabteilung“, sagt er. Er verdient genug mit diesem Job, aber Autofahren ist sein Hobby. „Beim Fahren vergisst du den ganzen Tag, die ganze Woche. Ich komme dabei runter.“ Zu Hause hat er vier Autos, sagt er, weil er Autos eben mag. In einem kann er sogar schlafen. Manchmal stört ihn nur die Einsamkeit. „Es ist schön, wenn ich mal nicht allein fahren muss.“

„Dit macht Spaß. Keiner sagt mir, wie ich meine Tour machen soll. Ich könnte laufen oder Rad fahren“

Andrea Piechulek, 61 Jahre, Zustellerin

Seit 2016 macht er die Zeitungstouren jetzt. Den Tipp hat er von seinem Bruder bekommen, der ist Fernfahrer. Während er redet, verschwindet die Sonne langsam hinter der Autobahn. Wie eine Deutschlandfahne, nur rückwärts: Gelb, Rot, Schwarz. Marko sitzt meist im halben Schneidersitz mit einem angewinkelten Bein. Manchmal lehnt er sich etwas vor und stützt sich auf das Lenkrad. Auf Dauer brauche man schon Sitzfleisch für den Job, sagt er. Mit konstant 110 km/h fährt er ruhig und sicher bis nach Staaken bei Berlin. Dort befindet sich ein Verteilzentrum der Spedition Ohl auf einem Industriegelände. Keine Laternen, alles dunkel. Es ist nach 20 Uhr, als der Mercedes Vito von der Hauptstraße biegt.

Nach wenigen hundert Metern und zwei Kurven wuseln einige Menschen durch die Gegend, hie und dort stehen weitere Lieferwagen. Es ist eine große schummrige Betonwüste. Jeder Mitarbeiter der Spedition fährt eine Ladung Zeitungen in eine bestimmte Stadt: manche gehen bis nach Zürich. Hier in Staaken treffen sie sich und verteilen ihr Ware. Die 5.000 taz von Marko haben es nicht so weit. Sie bleiben in Berlin oder landen in Autos nach Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder). Neben der taz warten dort auch Exemplare der *Junge Welt, BZ* und kleinerer Lokalblätter auf ihre Weiterreise.

Aus offenen Hallen leuchten Neonröhren, daneben stapeln sich Paletten auf einer Rampe. Zwei Baucontainer dienen als Anlaufpunkt für die Mitarbeiter. Ansonsten Autos oder Dunkelheit. Marko parkt seinen Wagen und will aussteigen. Da schreit ein Mitarbeiter von der Rampe. „Ick muss genau dazwischen, da kannste nicht parken. Dit weeß man doch als Fernfahrer.“ Der Mitarbeiter fährt den Gabelstapler und braucht für sein Gerät Platz. Also parkt Marko um. Er steht jetzt quer, mitten auf dem Gelände, öffnet alle Türen, steigt aus. Erstmal eine rauchen. Dann lädt er seine Ware aus.

Kurz darauf kommt der Gabelstapler mit ordentlich Tempo angefahren. Das Geräusch des Staplers erinnert an Auto-Scooter. Der Fahrer bedient die mächtigen Greifer so gekonnt, dass er trotz des Tempos präzise in die Aussparungen der Europalette greift. Schwungvoll wendet er und steuert auf die Halle zu. Die ist so gebaut, dass Lkw direkt dort andocken und ausladen können. Lkw fährt hier aber niemand. Selbst die Lieferwagen der Spedition werden kaum noch voll. Noch vor ein paar Jahren sei das anders gewesen, sagt Marko. Ein Kollegen neben ihm nickt und macht eine Was-soll-man machen-Geste mit der Hand. Die Leute lesen nur noch digital, sagt er.

Einige Männer hüten bereits ihre Palette in der Halle. Manchmal kriegen sie Zeitungen von dem Mann an der Rampe zugeteilt. Es läuft Radiomusik, die Stimmung ist geschäftig, aber ruhig. Kaum jemand redet, obwohl sich alle zu kennen scheinen. Ist die Sortierung abgeschlossen, wandert die Palette wieder ins Auto. Der Mensch hinterher. Verschwindet in die Nacht. Marko zeigt auf einen Mann mit langem weißem Bart. In einer Ecke sitzt er auf seiner Palette, wartet auch. „Er muss schon weit über 80 sein. Seit ich angefangen habe, ist er hier.“ Marko raucht noch eine, drückt die Kippa aus und fährt wieder los.

Noch einer, der immer noch arbeitet, ist Helmut Brandt. Er liefert die taz und auch andere Zeitungen nach Frankfurt (Oder). Er hat einen Traum: Am liebsten würde er mit seiner in einer 400-Seelen-Gemeinde in Schleswig-Holstein leben, in seiner Heimat. Er würde Motorrad fahren, weil ihm das Freude macht.

In der Realität steht Brandt pünktlich um 20.45 Uhr auf dem asphaltierten Betriebsgelände in Berlin-Staaken. In seinem Wagen wabert Antenne Brandenburg durch Zigarettenschwaden. Der schmächtige Mann trägt eine enge, weiße Fleecejacke, Jeans und Sportschuhe. Helmut Brandt wird dieses Jahr 77 Jahre alt. Es ist sein zweiter Job an diesem Tag. „Autofahren ist das einzige, das ich gesundheitlich noch machen kann“, sagt er. Seine Frau wartet zu Hause in Lichtenberg auf ihn. Sie ist schwer krank. Beide bekommen eine niedrige Rente. Anstatt in den Sternenhimmel von Schleswig-Holstein zu schauen, wird er Zeitungen nach Brandenburg fahren.

Der Gabelstaplerfahrer zeigt wieder sein Können. Mitten auf dem Platz Brandt nimmt Kurs auf Frankfurt (Oder). Ist er sauer auf den Staat, die Politik oder sich selbst wegen seiner Situation? „Ich habe mir das selbst zuzuschreiben“, sagt er und gibt Gas. Helmut Brandt hat lange nicht in die Rentenversicherung eingezahlt. „Auf den Staat bin ich nur sauer, weil der es immer noch nicht geschafft hat, Frauen und Männer gleich zu bezahlen. Das kann doch nicht sein. Frauen leisten doch viel mehr als wir Männer.“ Danach schweigt er, zündet sich eine Zigarette an. Alle paar Minuten piept Google Maps irgendwelche Warnungen aus: Baustelle, Tempovorgabe, Blitzer.

In Frankfurt (Oder) sind kurz nach 22 Uhr bereits die Bordsteine hochgeklappt. Nur der weiße Lieferwagen schlängelt sich durch die Straßen. Brandt fährt auf das Betriebsgelände der *MOZ* und öffnet das Heck. Routiniert beginnt ein Mitarbeiter direkt mit dem Ausladen. Da ist Helmut Brandt gedanklich schon zu Hause und im Bett.

Drinnen bei der *Märkischen Oderzeitung* hingegen steppt der Bär. Etwa zehn Menschen verpacken die *MOZ,* verteilen sie auf verschiedene Paletten. Auch die taz von Helmut Brandt wartet bis sie abgeholt wird. Die Stimmung ist hart aber herzlich. Anstatt diskreter Höflichkeiten gibt es permanent Breitseite. Ein Fahrer hat sich ein vierrädriges Wägelchen gekrallt und versucht damit Skateboard zu fahren. Einer tritt an einen Gabelstapler und drückt auf die Hupe, einfach aus Spaß. Der Versandleiter stürmt aus seinem Büro und schreit ihn an: „Arbeitslos!“ Alle kichern.

Wenn jemand Neues ankommt, ist eine gängige Begrüßung: „Wat willst du denn hier?“ Der Versandleiter raunzt einen Mitarbeiter vor versammelter Mannschaft an, offenbar fehlen Zeitungen. Nix mit zur Seite nehmen und diplomatisch unter vier Augen klären. Ziemlich laut sagt er: „Wenn etwas fehlt, dann musste mir das sagen.“ Der andere schaut nach unten, antwortet: „Ja“. Tippelt von einem Bein aufs andere.

Eine Gruppe ukrainischer Frauen macht derweil Pause auf einer Palette. Es ist weit nach Mitternacht. Manche gönnen sich Suppe oder Kaffee für 50 Cent aus dem Automaten. Die meisten, die hier arbeiten, tun das schon sehr lange, sagt einer. „Wir lieben den Job.“ Nach einer Weile kommt ein Mann Anfang 50 mit seiner Ameise (eine Art mechanischer Gabelstapler) um die Ecke und fragt den Journalisten: „Na, wer hat Sie denn vergessen?“ Wie sich herausstellt, heißt er Mario Knappe. Er soll die taz und damit auch den zugehörigen Journalisten auf den letzten Metern nach Brieskow-Finkenheerd mitnehmen. Schön, dass man offensichtlich noch gefunden wurde.

Die letzte Tour beginnt um 1 Uhr nachts und dauert nur 15 Minuten. Knappe sagt, für ihn läuft das Geschäft nicht mehr so wie früher. Er ist seit 23 Jahren dabei, hat seine eigene Firma aufgebaut. Auch in seinen Autos landen immer weniger Zeitungen. Trotzdem sorgt er sich nicht. Wenn es keine Zeitungen mehr gibt, liefert er etwas anderes aus. Jetzt lenkt den Transporter in eine Wohnstraße. Da wartet schon Andrea Piechulek, die Zustellerin, auf ihn. Knappe steigt aus und verpasst ihr einen Kuss auf die Wange. Piechulek gluckst zufrieden.

Dann beginnt sie, die Zeitungen umzuladen. Sie mag diesen Job. „Dit macht Spaß. Keiner sagt mir, wie ich meine Tour machen soll. Ich könnte laufen oder Rad fahren.“ Aber hier durch die Walachei? Nee, da fährt sie lieber Auto. Sie könne davon auch leben, sagt sie. Jetzt sind es nur noch wenige Meter zum einzigen taz-Leser im Bezirk. Um 2 Uhr nachts steckt Andrea Piechulek schließlich die Zeitung in den Kasten. Der Abonnent liest die taz schon seit Jahren. Aber die Rente reicht nicht. Zum Ende der Woche hat der 90-Jährige sein Abo gekündigt. „Das sind noch mal 300 Mark im Jahr, die habe ich einfach nicht.“

Die Menschen zwischen Redaktion und Briefkasten schlagen sich die Nacht um die Ohren. Sie arbeiten als kleine Rädchen im Getriebe, zuverlässig, engagiert und für wenig Geld. Sie sind wichtig. Für Piechulek, Knappe, Brandt, Huhn und Huster ist es wieder eine Zeitung weniger, die sie drucken, transportieren oder ausliefern. Zumindest werktags.

druck-schluss

Unter diesem Motto schreiben wir in Reportagen und einer Kolumne ab jetzt auf, was uns bis zum Ende der gedruckten Werktagstaz erinnernswert scheint: Viel Holz also noch bis zum 17. Oktober, alle Zukunftsinfos unter: taz.de/seitenwende

Alu zu Papier: Drucker Pagels setzt die Vorlage in die Maschine ein

Ist die Nahaufnahme gut geworden? Michael Huster prüft

Es werde taz: Die fertige Ausgabe vom 26. 3. 2025

Einpacken, losfahren: Marko Huhn liebt seinen Job als Fahrer

Letzter Halt Groß Lindow: Zustellerin Andrea Piechulek hat geliefert

fleischwetter

Laut einer Studie der Bosch-Stiftung haben 34 Prozent der Bevölkerung negative Gefühle für Menschen, die täglich Fleisch essen. 56 Prozent werten Veganer*innen ab. Zugleich geben 59 Prozent an, Ernährung sei ein persönliches Thema, kein gesellschaftliches. Die Forscher*innen dazu: „Wenn die Menschen Ernährung vor allem für ein persönliches Thema halten, sollte es ihnen eigentlich egal sein, ob jemand sein Abendbrot mit Wurst belegt oder nicht." Das Wetter am Sitz der Bosch-Stiftung, Stuttgart: 11 Grad und Wolken.

Jährlich eine Milliarde für Lobbyismus

Erster Bericht des Lobbyregisters im Bundestag vorgestellt

Von **Marco Fründt**

Konzerne, Verbände und Organisationen haben im letzten Jahr rund eine Milliarde Euro für Lobbyarbeit ausgegeben. Das geht aus dem ersten Bericht hervor, den die für das Lobbyregister zuständige Stelle des Bundestags herausgegeben hat. Über 910 Millionen Euro wurden 2024 demnach überwiegend für Sach- und Personalkosten ausgegeben. Lobbygruppierungen wie Arbeitgeberverbände, Kirchen oder Gewerkschaften sind jedoch von der Eintragungspflicht ausgenommen, sodass der wirkliche Gesamtbetrag höher sein dürfte.

Seit 2022 müssen Lobbyist:innen sich in dem öffentlich einsehbaren Register eintragen. Das soll für Transparenz darüber sorgen, wer auf Gesetzgebung und politische Entscheidungen Einfluss nimmt. Seit März 2024 müssen Interessensvertreter:innen außerdem angeben, bei welchen Themen sie versuchen, Einfluss zu nehmen. Zivilgesellschaftlichen Organisationen hatten jahrelang auf das Register gedrängt.

Etwa die Hälfte der rund 6.000 aktiven Lobbyist:innen ist laut Bericht „hinsichtlich konkreter Regelungsvorhaben tätig". Am häufigsten versuchen Interessensvertreter:innen demnach, Einfluss auf wirtschaftliche Themen zu nehmen. So versuchte der Verband Deutscher Sektkellereien erst kürzlich, das Bundeswirtschafts- und -landwirtschaftsministerium zu überzeugen, Wein und Spirituosen davor zu schützen, in eine „Negativspirale gegenseitiger Vergeltungsmaßnahmen der Handelspartner EU und USA" zu geraten.

Nach der Wirtschaft sind Interessensvertreter:innen am häufigsten in den Bereichen „Umwelt", „Wissenschaft" sowie „Europapolitik", „Energie" und „Gesundheit" aktiv. Mit welchen Abgeordneten genau sich Lobbyist:innen treffen, muss allerdings nicht eingetragen werden. Um einen „Drehtüreffekt", also einen Wechsel einer Person von der Politik in die Wirtschaft und umgekehrt zu dokumentieren, werden auch vergangene politische Tätigkeiten erfasst.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister Vitako ist die Lobbygruppe, die mit über 500 Millionen Euro im Jahr 2023 am meisten Geld in einem Jahr für Interessenvertretung ausgegeben hat. Darauf folgen der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft mit 15 Millionen und der Verband der Chemischen Industrie mit neun Millionen Euro. Rund ein Drittel der aufgeführten Gruppen gab indes weniger als 10.000 Euro jährlich aus.

Unvollständige, unklare oder unplausible Angaben über den Zweck der Lobbyaktivitäten werden nicht sofort sanktioniert. Wegen der „Komplexität der neuen gesetzlichen Regelungen" ab 2024 habe sich die für das Lobbyregister zuständige Stelle des Bundestags dagegen entschieden, Ordnungswidrigkeitsverfahren unverzüglich einzuleiten. Man arbeite zunächst „serviceorientiert" und mahne per Mail oder Brief ab. Erst danach gibt es echte Konsequenzen.

Im letzten Jahr kam es 20 Mal so weit, in drei Fällen wurde ein Bußgeld auferlegt. „Das ist ein klares Signal an Lobbyistinnen und Lobbyisten, dass die Verwaltung hier genau hinschaut und das Gesetz auch durchsetzt", sagte Timo Lange vom Verein Lobbycontrol der taz.

„Starkes Bedürfnis nach Ungestörtheit"

In Aachen steht ein Krankenhausmitarbeiter vor Gericht. Er soll Patient:innen mit Schmerz- und Beruhigungsmitteln getötet haben, um ruhigere Nachtschichten zu haben

Aus Aachen
Andreas Wyputta

Im Fall eines Krankenpflegers, der mindestens neun Patient:innen ermordet haben soll, haben am Montag erste Zeuginnen vor dem Landgericht Aachen ausgesagt. Die Frauen beschrieben den 44-jährigen Ulrich S., mit dem sie ab 2014 im Krankenhaus Merheim der Kliniken der Stadt Köln zusammengearbeitet hatten, als fachlich kompetent, aber extrem empathielos gegenüber Patient:innen. Manchen wünsche er den Tod, habe der Pfleger schon im vergangenen Jahrzehnt gesagt, erklärte eine ehemalige Kollegin auf Nachfrage des Vorsitzenden Richters Markus Vogt. „Wenn Patienten den Tod haben, haben sie ihren Frieden", zitierte sie Ulrich S.

Angeklagt hat die Staatsanwaltschaft bisher aber nur Taten, die der Mann im Zeitraum von Dezember 2023 bis Mai 2024 begangen haben soll. Sie wirft ihm vor, auf der Palliativstation des Rhein-Maas-Klinikums in Würselen bei Aachen 26 Menschen starke Schmerz- und Beruhigungsmittel gespritzt zu haben, teilweise mehrfach. Dabei soll es sich um bis zu 16 Milligramm Morphium und das Beruhigungsmittel Midazolam gehandelt haben. Der Angeklagte

> Statt Verdachtsfällen nachzugehen, könnte Ulrich S. weggelobt worden sein

äußerte sich vor Gericht bisher nicht zu den Vorwürfen.

Der Beschuldigte habe sich damit zum „Herrn über Leben und Tod" aufgeschwungen, heißt es in der zu Prozessbeginn in der vergangenen Woche verlesenen Anklage. Grund sei sein Wunsch nach wenig Arbeit gewesen: In seinen Nachtschichten, die er auf eigenen Wunsch allein ableistete, habe er seine Ruhe haben wollen, ist die Staatsanwaltschaft überzeugt: Der Angeklagte habe „ein starkes Bedürfnis nach Ungestörtheit und wenig Arbeitsaufwand" gehabt.

Am Klinikum Würselen soll der Palliativpfleger die Mittel schlafenden, aber auch wachen Patient:innen verabreicht haben. Viele von ihnen waren an Krebs oder Demenz erkrankt und über 80 Jahre alt. In manchen Nächten soll er die Injektionen mehrfach gesetzt haben, obwohl die ihm Anvertrauten bereits ins Koma gefallen waren. Danach soll er die Krankenzimmer einfach verlassen haben.

Und die Zahl der Fälle könnte weitaus größer werden. Derzeit untersucht wird die Zeit vor Dezember 2023, in der Ulrich S. nicht nur in Würselen und Köln, sondern auch in einer Altenpflegeeinrichtung in Berlin und in einem Hospital in Aachen gearbeitet hat. Mehrere Leichen wurden bereits exhumiert. In seiner Dimension erinnert der Prozess damit an den Fall des „Todespflegers" genannten Niels Högel, der zwischen 1999 und 2005 an Kliniken in Oldenburg und Delmenhorst wohl mehr als 100 Menschen getötet hat. „Ja, ich bin ein Serienmörder", soll der heute 48-Jährige im Gefängnis geprahlt haben. Högel tötete jedoch nicht aus Faulheit, Überlastung oder Empathielosigkeit, sondern aus Geltungssucht: Seinen Patient:innen verabreichte Högel vornehmlich ein Herzmittel, um sie wiederbeleben und so Kolleg:innen beeindrucken zu können.

Eine Parallele zum Fall Högel scheint dagegen offensichtlich: Statt Verdachtsfällen kompromisslos nachzugehen, könnte Ulrich S. von verschiedenen Arbeitgebern zur Kündigung gedrängt und mit guten Zeugnissen weggelobt worden sein. So attestierte ihm ein ärztlicher Vorgesetzter in Köln in Mails an Personalverantwortliche, aus denen Richter Vogt zitierte, schon am 14. Mai 2020 ein „auffälliges, auch aggressives Verhalten". Das bedürfe einer „psychiatrischen Behandlung". Fünf Tage später legte der Arzt nach: Der Pfleger leide an einer „chronischen Erkrankung" und brauche „wahrscheinlich medizinische Behandlung".

Dazu habe es eine Beschwerde von Kollegen gegeben, die ausdrücklich den Verdacht äußerte, Ulrich S. könne „palliative Vorgänge" durch die „Gabe von Morphin" beschleunigen wollen. In einem Aufhebungsvertrag vom 10. Juni 2020 einigten sich beide Seiten dennoch neben einer sofortigen Freistellung auch auf ein „wohlwollendes Arbeitszeugnis": Das bescheinigte dem Verdächtigen nicht nur „fundierte Fachkenntnisse, Fleiß und ständige Einsatzbereitschaft": Insgesamt sei sein „Verhalten vorbildlich" gewesen.

Mit diesem Zeugnis bewarb sich Ulrich S. am Klinikum in Würselen, wo er ab Oktober 2010 unbefristet eingestellt wurde – und gemordet haben soll.

Der angeklagte Krankenpfleger beim Prozessauftakt in Aachen
Foto: Oliver Berg/dpa

Die Lieblingsblumen der AfD

Ein AfD-Abgeordneter trug im Bundestag eine blaue Blume am Revers. So präsentierten sich einst die Nazis in Österreich. Der Historiker Jens-Christian Wagner spricht von „NS-Symbolik"

Von **Gareth Joswig**

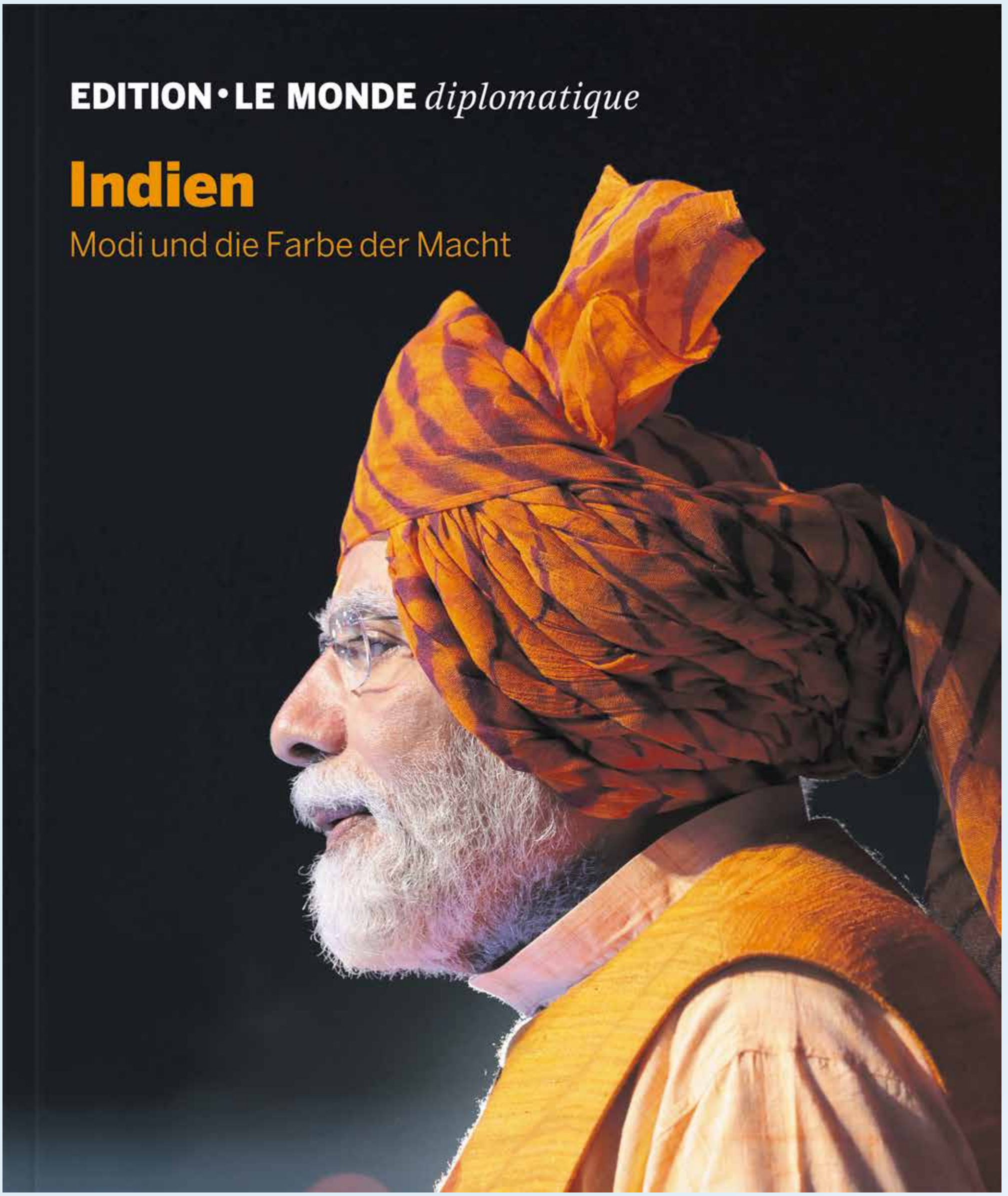
Es ist ein Belegbild für die Radikalisierung der neuen AfD-Fraktion im Bundestag: Der Fraktionschef Tino Chrupalla grinst beim Gruppenfoto im Plenarsaal breit in die Kamera, um ihn herum stehen die neuen Abgeordneten aus Thüringen, Robert Teske und Torben Braga, beide enge Vertraute von Björn Höcke, dem rechtsextremen AfD-Chef aus Thüringen. Das Bild hat es aber nicht nur wegen des demonstrativen Schulterschlusses in sich, sondern auch wegen einer kleinen Blüte: Braga trug bei der konstituierenden Sitzung eine blaue Blume am Revers seines Anzugs.

Der Historiker und KZ-Gedenkstättenleiter Jens-Christian Wagner sieht darin eine bewusste positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus: „Die blaue Kornblume war Symbol der antisemitischen Schönerer-Bewegung und in den 1930er Jahren in Österreich Erkennungszeichen der verbotenen NSDAP", sagte er der taz. Seit etwa zehn Jahren provozierten rechtsextreme Politiker immer wieder mit dem Tragen von blauen Stoffblumen, so etwa die gesamte FPÖ-Fraktion in der konstituierenden Sitzung des Nationalrats 2013 oder auch der Berliner Abgeordnete Andreas Wild 2018. Braga habe sich mit der blauen Blume am Revers als „NSDAP-Anhänger" geoutet und damit Antisemitismus, Rechtsextremismus und NS-Verherrlichung zum Ausdruck gebracht.

Auf taz-Anfrage antwortete Braga schriftlich, dass es sich bei der Blume an seinem Revers nicht um eine Kornblume handele. Es sei „völlig absurd", ihm zu unterstellen, dass er sich positiv auf die NSDAP beziehe. Auf die Nachfrage, um was für eine blaue Blume sich es dann gehandelt habe und warum er sie trug, antwortete Braga nicht mehr. Stattdessen postete er einen Screenshot der taz-Anfrage auf X nebst ein paar wüsten Beschimpfungen in Richtung des KZ-Gedenkstättenleiters Wagner, dessen zuerst online geäußerte Kritik er als „Psychose eines Wahnsinnigen" abtat, mit der er sich nun herumschlagen müsse.

Wagner ordnet das auf taz-Anfrage so ein: „Mit seiner Antwort spielt Braga das übliche Spiel der AfD: Erst begeht man mit positiven Bezügen zum Nationalsozialismus einen Tabubruch, und wenn es dann berechtigte Kritik gibt, stellt man sich dumm und inszeniert sich als Opfer angeblicher Diffamierung." Er sei sich aber sicher, dass Braga wusste, was er tat, sagt der Historiker: „Im rechtsextremen und neurechten Milieu ist man sich der NS-Symbolik der Kornblume sehr bewusst." Dass er sich auf Unwissenheit berufe, sei dasselbe Muster, das sein Parteichef Höcke bediente, als er sich vor Gericht habe herausreden wolle, dass er nicht wusste, dass die Parole „Alles für Deutschland" der Leitspruch der SA gewesen sei. „Dahinter steckt System: Ins eigene rechtsextreme Lager sendet man deutliche NS-verherrlichende Signale, die so auch verstanden werden, und gegenüber der Öffentlichkeit verkauft man sich als Opfer ungerechtfertigter Kritik."

Auch ein weiterer neuer Abgeordneter der AfD-Fraktion hat einen Hang zu Kornblumen: So prahlte der AfD-Abgeordnete Matthias Helferich unlängst in geleakten Chats damit, in seinem Garten die Pflanzen zu züchten. Er teilte Fotos der Blumen mit dem Text „geheimes Symbol der Nationalsozialisten während des Verbots in Österreich". Er verbinde mit den Blumen „die Erschießung der österreichischen Staatsführung".



taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Friedrichstr. 21, 10969 Berlin

Indien. Modi und die Farbe der Macht

Mit seiner autoritären Politik gefährdet Premierminister Narendra Modi den Zusammenhalt der indischen Gesellschaft, die ohnehin von großen regionalen, kulturellen und sozialen Unterschieden geprägt ist. Doch der Subkontinent ist auf vielfältige Weise auch mit der Welt verbunden – durch seine Vergangenheit als britische Kolonie, die erfolgreiche Migration von Fachkräften oder den Export von Praktiken wie Yoga und Vegetarismus, die im Globalen Norden längst zum Alltag gehören.

Mit Beiträgen von Vaiju Naravane, Debjani Bhattacharyya, Urvashi Butalia, Subir Bhaumik, Samrat Choudhury, Mithu Sanyal und vielen anderen sowie acht Seiten Infografik von Adolf Buitenhuis.

11 Euro, zzgl. Auslandsversand
broschiert, 96 Seiten
Auch als Prämie für ein Zeitungsabo von LE MONDE diplomatique unter monde-diplomatique.de/abo

monde-diplomatique.de/edition37
shop@taz.de

Jetzt bestellen

Industrie will Wasserstoff und Gas aus Kanada

Mehr Importe sollen unabhängiger von den USA machen. Klimaschützer schlagen Alarm

Von **Jonas Waack**

Deutschland soll mit Kanada in der Energiepartnerschaft enger zusammenrücken, um die Abhängigkeit von den USA zu verringern, schlägt Volker Treier vor. Treier ist Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Bei der intensiveren Partnerschaft solle es um „Alternativen zum US-amerikanischen Flüssiggas“ gehen, wird Treier im Deutschlandfunk anlässlich der Hannoveraner Industriemesse zitiert. Von Ölimporten war nicht die Rede.

Kanada fördert zwar große Mengen Erdgas. Aktuell bezieht Deutschland aber keines, was in Form von Flüssiggas (LNG) möglich wäre. Denn es gibt keine LNG-Exportterminals an der Atlantikküste Kanadas. Das sollte auch so bleiben, sagte Mira Jäger, Erdgas- und Wasserstoff-Expertin von Greenpeace. „Alles, was mit einer Ausweitung langfristiger LNG-Verträge zusammenhängt, ist nicht mit den Pariser Klimazielen vereinbar“, sagte sie der taz. Dadurch binde sich Deutschland über Jahrzehnte an den fossilen Stoff, obwohl es 2035 aus dem Gas aussteigen müsse, um seine Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen einhalten zu können.

Auch den Import kanadischen Wasserstoffs sieht Jäger kritisch. Selbst wenn er mit erneuerbaren Energien hergestellt würde, seien die Transportwege über den Atlantik so lang, dass sich die Einfuhr wirtschaftlich kaum lohne. „Deshalb sollte Wasserstoff möglichst da produziert werden, wo er gebraucht wird.“ Wolle die deutsche Industrie importierten Wasserstoff nutzen, sollte er über Pipelines kommen.

Kanada hat dem Institut Bloomberg New Energy Finance zufolge die weltbesten Voraussetzungen, eine Lieferkette für Batterien aufzubauen. Auf der Rangliste des Instituts überholte Kanada sogar China, das derzeit die Produktion von Batterien und ihren Vorprodukten dominiert. Neben der Zusammenarbeit beim Wasserstoff soll die kanadisch-deutsche Energiepartnerschaft deshalb auch die Verschränkung der Lieferketten bei kritischen Mineralien voranbringen. „Für die europäische und die kanadische Seite geht es nicht darum, komplett unabhängig von China zu werden“, erklärte Inga Carry, die bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu nachhaltigen Lieferketten forscht. Vielmehr sei das Ziel, ein „größeres Portfolio an Lieferanten“ zu schaffen. Dafür sei jetzt eigentlich ein guter Zeitpunkt, weil Kanada sich von den USA lösen wolle. Gleichzeitig zögerten deutsche Unternehmen bei Investitionen in kanadische Energie und Mineralien, weil Donald Trump für große wirtschaftliche Unsicherheit sorge.

Zahl des Tages

2,2 Prozent

Die Inflation in Deutschland ist im März leicht zurückgegangen. Die **Preise sind um 2,2 Prozent gestiegen,** etwas weniger als im Februar, als es 2,3 Prozent waren. Das teilte das Statistische Bundesamt am Montag auf Grundlage vorläufiger Zahlen mit. Preissteigerungen treffen Haushalte mit geringem Einkommen stärker als die mit hohen Einkünften, weil sie mehr von ihrem Geld für die direkten Lebenshaltungskosten ausgeben müssen. Das Statistische Bundesamt bietet auf seiner Internetseite einen Rechner an, mit dem Interessierte ihre persönliche Inflationsrate ermitteln können. Vielleicht auch eine Gelegenheit, sich die eigenen Konsumgewohnheiten bewusst zu machen.

Öko-Stahl in Sicht

2027 wird in Duisburg der erste Hochofen fertig, der grünen Stahl herstellen kann. Für eine klimaneutrale Produktion fehlt aber grüner Wasserstoff

Von **Henning Giesen**

Ende 2027, und damit ein Jahr später als erwartet, soll in Duisburg der erste Hochofen in Betrieb gehen, der grünen Stahl herstellen kann. Das kündigt der Anlagenbauer SMS Group an, der für Thyssenkrupp den Hochofen baut. „Derzeit planen wir, die Anlage ab Ende 2027 Schritt für Schritt hochzufahren“, sagt SMS-Chef Jochen Burg.

Die Stahlproduktion spielt eine wichtige Rolle beim klimaneutralen Umbau der Industrie. Um Stahl herzustellen wird sehr viel Energie benötigt, hohe CO_2-Emissionen werden erzeugt. Etwa 30 Prozent der deutschen Industrieemissionen entfallen auf die Stahlproduktion.

Bei einer nachhaltigen Herstellung müsste der Brennstoff Kohle ersetzt werden. Für wirklich klimaneutralen Stahl müsste die Produktion komplett auf erneuerbaren Energie beruhen in Form von grünem Strom und grünem Wasserstoff, sagt Simon Wolf von Germanwatch. Das soll in dem neuen Hochofen in Duisburg möglich sein. In der sogenannten Direktreduktionsanlage wird anstelle von Koks Gas oder Wasserstoff verwendet. Unter der Voraussetzung, dass grüner Wasserstoff und erneuerbare Energien eingesetzt werden, kann hier also grüner Stahl entstehen.

Das Projekt in Duisburg wird vom Bund und von Land NRW zusammen mit etwa 2 Milliarden Euro gefördert. „Stahl als Grundstoff steht am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Die Energie- wie auch die Mobilitätswende sind ohne Stahl nicht denkbar“, sagt IG-Metall-Vorsitzender Jürgen Kerner.

Bisher wird aber kaum grüner Wasserstoff produziert, weil die fossilen Energieträger günstiger sind. Früher oder später wird sich das Preisverhältnis allerdings umkehren, sagt Germanwatch-Experte Wolf. Ab 2027 werden Brennstoffe in den europäischen CO_2-Zertifikatehandel aufgenommen. Die Preise für Emission steigen dann schrittweise, bis die Zertifikate 2038 ganz auslaufen. „Irgendwann zwischen 2027 und 2038 wird klimaneutraler Stahl also günstiger werden als grauer Stahl“, sagt Wolf. Der Ausbau grünen Stahls könne außerdem mit gesetzlichen Quoten gefördert werden oder indem bei staatlichen Bauprojekten bevorzugt grüner Stahl verwendet werde.

Kobalt aus Sambia: Winzige Mengen davon sind etwa im Akku eines Laptops enthalten
Foto: Thomas Trutschel/picture alliance

Kleine Firmen für EU-Regeln

Das Europäische Parlament stimmt über die Verschiebung der Lieferkettenrichtlinie ab. Einige Mittelständler sind dagegen

Von **Leila van Rinsum**

Begeistert ist Guido Körber nicht vom Lieferkettengesetz. Der Chef eines kleinen Elektronikunternehmens im brandenburgischen Schönefeld sieht Sinn und Unsinn des Gesetzes, das Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitende verpflichtet, ihre Lieferketten nach Risiken zu analysieren und auf Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Unterm Strich will er aber nicht, dass es aufgeweicht wird.

Körbers Firma Code Mercenaries hat nur vier Mitarbeitende und fällt selbst gar nicht unter das Gesetz. Aber seine Kunden sind betroffen – und sie schicken ihm Fragebögen. Sie wollen etwa wissen, woher die Materialien für die elektronischen Schaltungen kommen, die sie in ihre Computermäuse einbauen.

Die großen deutschen Wirtschaftsverbände halten das für unnötige Bürokratie, die vor allem kleine und mittlere Unternehmen belaste. Deshalb haben sie bei der deutschen Bundesregierung und der EU in Brüssel lobbyiert, die Regeln abzuschaffen oder zumindest abzuschwächen. Daraufhin hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Omnibus-Paket vorgelegt, das die Berichtspflichten vereinfachen soll. Der Beginn der europäischen Lieferkettenrichtline soll um ein Jahr auf 2028 verschoben werden. Das EU-Parlament stimmt an diesem Dienstag darüber ab. Im Rat haben die EU-Staaten bereits zugestimmt.

Von der Leyens Vorschläge gehen noch weiter. So sollen unter anderem Klagerechte von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen entlang der Lieferkette aufgekündigt werden und nicht mehr alle, sondern nur noch die ersten Lieferanten überprüft werden – wie auch im deutschen Lieferkettengesetz. Hier müssen sich Kommission, Mitgliedsstaaten und Parlament aber noch einigen.

Elektronik-Händler Körber kann der Diskussion in Brüssel nichts abgewinnen. „Wir brauchen Wettbewerbsgleichheit innerhalb Europas und Planungssicherheit“, sagt er. Darum hat er zusammen mit 16 anderen deutschen mittelständischen und kleinen Unternehmen einen Aufruf gegen die Aufweichung der europäischen Lieferkettenrichtlinie unterzeichnet. „Mit einer Aufhebung, Verschiebung oder Neuverhandlung von Gesetzen ist niemandem geholfen“, heißt es dort. Die Diskussion in Brüssel gehe „an der konkreten unternehmerischen Realität vorbei“. Stattdessen wünschen sich die Firmen „handfeste Erleichterungen“ auf nationaler Ebene, „die das Ziel des Menschenrechts- und Umweltschutzes nicht aus den Augen verlieren“. Auch Susanne Henkel ist dabei. Sie leitet das Familienunternehmen Richard Henkel, das Gartenmöbel aus Stahl und Aluminium herstellt, aber auch große Auto- und Flugzeugunternehmen beliefert. Deshalb kennt auch sie die Fragebögen. Problematisch findet sie die nicht, sie fragt sich aber, ob sie auch gelesen werden. „Es ist viel wichtiger, Partnerschaften zu etablieren, mit den Zulieferern zu reden, sich mit dem Produkt auseinanderzusetzen“, sagt Henkel. Das Unternehmen hat 45 Mitarbeitende, darunter eine Umweltbeauftragte. Die achtet darauf, dass Inhaltsstoffe nicht gesundheits- oder umweltschädlich sind und möglichst keinen Müll verursachen. Der Mittelständler macht bereits freiwillig, wozu die großen Unternehmen mit dem Lieferkettengesetz verpflichtet sind. Allerdings hat er auch eine überschaubare Lieferkette und Zulieferer, die in Europa sitzen.

> „Als wolle man anhand des Kuchens die Farbe der Eierschalen beschreiben“
>
> **Guido Körber**, Elektronikunternehmer

Viel schwieriger ist das für Körber, der sich auch bemüht hat, seine Lieferkette zu durchdringen. Die rund 100 direkten Zulieferer überprüfe er ohnehin, danach wird es kompliziert. „Es ist, als will man anhand des Kuchens die Farbe der Eierschalen beschreiben“, sagt Körber. Jede elektronische Schaltung braucht Widerstände, die die Stromstärke begrenzen und damit etwa die Computermaus vor Überlastung schützen. Sie sind wenige Millimeter groß und sehen aus wie eine bunte Perle mit Taille. In ihnen stecken gleich mehrere Konfliktmineralien, also Rohstoffe, die meist unter menschenrechtswidrigen Umständen abgebaut werden und zum Beispiel bewaffnete Konflikte im Kongo finanzieren: Nickel, Kupfer, Zinn in kleinsten Mengen. Körber kauft die Widerstände in einer Spule von 5.000 Stück für 5 Euro, sagt er. Im Jahr gibt er dafür etwa 200 Euro aus. „Der Händler lacht nicht mal, wenn ich ihn frage, woher die Materialien stammen“, meint Körber. „Und das ist nur ein einziges Bauteil.“ Allerdings hat Körber auch bemerkt, dass Zulieferer sich auf die europäischen Anforderungen einstellen. Ein chinesischer Zulieferer arbeite gerade an einem Nachhaltigkeitsbericht, erzählt er.

Die zuständige Kontrollbehörde Bafa hat bereits klargestellt, dass große Unternehmen die Sorgfaltspflichten nicht weitergeben dürfen. Sie dürfen nicht einfach Fragebögen an alle Zulieferer verschicken, sondern müssen gezielt vorgehen, dort anfangen, wo ein Risiko für Menschenrechtsverletzungen besteht. Weil Zulieferer auch nicht ihre Kunden anzeigen wollen, hat das Bafa eine Meldestelle eingerichtet, wo Verstöße gemeldet werden können. Darüber hinaus wollen die Unternehmen, die den Aufruf unterzeichnet haben, dass die Bundesregierung die Ausarbeitung von standardisierten Vertragsklauseln vorantreibt, die im voraus Pflichten der großen Unternehmen gegenüber den Zulieferern festlegen.

Besucher begrüßen, wie hier in einem chinesischen Innovationszentrum, das kriegen die Maschinen schon hin
Foto: Ng Han Guan/ap

Roboter gegen die Angst vor dem Abschwung

China will bei humanoiden Robotern die Technologieführerschaft erreichen. Die Maschinen mit menschlichem Antlitz sollen auch ein Demografieproblem des Landes lösen

Von **Fabian Kretschmer**, Seoul

Dem neuen G1-Modell von „Unitree Robotics“ möchte man nachts nur ungern allein auf der Straße begegnen: Die stahlgraue Maschine in menschlicher Form schlägt härter zu als Bruce Lee.

Was wie ein PR-Gimmick anmutet, ist tatsächlich Chinas nächste technologische Revolution. Voller Stolz publizieren die Parteimedien und Diplomaten kurze Videoclips vom menschlich aussehenden Roboter G1. Dessen Hersteller, das im ostchinesischen Hangzhou ansässige Unitree Robotics, versieht seine Produkte mit dem augenzwinkernden Hinweis: „Bitte stellen Sie sicher, dass Sie den Roboter auf freundliche und sichere Weise benutzen!“

Dieser Tage wird wieder einmal deutlich, wie zweigeteilt die chinesische Volkswirtschaft ist: Während weite Bevölkerungsschichten insbesondere in den Provinzen unter einer hohen Arbeitslosigkeit, anhaltenden Immobilienkrise und sinkenden Sozialleistungen leiden, erringen gleichzeitig chinesische Firmen bei den entscheidenden Zukunftstechnologien bahnbrechende Innovationen. Der ChatGPT-Konkurrent DeepSeek war dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Hinter den Erfolgen steht neben unternehmerischer Kreativität auch eine flächendeckende Industriepolitik des chinesischen Staates, die gezielt einzelnen Branchen zum Erfolg verhilft: Während der letzten Dekade gelang das auf beeindruckende Weise bei Solarenergie, Elektromobilität und Schiffbau. Nun hat Peking bereits das nächste Ziel im Blick: humanoide Roboter. Während des nationalen Volkskongresses im März stellte die Parteiführung einen Wagniskapitalfonds in Höhe von knapp 130 Milliarden Euro an.

> Die Bevölkerung im Reich der Mitte altert rasant, das bedroht den ökonomischen Aufstieg des Landes

Doch den Trend sehen nicht nur die Chinesen. Bereits Mitte März hat Jensen Huang, Gründer des Chipherstellers Nvidia, bei der jährlichen Entwicklerkonferenz seines Konzerns die Ära der „physischen KI“ einberufen: „Das Zeitalter der Roboter ist da“, sagte der 62-jährige Huang. Während Roboter derzeit bereits in Fabriken einfache Tätigkeiten mit Präzision und Schnelligkeit erledigen können, sollen diese künftig in Kombination mit KI-Chips einen Sprung nach vorne hinlegen können. Die Hoffnung ist, dass Roboter in Fabriken bald mitdenken können, ja von menschlichen Kollegen kaum mehr zu unterscheiden sein werden.

Die chinesische Volkswirtschaft hat in dieser Branche mehrere Vorteile. Zum einen verfügt das Land über ein Forschungsumfeld, welches wohl nur von den USA übertroffen wird. Ebenfalls sind die staatlichen Fördersummen unerreicht. Vor allem aber gibt es keinen anderen Staat auf der Welt, der auf eine derart entwickelte Infrastruktur an Fabriken zurückgreifen kann. Diese sind das beste Experimentierlabor und Fitnesscenter für humanoide Roboter.

Chinas Parteiführung hofft, mit der Robotik nicht nur einen neuen Wachstumsmotor zu erschließen. Ihr geht es auch darum, sich für die Folgen des rasant voranschreitenden demografischen Wandels zu wappnen. Die Bevölkerung im Reich der Mitte altert rasant, und mittelfristig wird das die Produktivität senken und auch den ökonomischen Aufstieg des Landes an seine Grenzen bringen. Während andere Staaten verstärkt auf Migration setzen, scheint das für die auf ideologische Kontrolle und politische Loyalität bedachte Staatsführung keine Option zu sein. Umso stärker setzt sie ihre Hoffnung auf technologische Lösungen.

Der staatlich kontrollierte Informationssektor schwört die Bevölkerung bereits gezielt auf den Hype ein. Während der „Spring Gala“ zum chinesischen Neujahrsfest, der meistgeschauten Fernsehshow der Welt, inszenierte der preisgekrönte Regisseur Zhang Yimou einen traditionellen Folkstanz, der von 16 humanoiden Robotern ausgeführt wurde – stilecht in knallroten Westen. Das technikbegeisterte chinesische Publikum liebte die Einlage. Und im April wird der Marathon in Peking erstmals ein eigenes, über 20 Kilometer langes Segment für menschlich aussehende Roboter umfassen.

Fest steht allerdings auch: China wird diese Technologie auch für seine Sicherheitsinteressen nutzen wollen – nach innen und außen. So dürften die humanoiden Maschinen künftig auch eine stärkere Rolle beim Militär und dem Überwachungsapparat spielen. Schon jetzt patroullieren im Pekinger Ausgehviertel Sanlitun Roboterpolizisten.

Sorge um die Durchsetzung von Naturschutz

Union und SPD diskutieren über Einschränkungen des Klagerechts für Umweltverbände

Von **Tobias Bachmann**

Soll das Recht von Umweltverbänden, für die Natur vor Gericht zu ziehen, eingeschränkt werden? Das diskutieren Union und SPD bei ihren Koalitionsgesprächen, wie aus einem öffentlich gewordenen Entwurfspapier der Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt“ hervorgeht.

Über eine sogenannte Verbandsklage dürfen anerkannte Umwelt- und Tierschutzorganisationen gegen Behördenentscheide vorgehen, auch wenn die Rechte der Verbände selbst nicht verletzt worden sind. Etwa wenn Industrieanlagen gebaut oder ausgeweitet werden sollen und dabei Umwelt- und Klimaschutzrichtlinien missachtet werden.

Würden diese Möglichkeiten tatsächlich verringert, „wird die Zerstörung von Flüssen, Seen und Landschaften immer weiter zunehmen“, sagte Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND. Es gehe aber nicht nur um ökologische Fragen, sondern auch um Mitsprache der lokalen Bevölkerung. Bei Bauvorhaben wie Windkraft- oder Industrieanlagen müssten die Interessen aller einbezogen werden, wirtschaftliche wie auch die von Mensch und Natur. Klagen seien dabei die letzte Instanz, so Bandt. Aber allein die Möglichkeit dazu „diszipliniert Planende wie Unternehmen und Behörden dazu, gute Beteiligungsverfahren abzusichern und Umwelt- und Klimaschutz darin mitzudenken“.

Der CDU ist das Verbandsklagerecht schon länger ein Dorn im Auge. Bereits in ihrem Wahlprogramm hatte sie sich für eine Einschränkung ausgesprochen.

In der Opposition regt sich Widerstand gegen die umweltpolitische Ausrichtung der vermutlichen Koalitionspartner. Lorenz Gösta Beutin, Klimapolitiker der Linken, sagte der taz: „Union und SPD mausern sich zur Rückschrittskoalition im Sinne der Reichen und Konzerne.“

Ob Bundesregierung das Verbandsklagerecht tatsächlich einschränken kann, ist fraglich. Es basiert auf EU- und Völkerrecht. Würden Verbände trotzdem gegen Umweltverstöße von Firmen klagen, könnte der Europäische Gerichtshof das letzte Wort haben.

Anzeige

Aufgrund des bedrohlichen Insekten-Rückgangs suchen wir menschliche Bestäuber*innen mit viel Fingerspitzengefühl für abwechslungsreiche Saisonarbeit bei unseren Anbaupartner*innen.

Neue Einreiseregeln für Großbritannien

Einfach nur der Pass reicht nicht mehr: Um ins Vereinigte Königreich zu kommen, brauchen auch EU-Bürger künftig eine kostenpflichtige Genehmigung

Von **Björn Hartmann**

Von Mittwoch an brauchen Deutsche und andere EU-Bürger zur Einreise nach Großbritannien eine kostenpflichtige Einreisegenehmigung, auf Englisch Electronic Travel Authorisation oder kurz ETA. Wer keine hat, wird abgewiesen.

Schon bislang gestaltet sich der Grenzübergang etwas anders als etwa der von Deutschland nach Frankreich oder Österreich: Der Pass wird kontrolliert, ein einfacher Personalausweis reicht nicht. Die Briten sind schließlich nicht Teil des Schengen-Raums, der grenzenloses Reisen in Europa verspricht.

Mit dem Brexit kommt nun noch die ETA hinzu: Sie ist Teil der neuen Grenzkontrollen, die die Briten nach dem Austritt aus der Europäischen Union Anfang 2020 eingerichtet haben. Ähnlich läuft es bereits bei der Einreise in die USA und nach Kanada. Ein Antrag ist über eine Internetseite oder eine App möglich. Das Verfahren ist einfach und dauert über die App etwa zehn Minuten – je nachdem, wie gut die Antragsteller dabei sind, sich selbst mit strengem Blick vor einer weißen Wand zu fotografieren.

Vor dem Antrag empfiehlt sich, kurz zu überprüfen, ob die ETA reicht oder doch ein Visum nötig ist. Die ETA berechtigt, Großbritannien für bis zu sechs Monate am Stück geschäftlich oder touristisch zu bereisen. Abgedeckt sind auch kurze Studienprogramme. Auch für Kinder und Babys ist die ETA Pflicht.

Die Antrags-App findet sich im Apple-Store oder im Google-Play-Store unter dem Namen „UK ETA“. Sie hat eine grün-blau schillernde Krone als Logo. Wichtig ist, darauf zu achten, dass man wirklich die offizielle Anwendung nutzt – und nicht etwa Fake-Apps von Datendieben. Nötig sind dann der Original-Reisepass, ein E-Mail-Zugang und eine der angebotenen Zahlungsmethoden, nämlich Kreditkarte, Apple Pay oder Google Pay. Im Verlauf des Antrags werden die Adresse und der Job abgefragt sowie eine Telefonnummer.

Der Pass muss fotografiert, der eingebaute Chip ausgelesen werden. Auch sind ein Gesichtsscan und ein Foto des Gesichts nötig. Mit modernen Smartphones lässt sich das zügig erledigen. Abgefragt wird auch, ob man rechtskräftig verurteilt ist oder Mitglied einer Terrorgruppe war. Zum Schluss wird noch eine Gebühr kassiert.

Die ETA kostet zunächst 10 Pfund, umgerechnet aktuell 12,43 Euro. Der Preis erhöht sich zum 9. April aber auf 16 Pfund. Die App rechnet automatisch in Euro um, sodass keine Gebühren für den Auslandseinsatz der Kreditkarte anfallen.

Die Briten versprechen, dass der Antrag binnen drei Werktagen bearbeitet wird. Bei einem Test am vergangenen Donnerstag dauerte es sogar nur eine Minute von der E-Mail, die den Eingang des Antrags bestätigte, zur Annahme desselben. Die App kann nach dem Antrag wieder gelöscht werden.

Die ETA ist digital mit dem Reisepass verknüpft. Bei der Einreise nach Großbritannien erkennt eine automatische Passkontrolle, dass zum Reisedokument eine gültige ETA vorliegt. Reisende benötigen also kein zusätzliches Dokument. Die Genehmigung gilt für zwei Jahre oder bis Ablauf des Passes, je nachdem, was früher eintritt. In dieser Zeit kann man beliebig oft nach Großbritannien ein- und ausreisen, jeweils maximal für ein halbes Jahr.

> Der Antrag dauert etwa 10 Minuten, Antwort soll es spätestens nach 3 Tagen geben

Die ETA ist auch für Nordirland zwingend. Wie sie kontrolliert wird, wenn man zum Beispiel von Dublin mit dem Wagen über die grüne Grenze nach Belfast fährt, ist unklar. Fehlt bei einer Kontrolle allerdings die ETA, wird es ungemütlich. Für die Kanalinseln vor der Küste der Normandie ist die Genehmigung bis mindestens zum Herbst nicht nötig, wenn sie von Frankreich aus angesteuert werden.

Seltene Erfolge der Retter in Myanmar

Das Beben forderte viele Opfer unter Muslimen, als Moscheen beim Freitagsgebet einstürzten

Von **Sven Hansen**

Im schwer vom Erdbeben am Freitag getroffenen Myanmar sind die Opferzahlen erwartungsgemäß weiter angestiegen und dürften noch weiter steigen. Am Montag sprach die Militärjunta von 2.056 Toten, 3.900 Verletzten worden und noch über 270 Vermissten. Es wurde eine einwöchige Staatstrauer angeordnet. Immer deutlicher wird das Ausmaß der Katastrophe im Zentrum des südostasiatischen Landes. Zugleich sinken die Chancen, noch Überlebende zu finden. Am Montag konnten in der Millionenstadt Mandalay aber noch vier Personen, darunter ein fünfjähriges Kind, lebend aus Trümmern geborgen werden. Hingegen ist eine Schwangere, der zu ihrer Rettung am Vortag das eingeklemmte Bein amputiert werden musste, inzwischen gestorben.

Da sich das Erdbeben der Stärke 7,7 während des Freitagsgebets ereignete, zählen viele Muslime zu den Opfern, die gerade in den dann einstürzenden Moscheen gebetet hatten. Die Zahl der getöteten Muslime wird auf mindestens 700 geschätzt. Ob sie in den offiziellen Opferzahlen enthalten sind, ist unklar. Muslime werden im mehrheitlich buddhistischen Myanmar oft diskriminiert. Insgesamt seien 60 Moscheen eingestürzt, sagte Kyw Win von der Menschenrechtsorganisation Burma Human Rights Newtork der dpa. Seit Jahren sei es nicht erlaubt gewesen, baufällige Moscheen zu renovieren. Entsprechende Anträge seien von den Behörden immer wieder abgelehnt worden.

Juntachef Min Aung Hlaing hatte kurz nach dem Beben das Ausland zu schneller Hilfe aufgefordert, ein für Myanmars Militärregime ungewöhnlicher Schritt. Doch inzwischen wurde deutlich, dass nicht alle Hilfe willkommen ist. So sei das Hilfsangebot der Feuerwehr Taiwans abgelehnt worden, berichtete die *Taipei Times*. Dies sei damit begründet worden, dass es bereits genügend Hilfsangebote gäbe. In Taiwan wird jedoch vermutet, dass dies aus Rücksicht auf China geschah. Myanmars Junta ist auf diplomatische Rückendeckung Pekings wie auf enge Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik angewiesen, die Taiwan als ihr Territorium beansprucht.

Der Sprecher der Junta, General Zaw Min Htun, erklärte Sonntagabend, ausländischen Journalisten sei der Zugang zum Katastrophengebiet untersagt. Der Grund seien Versorgungsproblemen. Seit dem Militärputsch am 1. Februar 2021 bekommen ausländische Korrespondenten für Myanmar jedoch ohnehin kaum noch Visa. Die Junta fürchtet eine unabhängige Berichterstattung. Die Militärjunta bombardiert derweil mutmaßliche Hochburgen des Widerstands weiter. Berichten zufolge starben bei zehn Angriffen der Luftwaffe seit dem Beben mindestens zwölf Personen.

Landesweiter Streik legt Belgien lahm

Kulturschaffende, Arbeiter und Gewerkschaften rufen am Montag einen Generalstreik aus. Ihr Protest richtet sich gegen die Kürzungspläne der rechtslastigen Regierung

Aus Brüssel **Eric Bonse**

So viele Schauspieler, Statisten, Comiczeichner und andere Künstlerinnen und Künstler hat das Brüsseler Théatre de la Monnaie schon lange nicht mehr gesehen. Mehrere Hundert Kulturschaffende haben sich am Montag vor dem berühmten Theater im Herzen Brüssels versammelt, um gegen die rechtslastige belgische Regierung und ihre Kürzungspläne zu protestieren. „Die Faschisten hassen die Kultur“, steht auf einem Plakat. „Die Kultur ist eine Waffe“, heißt es auf einem anderen.

Die Kulturarbeiter protestieren dagegen, dass die Regierung um den flämischen Nationalisten Bart De Wever das sogenannte Künstlerstatut streichen will. Dieses Statut hilft bislang vielen Künstlern dabei, sich finanziell über Wasser zu halten. Ohne diesen Schutz drohe der kulturelle Kahlschlag, so die Sorge.

Doch nicht nur der Kultursektor war am Montag auf den Barrikaden. Studenten, Lehrer, Bahn- und Busfahrer, Müllwerker, Gefängniswärter und Supermarktverkäufer probten den

> „Die Faschisten hassen die Kultur“, steht auf einem Plakat

Aufstand. Mit ihrem landesweiten Streik protestierten sie und ihre Gewerkschaften gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

Die Folgen waren überall im Lande zu spüren: Am Flughafen Brüssel wurden am Montag alle abgehenden Passagierflüge gestrichen. Der Flughafen Charleroi war komplett dicht. An den Seehäfen Gent, Antwerpen und Zeebrügge legten die Lotsen die Arbeit nieder, wodurch der Schiffsverkehr auf der Nordsee gestört war.

Was De Wever plane, sei eine „Kriegserklärung“ an die Arbeitnehmer und Rentner, klagen die Gewerkschaften. „Es fehlt generell an Respekt“, so die christliche Gewerkschaft CSC, die mit 1,5 Millionen Mitgliedern zu den größten in Belgien zählt. „Wir müssen ein klares Signal aussenden.“ Daher habe man den Generalstreik ausgerufen.

Für Empörung sorgt nicht nur die geplante Rentenreform, die zu Kürzungen bei den vergleichsweise gut gestellten Bahnmitarbeitern, Polizisten und Lehrern führen würde. Die Regierung will auch den Bezug der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre begrenzen, die Rentner zum längeren Arbeiten anhalten und im öffentlichen Dienst kürzen.

Gleichzeitig plant sie – nicht zuletzt auf Druck von EU und Nato – eine massive Erhöhung der Rüstungsausgaben. Um die Nato-Vorgabe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts noch in diesem Jahr zu erreichen – statt wie ursprünglich vereinbart erst 2029 –, fallen Mehrkosten von rund 4 Milliarden Euro an.

Nur durch Neuverschuldung ist das nicht zu stemmen, da sind sich die Regierungsparteien einig. Nun geht es um die Frage, welche Kürzungen in anderen Ressorts fällig werden. Im Gespräch ist eine Kürzung der Entwicklungshilfe, das Kindergeld auf die ersten drei Kinder zu begrenzen oder die belgischen Regionen zur Kasse zu bitten.

Die Diskussionen sorgen nicht nur für Unmut bei den Bürgern, sondern auch für Streit in der Regierung. Schon vor der Regierungsbildung gab es Streit über nötige Reformen und die soziale Balance. Vor allem die Sozialdemokraten von Vooruit forderten, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und Gewinne aus Aktienverkäufen zu besteuern. Am Ende setzten sich aber vor allem die Liberalen um MR-Chef Georges-Louis Bouchez durch.

An der wirtschaftsliberalen Linie dürfte sich vorerst nichts ändern. Man verstehe den Unmut vieler Bürger, hieß es am Montag am Regierungssitz in der Brüsseler Rue de la Loi. Doch die Reformen seien alternativlos und würden durchgezogen. Doch auch die Gewerkschaften machen weiter – für den 29. April ist der nächste Aktionstag geplant.

Rien ne va plus. Auch am Bahnhof des Brüsseler Flughafens bewegt sich am Montag nichts. Foto: Yves Herman/reuters

Zwischen Krieg und Staatsumbau

Israels Premier Netanjahu benennt nach der umstrittenen Entlassung von Geheimdienst-Chef Ronen Bar seinen Favoriten für dessen Nachfolger. Derweil schreitet das Militär im Gazastreifen weiter voran

Von **Lisa Schneider**

Auf der Karte des Gazastreifens, die der israelische Militärsprecher am Montag auf Telegram teilt, ist der gesamte linke Rand rot eingefärbt. Das Gebiet, zu dessen Verlassen das israelische Militär aufruft, ist groß und beinhaltet unter anderem die südliche Stadt Rafah. Wie viele Menschen betroffen sind, ist schwer zu schätzen: In den vergangenen fünfzehn Monaten Krieg wurde fast die gesamte Bevölkerung Gazas immer wieder vertrieben, zeitweilig auch in die Stadt Rafah. Am Montag begehen außerdem Muslime das Zuckerfest, arabisch Eid al-Fitr, mit dem der Fastenmonat Ramadan endet. Flucht also statt Feiertag. Und während Israels Militär seine Bodenoffensive ausweitet, halten auch die Luftangriffe an. Etwa am Montagnachmittag auf Khan Younis, wo noch immer viele innerhalb Gazas Geflüchtete in Zelten und temporären Unterkünften ausharren.

Die Evakuierungsanweisung für Rafah und Umgebung ist die bisher flächenmäßig größte, seitdem die Waffenruhe im Gazastreifen Mitte März endete. Dabei hatte es am Wochenende positive Signale zu den Verhandlungen um eine neue Waffenruhe gegeben: Am Samstag hatte die Hamas erklärt, einen neuen Vorschlag abzunicken – laut diesem sollen fünf lebende Geiseln freigelassen werden, Israel die Kampfhandlungen für fünfzig Tage einstellen. Israel soll Medienberichten zufolge darauf bestehen, dass mindestens zehn Geiseln freikommen, ein entsprechender Gegenvorschlag sei unterbreitet worden.

Was Israels Premier Benjamin Netanjahu am Sonntag erklärte, deutet wiederum gegen eine baldige Einigung in den Verhandlungen: Der militärische Druck wirke, erklärte er. Und betonte: „Die Hamas wird ihre Waffen niederlegen. Ihre Führer werden Gaza verlassen dürfen.“ Die Demonstrationen in Gaza selbst für ein Ende des Krieges und der Hamas-Herrschaft sind am Wochenende nach drei konsekutiven Protesttagen abgeklungen. Hamas-Kämpfer hatten mindestens einen Teilnehmer der Proteste getötet, manche lokalen Berichte sprechen von mehreren Toten.

Während der Krieg anhält, schreitet in Israel die Umgestaltung des Staates voran: Am Montag gab das Büro des Premiers bekannt, dass dieser sich für einen neuen Shin Bet Chef entschieden habe. Der bisherige Leiter des Inlandsgeheimdienstes, Ronen Bar, war vor etwa zehn Tagen von der Regie-

> Am Montag wurden zwei Netanjahu-Vertraute in der Katar-Affäre verhaftet

rung gechasst worden, sein letzter Arbeitstag soll der 10. April sein. Zwar hatte der Oberste Gerichtshof die Entlassung Bars zunächst gestoppt, Netanjahu aber erlaubt, einen Nachfolger zu finden. Die Wahl fiel auf Eli Sharvit, Kommandeur der israelischen Marine von 2016 bis 2021. Laut Medienberichten spricht er kein Arabisch. Er soll an Protesten gegen den Justizumbau der Regierung teilgenommen haben – weswegen seine Nominierung seitens Netanjahu bei dessen Koalitionspartnern für Unmut sorgt. Nach Angaben von Quellen der *Times of Israel* soll Netanjahu die Wahl von Sharvit nun nochmal überdenken.

Bar wurde entlassen, weil Netanjahu angab, kein Vertrauen mehr in den Geheimdienstchef zu haben. Vorwürfe, er habe vor und am 7. Oktober 2023 Informationen nicht weitergeleitet, erwiesen sich bisher als haltlos. Viel mehr könnte die Entlassung mit Ermittlungen des Shin Bet gegen zwei Netanjahu-Vertraute zusammenhängen: Die sollen Geld vom Golfstaat Katar angenommen haben, während sie für den Premier arbeiteten. Die beiden, Yonatan Urich und Eli Feldstein, wurden am Montagmorgen festgenommen, Netanjahu im Anschluss zu einer Aussage vorgeladen. Weitere Details sind nicht bekannt: Über das „Katargate“ darf kaum berichtet werden, ein entsprechender Erlass wurde im März verhängt.

brief des tages

Reiseglück mit Batterie

„Im Elektroauto bis Portugal: ‚Voll geladen ins E-Paradies‘“, *taz.de vom 26. 3. 25*
Das Festhalten an der Vorstellung, solch lange Reisen unbedingt mit dem Auto machen zu wollen, scheint mir nicht zukunftsfähig. Damit ein E-Auto für derartige Reisen geeignet ist, braucht es entsprechend große und schnell aufladbare Batterien. Dafür müssen nicht nur viele Rohstoffe (Kupfer, Kobalt, Lithium, Nickel) abgebaut werden, laut Internationaler Energieagentur führt das für Autobatterien zu einer 9-fachen Steigerung des Bedarfs, verbunden mit Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen in den Abbauländern, da wir immer noch keine wirksamen weltweiten Instrumente haben, um die Unternehmen zu Herstellungsverfahren zu zwingen, die der Umwelt und den Menschen gerecht werden. Die wenigen existierenden Ansätze (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und europäische Richtlinie) sollen gerade wieder entkernt werden. Eine Alternative zu dieser Reiseart wäre eine Anreise per Zug. Effektiv wäre eine europaweit gültige Mobilitätskarte, mit der vor Ort Carsharing-Fahrzeuge, E-Scouter oder Fahrräder gemietet werden können. Die E-Autos vor Ort (nur für den Nahbereich erforderlich) verbrauchen weniger Rohstoffe. *Herbert Peters, Gießen*

Stimmenkauf und Richterwahl in Wisconsin

In Wisconsin entscheiden die Wähler*innen am Dienstag über einen Posten im obersten Gerichtshof des US-Bundesstaates. Gewinnt der konservative Kandidat Brad Schimel, kippt die bisherige liberale Mehrheit des Gerichtes – was durchaus von nationaler Bedeutung ist. Das sieht auch Elon Musk so und unterstützt Schimel mit vielen Millionen US-Dollar und direktem Stimmenkauf. Sonntagnacht überreichte Musk zwei Millionen-Schecks an Gäste einer Veranstaltung in Green Bay, die eine Petition gegen „aktivistische Richter" unterzeichnet hatten. Bereits zuvor hatte Musk in Wisconsin 100 Dollar für jede Unterschrift für die Petition geboten. *(pkt)*

Zuletzt gewann hier immer Trump: Bürgerversammlung in Ocala, Florida, mit dem Demokratischen Hoffnungsträger für den 6. Stimmbezirk, Josh Weil
Foto: Octavio

Der erste Wahltest für die Maga-Regierung 2.0

Bei Nachwahlen für den US-Kongress in Florida am Dienstag geht es für die Republikaner enger zu als erwartet. Die oppositionellen Demokraten hoffen auf ein deutliches Zeichen

Von **Hansjürgen Mai,** Washington

Es sind die ersten Wahlen in den USA seit dem zweiten Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump. Am Dienstag werden im US-Bundesstaat Florida zwei Nachfolger für die ehemaligen republikanischen Kongressabgeordneten Matt Gaetz und Michael Waltz bestimmt.

Beide Wahlbezirke befinden sich in konservativ geprägten Regionen. Dennoch rechnen sich Demokraten in beiden Sonderwahlen Chancen aus. Grund dafür sind vor allem die bisherigen politischen Entscheidungen der Trump-Regierung. „Donald Trump selbst ist derzeit das beste Werbemittel für die Demokraten", sagt Susan Horowitz im Gespräch mit der taz. Horowitz ist die zweite Vorsitzende der lokalen Demokratischen Partei im Landkreis St. Johns. Der südliche Teil des Landkreises befindet sich im sechsten Wahlbezirk, bei dem es am 1. April um die Nachfolge von Waltz geht.

> Die Demokraten haben erkannt, dass sie in Florida für eine Überraschung sorgen könnten

Angst über mögliche Kürzung von staatlichen Sozialleistungen, die Abwicklungen von Bundesbehörden und die anhaltende Inflation aufgrund von Trumps Wirtschaftspolitik betrifft auch republikanische Wähler – und zumindest Horowitz ist sicher, dass viele mit der Wahl eines Demokraten ein Zeichen setzen wollen.

Laut den jüngsten veröffentlichten Umfragen ist der republikanische Kandidat Randy Fine tatsächlich weit davon entfernt, wie Waltz im November einen Sieg mit über 30 Prozentpunkten Vorsprung einzufahren. Vielmehr könnte es zu einer Zitterpartie werden.

Die Eheleute Brian Money und Suzanna Pavel haben bereits vergangene Woche gewählt. Sie gaben ihre Stimmen dem Demokraten Josh Weil. Einer der Hauptgründe: Donald Trump Einhalt zu gebieten. Aufgrund der knappen Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus könnte bereits der Gewinn von ein paar offenen Sitzen für große Veränderungen sorgen. „Wir brauchen ein gewisses Gleichgewicht, sonst verlieren wir unsere Demokratie", warnte Pavel.

Das aktuelle Sitzverhältnis im Repräsentantenhaus ist 218 Republikaner und 213 Demokraten. Mit Siegen in den Wahlen am Dienstag und in den weiteren bevorstehenden Wahlen könnte sich dieses Mehrheitsverhältnis in wenigen Wochen und Monaten schlagartig ändern. Wie ernst die Republikaner die Situation nehmen, zeigte sich auch daran, dass Trump vergangene Woche seine Nominierung von Elise Stefanik als UN-Botschafterin aus genau diesem Grund zurückzog. Mit Stefanik bei der UN hätten Republikaner einen weiteren Sitz riskiert.

Die beiden ehemaligen Abgeordneten Gaetz und Waltz, um deren Sitze es am Dienstag geht, wurden von Trump im November für Regierungspositionen nominiert. Gaetz sollte Justizminister werden, was einen derartigen Aufschrei auch unter Republikanern auslöste, dass die Nominierung noch vor ihrem absehbaren Scheitern im Senat zurückgezogen wurde. Der 42-Jährige moderiert seit Januar eine politische Talkshow auf dem rechten Nachrichtensender OANN (One America News Network). Waltz' Nominierung als Nationaler Sicherheitsberater musste hingegen nicht vom Senat bestätigt werden.

Mit Sorge sehen die Republikaner, dass es im Rennen um Waltz' Nachfolge viel enger ist als von ihnen erwartet. Die Demokraten haben erkannt, dass sie in Florida für eine Überraschung sorgen könnten und deshalb in den vergangenen Wochen Millionen von Dollar in die Wahlwerbung investiert.

Brian Money, der mit seiner Frau in der historischen Küstenstadt St. Augustine wohnt, bestätigt, dass Demokraten merklich mehr Präsenz zeigen. „Wir leben seit 2000 hier und dies war das erste Mal, dass demokratische Wahlhelfer bei uns an die Tür geklopft haben", erzählt Money.

Angesichts der letzten Wahlergebnisse ist es nicht verwunderlich, dass Demokraten in den vergangenen Jahren nicht viel in den Wahlbezirk investiert haben. Trump konnte bei jeder Wahl, in der er antrat, mehr als 60 Prozent der Stimmen holen.

Doch genau das ist die Angst der Republikaner: Wenn Trump selbst nicht auf dem Stimmzettel steht, könnten ihre Wähler einfach zu Hause bleiben. Der republikanische Parteifunktionär Denver Cook mahnt deshalb alle, die im November für Trump gewählt haben, auch am Dienstag ihre Stimme abzugeben. „Wenn Donald Trumps Maga-Agenda erfolgreich sein soll, dann müssen Republikaner das Repräsentantenhaus und den Senat kontrollieren, sonst funktioniert es nicht", sagt Cook. Genau darauf hoffen die Demokraten.

Tauwetter zwischen Trump-Regierung und Taliban-Regime

Die Regierungen in Washington und Kabul tauschten schon mehrfach Gefangene aus und wollen jetzt sogar über Waffen, einen Militärstützpunkt und die Wiedereröffnung ihrer Botschaften sprechen

Von **Thomas Ruttig**

Die Freilassung der US-Amerikanerin Faye Hall in der Nacht zum Sonntag durch die afghanischen Taliban ist ein weiteres Zeichen für ein politischen Tauwetter, das sich zwischen ihnen und der Trump-Regierung anbahnt. Die Amerikanerin war nach der Machtübernahme des Islamisten-Regimes im August 2021 im Land geblieben und führte, bis vor Kurzem offenbar unbehelligt private Bildungskurse für Mädchen und Jungen durch.

Doch dann wurde sie im Februar zusammen mit einem älteren britischen Ehepaar verhaftet, als sie bei einem Ausflug ohne Genehmigung eine Kameradrohne fliegen ließen. Das Schicksal der beiden Briten ist weiter ungeklärt.

Halls Fall ist schon der vierte einer Freilassung von US-Bürger*innen in Afghanistan seit der Amtsübernahme von Donald Trump am 20. Januar. Schon einen Tag danach kamen zwei Männer frei, als Teil eines Deals, den noch die vorherige Regierung von Joe Biden ausgehandelt hatte. Im Gegenzug wurde ein Afghane freigelassen, der in Kalifornien als verurteilter Drogenhändler und Taliban-Finanzier einsaß. Ein dritter Amerikaner folgte vorige Woche. In allen Fällen vermittelte der Golfstaat Katar, der enge Beziehungen zu den Taliban unterhält.

Die dritte Freilassung war besonders. Sie kam, als sich Adam Boehler, Sonderbeauftragter für Geiselfragen in der Trump-Regierung, in Kabul aufhielt. Denn mit Boehler betrat erstmals unter den Taliban ein Offizieller einer US-Regierung afghanisches Territorium. Begleitet wurde er dabei von Salmay Khalilsad, dem früheren US-Sondergesandten und Ex-Botschafter (2004/2005) in Kabul. Er ist afghanischer Herkunft und war damals als „Vizekönig" bekannt. Als Sondergesandter während Trumps erster Präsidentschaft verhandelte er mit den Taliban das desaströse Abzugsabkommen von 2020, das zu deren Machtübernahme in Kabul führte. Manche Beobachter glauben, dass er in diese Rolle jetzt zurück möchte. Es war auch Khalilsad, der die Freilassung Halls in sozialen Medien bekanntgab.

Kurz vor Boehlers Ankunft hatten die Taliban eine riesige Inschrift mit der Schuhada – dem islamischen Glaubensbekenntnis – an einer Mauer vor der derzeit unbesetzten amerikanischen Botschaft in Kabul verschwinden lassen. Gemeint war sie als Triumphbotschaft der neuen Herrscher an die abziehenden Besatzungstruppen – gemäß einer Aussage von Taliban-Chef Hebatullah Achundsada vom Juni 2022: „Unser Gott ist Allah, nicht ihr."

> Die Taliban tauchen nicht mehr in der Bedrohungsanalyse der US-Geheimdienste auf

Weitere Themen für Verhandlungen mit den Taliban hat Trump bereits gesetzt. Zum einen sollen sie dazu gebracht werden, einer erneuten US-Truppenpräsenz auf dem ehemaligen Stützpunkt Bagram nördlich von Kabul zuzustimmen – „nicht wegen Afghanistan", so Trump, sondern weil es „nur eine Flugstunde von dem Ort entfernt ist, an dem China seine Atomraketen baut."

Außerdem will Trump die Taliban bewegen, Waffen im Wert von sieben Milliarden US-Dollar zurückzugeben. Die hatten die USA an Afghanistans frühere Regierung geliefert, doch waren sie dann den Taliban in die Hände gefallen. Zudem halten die Taliban mindestens zwei weitere US-Amerikaner fest, die Trump zurückholen möchte. Im Gegenzug geht es um den letzten in Guantanamo festgehaltenen Afghanen.

Ein weiteres Anzeichen für ein Tauwetter zwischen Trump und den Taliban folgte am vorigen Dienstag, als die US-Geheimdienste ihre gemeinsame Bedrohungsbewertung veröffentlichten: Darin tauchen die Taliban erstmals seit drei Jahrzehnten gar nicht mehr als Gefahr für die USA auf. Und Anfang März unterzeichneten die USA nach der alljährlichen Afghanistandebatte im UN-Sicherheitsrat nicht mehr die Erklärung, dass die Taliban ihre frauenfeindlichen Gesetze zurücknehmen sollen.

Auch eine separate Erklärung, die den Antrag des Chefanklägers beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag auf Haftbefehle wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegen den Taliban-Chef und seinen Obersten Richter Abdul Hakim Schari Hakkani unterstützt, unterzeichneten sie nicht.

Die Taliban forderten unterdessen die USA über Boehler auf, ihre Botschaft in Kabul wiederzueröffnen. Gleichzeitig „ersuchten" sie darum, ihnen die afghanische Botschaft in Washington zu übergeben und dafür einen von ihnen ernannten Diplomaten zu akkreditieren. Die Botschaft war im Mai 2022 geschlossen worden, weil die noch von der alten Regierung ernannten Diplomaten die Rechnungen nicht mehr zahlen konnten.

Dass die USA Mitte voriger Woche Kabul zufolge das Kopfgeld auf Taliban-Innenminister Seradschuddin Hakkani strichen, der für den Tod vieler US-Soldaten in Afghanistan verantwortlich war, dürfte die Taliban-Führung in Kandahar allerdings eher beunruhigen. Hakkani hatte Taliban-Chef Achundsada wegen des weitreichenden Bildungsverbots für Mädchen mehrmals scharf kritisiert. Damit versuchen die USA eher, einen Keil in die Taliban zu treiben. Diese Maßnahme zeigt aber auch, dass es wohl noch keine eindeutige Afghanistan-Politik Trumps gibt – weder gegen noch mit den Taliban.

taz reisen
in die Zivilgesellschaft

Eine Reise an die Adria-Küste Kroatiens und ins Hinterland

Split – Bratuš – Insel Pelješac – Biokovo-Gebirge – Mostar

SPLIT UND MAKARSKA-RIVIERA (Dalmatien)
mit taz-Redakteurin Doris Akrap

Die taz-Redakteurin Doris Akrap zeigt uns die Region, aus der ihre Familie stammt: Nach 2 Tagen in Split wohnen wir im kleinen Ort Bratuš an der Küste Dalmatiens und starten von dort zu Ausflügen auf die Insel Pelješac, ins Biokovo-Gebirge sowie ins Hinterland bis nach Mostar in Bosnien und Herzegowina und treffen uns u. a. mit einer Schriftstellerin, mit Journalisten und einem Historiker.

24. Mai bis 1. Juni 2025, ab 1.790 (DZ/HP/ohne Anreise)

Mehr Infos: www.taz.de/tazreisen oder unter T (0 30) 2 59 02-117
taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

debatte

Die andere Hälfte

Junge Frauen und Männer sind politisch so gespalten wie nie. Zeit für eine neue Erzählung des gesellschaftlichen Wandels entlang von Geschlechtergrenzen

Unter den Hunderten von statistischen Analysen der Bundestagswahl war eine, die republikweit Aufsehen erregen sollte. Die jüngsten Wähler*innen waren in dieser Wahl gespalten wie nie zuvor. Mit großem Abstand machten sie ausgerechnet Linkspartei und AfD zu den Gewinnerinnen der Wahl – zwei Parteien, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Ein genauerer Blick in diese Gruppe zeigt dabei, dass die Polarisierung entlang einer Kluft verläuft: der Geschlechtsidentität. So ging der Erfolg der Linken hauptsächlich auf das Konto junger Frauen und jener der AfD auf das junger Männer: 27 Prozent der Männer unter 25 wählten sie – bei den Frauen waren es nur 15 Prozent. Bei der Linkspartei ist der Unterschied noch größer: Ganze 35 Prozent holte sie bei den Frauen unter 25 – bei den Männern dagegen nur 16 Prozent. Antifaschismus ist weiblich, der Rechtsruck männlich. Diese Tatsache ist nicht neu, aber dass der Gegensatz in keiner Wähler*innengruppe so extrem ist wie in der jüngsten, ist verblüffend. Ein Blick auf die vorherige Bundestagswahl zeigt jedoch: Schon damals wählten die Jüngsten geschlechtsspezifisch – Frauen unter 25 vor allem die Grünen und Männer die FDP.

Rechte Kräfte sprechen männliche Jugendliche und junge Männer in vulnerablen Lebensphasen direkt an

Die Millionendemos von Fridays for Future und der Wille nach einem wirklichen sozialökologischen Wandel wurden 2021 der Wegbereiter für den Wahlerfolg der Grünen. Die FDP wiederum schrieb sich „Freiheit“ auf die Plakate und holte damit viele junge Menschen ab, die in der Pandemie das Gefühl hatten, zu viel zurückstecken zu müssen. Dazu entwickelte sich im Internet eine regelrechte Szene privilegierter junger Kleinanleger*innen, die ihr Geld und ihre neu gewonnene Zeit in Trading-Apps investierten. Just ihnen machten die Liberalen mit Freibeträgen und Spekulationsfristen ein attraktives Angebot.

Die typische Grünen-Klientel war 2021 weiblich, jung und antifaschistisch. Dass diese mit den Verrenkungen der Ampel-Grünen nicht mitgingen, kann niemanden überraschen. Statt Klimageld und Kindergrundsicherung einzuführen, schaffte die Ampel die Sektorziele für Treibhausgase ab und brachte mit der Reform der europäischen Asylpolitik Ankerzentren, in denen Geflüchtete an Außengrenzen eingesperrt werden. Als sich Habeck dann auch noch als Königsmacher für einen Prinzen Merz anbot, der der AfD den Hof macht, dürfte die Wahlentscheidung bei vielen jungen Antifaschistinnen gefallen sein.

Im Prinzip ist ihr Kreuzchen an derselben Stelle geblieben, aber die Partei wanderte nach rechts. Umso besorgniserregender ist daher die Radikalisierung der AfD-Wähler. Sie zogen bei dieser Wahl allen anderen Optionen eine Partei vor, die ganz bewusst die Deportation von Millionen Menschen mit migrantischem Hintergrund in den Raum stellte, deren Frontfrau Adolf Hitler einen Kommunisten nannte und die für ein antisoziales, fossiles Wirtschaftsmodell steht. Was geht in den Köpfen junger Männer vor, dass mehr als ein Viertel von ihnen eine solche Politik wählt?

Sicher gab es gewisse Kontinuitäten zwischen 2021 und 2025: Auch die FDP vertritt eine Wirtschaftspolitik nach dem Motto „The winner takes it all“, folgt dem Credo der „Technologieoffenheit“, sabotiert so jede staatliche Klimapolitik und schmeißt sich verzweifelt an den rechtsextremen Milliardär Elon Musk heran.

Doch ein Blick ins Ausland zeigt, dass das Problem größer ist: Nicht nur in Deutschland, auch in den USA, in China, Großbritannien, Tunesien, Polen und in Südkorea klaffen die Ansichten junger Frauen und Männer zunehmend auseinander, wie eine Analyse der *Financial Times* 2024 zeigte. Die Bundestagswahl war lediglich Ausdruck einer Entwicklung, die sich in Deutschland schon seit etwa 15 Jahren abspielt.

Die AfD weiß, dass sie aus dieser Stimmung Kapital schlagen kann. Auf Tiktok, X und Instagram posten rechte Kräfte zuhauf Material, das explizit männliche Jugendliche und junge Männer ansprechen soll. Unvergessen der romantische Ratschlag vom zeitweiligen AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Maximilian Krah, auf Tiktok: „Echte Männer sind rechts – dann klappt's auch mit der Freundin.“ Das ist natürlich Quatsch. Doch bei Männern, die noch orientierungslos durch die (Spät-)Pubertät stapfen, von ihren Eltern womöglich in ein archaisches Männlichkeitsbild gezwängt wurden und jetzt mit einer Welt im Wandel konfrontiert sind, verfängt eine solche Erzählung. In dieser vulnerablen Lebensphase werden sie von rechten Kräften direkt angesprochen – nicht nur in Kurzvideos und Internetforen, sondern auch in rechten Aktionsgruppen, die in ländlichen Regionen aus der Verunsicherung junger Männer Kapital schlagen.

Die politische Linke scheitert daran, diese Zielgruppe anzusprechen. Nun klingt die Abschaffung des Patriarchats und männlicher Privilegien nicht nach einem Projekt, das unter jungen Männern mehrheitsfähig ist. Damit droht, dass ausgerechnet jene reaktionären Kräfte die Deutungshoheit über die Transformation an sich reißen. Doch gesellschaftlicher Wertewandel ist kein Nullsummenspiel. Schaffen wir es, Benachteiligungen für FLINTA* (Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agende Personen) abzuschaffen und die ihnen oft auferlegten starren Rollenbilder zu öffnen, eröffnen sich auch cis-Männern neue Möglichkeiten. Schon jetzt ist Männlichkeit vielfältiger denn je, was dabei hilft, den Mental Health Gap, die Lücke bei der psychischen Gesundheit zwischen Männern und Frauen zu verkleinern und emotional intimere Freundschaften zu schließen. Die Abschaffung von Diskriminierungen schafft effektivere Wissenstransfers, Beziehungen auf Augenhöhe und verhindert soziale Spaltung. Am Ende steht nicht das Ziel im Mittelpunkt, eine schöne neue Welt für cis-Männer zu schaffen. Doch der Wandel brächte Vorteile für alle, eben auch für cis-Männer. Das zu betonen, kann auf der Suche nach demokratischen Mehrheiten auf jeden Fall nicht schaden.

Foto: Polina Eremenko

Jannik Grimmbacher war bisher Redakteur im taz-Ressort Meinung und ist jetzt als freier Autor tätig. Er schaut am liebsten dorthin, wo Politik auf Gesellschaft trifft: globale und soziale Gerechtigkeit, Klimawandel, moderne Männlichkeit.

Bernd Pickert zu Trumps Gerede über eine dritte Amtszeit

Wir müssen es ernst nehmen

Er scherze nicht, sagte US-Präsident Donald Trump am Wochenende gleich mehrfach, als er gegenüber Journalist*innen über die Möglichkeit einer dritten Amtszeit sprach. „Sehr viele Leute“ drängten ihn dazu, aber es sei ja noch Zeit. Steve Bannon, Trumps Chefstratege zu Beginn seiner ersten Amtszeit, sagte vor zehn Tagen im TV-Interview, man arbeite daran, Wege zu finden, diesem „Jahrhundertpräsidenten“ weitere Jahre zu ermöglichen.

Als journalistische Beobachter*innen mahnen wir uns immer wieder, nicht auf jede Provokation zu reagieren. Aber es wäre fahrlässig, nicht ernst zu nehmen, was Trump und Bannon da öffentlich von sich geben.

Es gilt als Allgemeinwissen, dass der 22. Verfassungszusatz nur zwei Vier-Jahres-Perioden als Präsident erlaube. Beim genaueren Ansehen steht das aber gar nicht drin: Es darf lediglich jemand nicht öfter als zweimal gewählt werden. Was kann das für jemanden bedeuten, der mit einem gewaltsamen Staatsstreich versucht hat, seine Wahlniederlage 2020 in ihr Gegenteil zu verkehren? Jurist*innen durchsuchen die entscheidenden Verfassungszusätze, das sind vor allem der 12. und der 22., nach möglichen Schlupflöchern. Und jemandem, der in den ersten zwei Monaten seiner Amtszeit mit jedem zweiten Dekret rechtliche Grenzen überschreitet, inklusive Verfassungszusätzen, und dem der Oberste Gerichtshof komplette Immunität zugesichert hat, sind solche Moves absolut zuzutrauen – Zerstörung und Krise sind Strategie.

Das mag der Unterschied zu anderen Ländern sein, von Peru bis Russland, in denen hegemoniale Präsidenten schlicht die Verfassungen ändern ließen, um weiter an der Macht zu bleiben. Die US-Verfassung hingegen ist eines der am schwersten zu verändernden Dokumente der Welt: Zweidrittelmehrheiten in beiden Kongresskammern plus die Zustimmung von drei Vierteln der Bundesstaaten – das klappt nicht.

Die Gesetze zu missachten, scheint insofern für Trump einfacher, als sie zu ändern. Wenn das Stoppschild nicht aus seiner eigenen Partei kommt, geht der Weg in den Abgrund so immer weiter.

Thomas Salter zur Debatte über das Cannabisgesetz

Der nächste Zug

Grundregel für einen bekömmlichen Cannabiskonsum: nicht paffen sondern tief einatmen, kurz Luft anhalten, ausatmen – und dann erst mal wirken lassen. Denselben Tipp sollte man den koalitionsverhandelnden Parteien SPD und Union in der Diskussion um die Cannabislegalisierung geben. Schon einen Tag bevor sich die Teillegalisierung am 1. April zum ersten Mal jährt, meldet sich CSU-Innenminister Joachim Herrmann zu Wort und hustet was von einem großen Fehler, den man rückgängig machen müsse: Die Entkriminalisierung von Anbau und Konsum habe nichts gegen organisierte Kriminalität geholfen, Verkehrsdelikte nähmen zu, die Jugend sei gefährdet.

Noch mal alle zusammen: tief einatmen, Geduld haben. Denn Deutschland hat bis jetzt nur an der Legalisierung gepafft und wartet nun völlig unentspannt, dass sich die gewünschte Wirkung sofort einstellt. Aber erstens ist es dafür zu früh. Und außerdem haben diejenigen, die die Reform umsetzen sollten, längst nicht genug getan, um der ersehnten Wirkung auch wirklich eine Chance zu geben. Anbauclubs, die den Bedarf decken und damit den Schwarzmarkt trockenlegen, gibt es nur vereinzelt – sei es, weil die politisch Verantwortlichen, etwa in Berlin, fast schon kiffertypisch lethargisch sind, sei es, wie in Bayern, dass sich die Landesregierung in gewohntem Mia-san-Mia-Radikalismus einfach gesperrt hat und keine Genehmigungen gibt.

Aber beim Gras führen Hektik und Schnappatmung erst recht zu Paranoia, wie man bei Herrmann sieht. Die Angstvorstellung, dass Deutschlands Parks jetzt voller von Legalität verlockter Kiffer sind, mag sich mit mancher anekdotischer Erfahrung decken. Die Statistiken geben aber ein anderes Bild: Nur 3 Prozent gaben bei einer Yougov-Umfrage an, wegen der Legalisierung gekifft zu haben. Und was Verkehrszahlen etc. betrifft, lohnt sich ein Blick auf Kanada oder US-Staaten wie Colorado, die schon mehr Erfahrung haben und keine relevante Erhöhung von Verkehrsunfällen feststellen.

Also, liebe Union, liebe SPD: einatmen, ausatmen, wirken lassen. Erst dann an den nächsten Zug denken.

Jonas Waack über eine engere transatlantische Energiepartnerschaft

Kanadisches Gas ist nicht besser

Eine engere Partnerschaft mit Kanada klingt nach einer guten Idee. Kanada sei „das europäischste nicht-europäische“ Land, so Stéphane Dion, Kanadas Sonderbeauftragter für Europa. Auch der Außenhandelschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Volker Treier, findet, man könnte angesichts der US-Aggressionen näher zusammenrücken. Derzeit kommt der Großteil des in Deutschland verbrannten Flüssiggases (LNG) aus den USA. Das könnte man doch auch aus Kanada holen, meint Treier. Aber das größte Problem mit US-amerikanischem oder russischem Gas ist nicht, dass es aus einem rechtsextrem regierten Land kommt. Sondern dass es die Erde erwärmt, Ältere an Hitze und Ärmere in Überschwemmungen sterben lässt.

Allerdings lässt sich das LNG nicht nur für ein paar Jahre – also bis die deutsche Wirtschaft ohne Erdgas auskommt – importieren. Aktuell gibt es kein LNG-Terminal an Kanadas Ostküste. Würde Europa sein Erdgas aus Kanada holen, müssten gigantische Exportkapazitäten errichtet werden. Ohne jahrzehntelange Verträge rechnet sich das nicht, die sind jedoch mit einer klimarealistischen Politik nicht vereinbar: Deutschland müsste wahrscheinlich bis Mitte der 2030er Jahre aus dem Erdgas aussteigen, um seinen Anteil an der Dekarbonisierung zu leisten.

Nicht viel besser ist die Idee, Wasserstoff zu importieren. Der würde in Kanada zunächst mit Erdgas hergestellt werden. Der Transport über den Atlantik ist aber so teuer, dass es klüger ist, den Wasserstoff per Pipeline aus Spanien oder Nordafrika zu holen.

Dass die deutsche Industrie in Panik nach neuen Erdgasanbietern sucht, ist nachvollziehbar. Ihnen bricht mit den USA nun in wenigen Jahren der zweite verlässlich gewähnte Partner weg, nachdem schon Russland die hoch bezahlten Top-Manager*innen enttäuscht hat. Was sie lernen könnten: Nur europäische Energie ist sicher. Wind und Sonne können den Energiehunger der Wirtschaft stillen, wenn angemessen investiert wird. Dafür könnten sich die Manager*innen auch bei ihren Freund*innen in der CDU einsetzen.

wirtschaft + umwelt 8

talkshow

I’ll be back

Nach 17 Saisons wird Thomas Müllers Vertrag beim FC Bayern München nicht mehr verlängert. Ob er wohl zum Bayern-Präsidenten taugt? Eines ist sicher: Radio Müller wird weitersenden

Aus München **Thomas Becker**

Thomas Müller mit typisch dezentem Lächeln Foto: Oliver Kaelke/DeFodi/ddp

Rein phänotypisch haben Arnold Muskelberg Schwarzenegger und Thomas Spargel-Tarzan Müller nun wirklich nicht allzu viel gemein. Irgendwie pfiffig sind sie auf ihre Art dagegen schon, beide mit einem nicht uncharmanten Dialekt und einer gewissen Schlagfertigkeit gesegnet. Witzig in diesem Zusammenhang, dass Schwarzenegger seine unsterblichsten Sätze auf Spanisch respektive Englisch in die Kamera gesagt hat: „Hasta la vista, baby!“ und „I’ll be back.“ Letztere Sentenz dürfte sich nun wohl auch Thomas Müller zu eigen machen.

Glaubt man den gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen, wird sein Vertrag beim FC Bayern München nicht verlängert, und einen neuen gibt’s schon dreimal nicht. Wobei sich da der angesichts zahlloser exorbitanter Star-Gehälter (ein herzliches Vergelt’s Gott noch mal, Brazzo!) ums schwindende Festgeldkonto besorgte Aufsichtsrat (also Uli Hoeneß) und der nach gewaltigen Vorschusslorbeeren längst mit beiden Füßen im Feuer stehenden Sportdirektor (Max Eberl) mal wieder herzlich uneinig sind. Aber das kennt man ja vom FC Bayern.

Die Frequenz von Radio Müller wird deswegen aber sicher nicht abgeschaltet, es wird halt nur anderweitig gesendet, wohl nicht mehr auf dem Spielfeld. Da war der Klassenkasper der Liga lange genug unterwegs, 496 Bundesligaspiele und 150 Tore lang seit 2008. In dieser Saison gelangen ihm erst ein Tor und drei Vorlagen; im Champions-League-K.o-Spiel gegen Glasgow stand er insgesamt vier Minuten auf dem Platz – time to say goodbye. Vorbei die Zeiten von Louis van Gaal („Müller spielt immer“), was sich schon unter Thomas Tuchel angedeutet hatte: „Das ist kein Thomas-Müller-Spiel.“ Vincent Kompany lässt da eher die normative Kraft des Faktischen spüren – und stellt ihn kaum noch auf. Im September wird Müller 36 – ein Alter, in dem nur sehr wenige Stürmer noch international satisfaktionsfähig sind.

Was also tun? Zu einem anderen Klub wechseln? Schwer vorstellbar. In der nun 31 Jahre währenden Fußball-Vita des Thomas Müller stehen exakt zwei Vereine: der FC Bayern und der TSV Pähl, wo sein Bruder ab und an noch in der Kreisliga aushilft. Aber Radio Müller in der Kreisliga? Das tun sich die Hobby-Kicker nicht an. Andere Klubs? In die US-Operetten-Liga von Messi, Beckham und Konsorten? Och nö, du. Was sonst? Golf? Da muss man ja die Klappe halten beim Spielen. Pferde züchten mit Ehefrau Lisa? Mitbesitzer des Schimmelwallachs Checker 47, der unlängst Olympia-Gold in Paris gewann, ist er schon. Aber ob das abendfüllend ist? Schauspielerei vielleicht. Mit der Gemahlin hat Müller 2017 mal bei „Hubert und Staller“ mitgespielt, Folge 14, Staffel 6. Nicht in Erinnerung geblieben? Hm.

Dann halt doch Bayern-Präsident. Fordert die Südkurve eh schon lange. 73 Jahre ist Uli Hoeneß mittlerweile alt – da könnte man ja mal allmählich über frischeres Blut nachdenken, oder? Klar, Präsident ist ein Anderer, der, äh, Dings. Aber egal, Uli ist der Boss, völlig klar. Doch die Suche nach dem Nachfolger will irgendwie nicht so recht klappen. Christian Nerlinger hatte er sich mal rausgeguckt – die Älteren erinnern sich. Ging grandios in die Hose. Dann galt Musterschüler Philipp Lahm mal als völlig logischer Nachfolger an der Vereinsspitze, was dann aber auch so was von überhaupt nicht hinhauen wollte. Bis dann endlich die ultimative Doppelspitze Oliver Kahn/Hasan Salihamidžić das Ruder ins kalte Händchen nahm – noch heute lacht sich die Welt kaputt über den unfassbaren Dilettantenstadl, den dieses Duo infernale im Handumdrehen angerichtet hatte.

Was also nun tun? Andere Klubs? In die US-Operetten-Liga von Messi, Beckham und Konsorten? Och nö, du. Golf? Da muss man ja die Klappe halten beim Spielen

Und jetzt der Müller, Thomas? Man weiß es nicht. Man weiß ja noch nicht mal, ob man ihm zu- oder abraten sollte.

Demokratie braucht ihr Abteil

Die Demokratie retten und die Einsamkeit bekämpfen? Beides wird nur gelingen, wenn der öffentliche Raum von Anfang an für ein wirklich soziales Miteinander gestaltet wird

Von **Carla Young**

Isoliert zusammen: Großraumabteil Foto: Christoph Hetzmannseder/getty

Dass dem sozialen Zusammenhalt der Zusammenbruch droht, ist ein Thema unserer Zeit. In den jüngsten Ausgaben der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* wurden Themen wie „Demokratie jenseits von Wahlen“ (42/2024) und „Einsamkeit“ (52/2024) thematisiert. Es stellt sich heraus, dass diese Themen große Überschneidungen aufweisen, denn ein Grund für die zunehmend wahrgenommene Einsamkeit ist, dass immer mehr Arten sozialer oder „Begegnungsorte“ verschwinden. Einsamkeit begünstigt auch politischen Rückzug und sogar Radikalisierung.

In den Texten werden gut gestaltete öffentliche Räume gefordert, für zufällige Begegnung sowie für Dienstleistungen, die echte Menschen in Interaktion bringen. Die Neurobiologin Nicole Strüber identifiziert in ihrem Buch „Unser soziales Gehirn“ Automatisierung, Effizienzbestrebungen und digitalisierte Kommunikation als Treiber eines Verlusts von „Miteinander“. Termine werden über Apps vergeben, Formulare online eingereicht, Verabredungen in Textform gemacht. Sozialer Austausch ums Nötigste herum wird weggekürzt, und wir fühlen uns leer. Strüber erklärt nachvollziehbar, dass wir auch nicht nur aus sozialer oder politischer Sicht an diesem Miteinander interessiert sein sollten, sondern aus neurobiologischer Perspektive sein *müssen*. Denn unser Gehirn und Nervensystem sind biologisch darauf ausgelegt – eine Unterversorgung mit Zusammensein und Berührung bringt unsere Biochemie aus der Balance. Bei Ärzten gibt es viel guten Willen, aber immer weniger Möglichkeiten. Bei Unternehmen aber steht die Neurobiochemie ihrer Kunden schon mal gar nicht an erster Stelle, wenn sie denn nichts einbringt.

Wenn die Biochemie aus dem Gleichgewicht ist, bilden sich Zustände von Einsamkeit und erhöhtem, weil nicht abgebautem Stress. Diese wiederum sind laut Demokratieforschung Faktoren für das Entstehen von Abgrenzung, Aggression und politischer Radikalisierung. So wird zwischen ungewollter Einsamkeit und Demokratieverfall ein Zusammenhang hergestellt. Damit wären wir beim medialen Thema Nummer eins: „Demokratie leben“ oder zumindest erhalten.

Ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend versucht das vor allem, indem es zivilgesellschaftliche Strukturen stärkt. Das Programm fördert Projekte, die vorrangig beraten und bilden. Es werden Debatten weitergeführt, Themen gesetzt und bearbeitet und mit Freiwilligen Demokratie-Cafés durchgeführt. Bei diesem Zuschnitt ist allerdings die Gefahr, dass sie vor allem solche Menschen einbinden, die ohnehin nicht einsam, sondern bereits aktiviert sind. Es steht auch zu befürchten, dass solche Projekte Automatisierung und Kommunikationstechnologien nicht neu gestalten oder Effizienzgebote abschaffen. Dafür müssten sie ja in wirtschaftliche und andere Versorgungsstrukturen eingreifen, an den Strukturen des Nichtmiteinanders ansetzen. Doch das können sie nicht.

Wenn zivilgesellschaftliche Organisationen Zuhörbänke anbieten, bei denen freiwillig Engagierte Menschen mit Redebedarf zuhören, ist das ein bisschen so, wie wenn ein paar Leute sich freiwillig zum Mülleinsammeln melden: Es werden die Konsequenzen eines Systems korrigiert, das aber nicht verändert wird und nun mal so gestaltet ist, dass es eben diesen Müll produziert, dass Menschen diesen Müll hinterlassen. Neurobiologin Strüber liefert gute Hinweise darauf, wo die Reise hingehen muss – mit ziemlich großen politischen Konsequenzen auf den zweiten Blick.

Gruppen tendieren dazu, sich über die Zeit hinweg miteinander zu solidarisieren und andere Gruppen tendenziell abzuwerten. Wir müssen also Gruppen aufbrechen und durchmischen, schon in der Schule!

Kinder brauchen echte Aufmerksamkeit, emotionale Unterstützung und körperliche Nähe in Betreuung? Also dann: Sorgearbeit in Kitas aufwerten, besser bezahlen und mehr Zeit geben und statt ängstlicher Distanz körperliche Nähe erlauben! Patienten heilen vor allem dann, wenn Ärzte ihnen Aufmerksamkeit schenken und Vertrauen hergestellt werden kann? Abrechnungsstrukturen neu gestalten, sodass das beste Placebo von allen – Zuhören und Vertrauen schaffen – endlich auch als Leistung anerkannt wird! In allen Feldern geht es im Kern darum, dass Menschen endlich genug Zeit in Kopräsenz mit Menschen bekommen, um eben den Sachzweck der Beziehung mit den biochemischen Anforderungen des Gehirns an eine sichere, gute, einbindende und motivierende Interaktion zu verbinden.

Dafür müssen wir vor allem auf den Alltag schauen, statt Zusammenhalt immer mehr über politische Diskurskultur zu definieren. Zum gelungenen Gespräch gehört nämlich der geschützte Raum für Nähe, die Chance, Gehirnaktivität zu synchronisieren über den Verlauf einer positiven Interaktion. Hierfür reicht es aber nicht, zufällig auf dem gleichen öffentlichen Platz zu sitzen oder an der Kasse einen guten Tag zu wünschen. Für soziale Orte braucht es mehr Investition in gutes Design, gute Infrastruktur. Denn tragen wir dem Verständnis des sozialen Gehirns Rechnung, braucht es eben doch ein bisschen mehr Rahmung für Nähe und Inhalt. Unsere gebaute Umwelt beeinflusst, wie wir uns verhalten, wie wir uns fühlen, was naheliegt, was möglich ist.

Nehmen wir das soziotechnische System Fernreisezug. Menschen auf Reisen – eigentlich eine Steilvorlage für interessante Interaktionen mit Fremden, denn man hat ja bereits eine Gemeinsamkeit. Doch beim Gedanken an die vergangenen Zugfahrten werden vielen Menschen eher nervige Mitreisende einfallen oder bei Verspätung, Zugausfall und anderen Missgeschicken ausgetauschte Unmutsbekundungen. Tiefere Gespräche mögen an Tischplätzen stattgefunden haben. Doch im Großen und Ganzen hat hier genau das Effizienzgebot – alles mit dem geringsten Einsatz von Ressourcen schaffen – verbunden mit einem besonders ungemütlichen Modell von „Modernität“ die soziale Qualität des Miteinanderreisens vermindert: Die Deutsche Bahn hat die noch in Abteilwagen organisierten Intercity- und Eurocityzüge Anfang der 2000-er in Großraumwagen umgebaut und das System Abteilwagen damit quasi abgeschafft. In der Fachzeitschrift *Signal* wurde 2003 kommentiert: „Ein wichtiger Systemvorteil der Bahn, nämlich den Reisenden erheblich mehr Komfort als im Flugzeug oder Bus zu bieten, wird damit auch im vorliegenden Fall wieder ein Stück demontiert. Die Deutsche Bahn AG begründete den Umbau mit ‚modernem und zeitgemäßem Design‘. War die bisherige Form der Innenraumgestaltung etwa veraltet und unzeitgemäß? Ist wenig Beinfreiheit modern und zeitgemäß?“

Soziale Aspekte des Menschlichen spielen im Design von Infrastrukturen keine Rolle

Ganz offensichtlich hatte die Bahn die Entscheidung für den Großraumwagen inhaltlich nicht nachvollziehbar begründet. Wie hätte sie auch? Soziale und psychologische, sogar neurobiologische Aspekte des menschlichen Miteinanders spielen im Design von Infrastrukturen, obwohl fast alle Menschen sie nutzen (müssen), keine Rolle. Stattdessen orientieren sich Designer (häufig männlich) an aktuellen Materialien aus IT und Unterhaltungselektronik und an industrieller Rationalität.

Der Großraumwagen vollbringt es, zugleich zu anonymisieren – zu viele fremde Menschen auf einmal – und Masse herzustellen. Irgendwo unterhalten sich seit einer Stunde zwei Kollegen über Politik, man denkt laufend mit und ist doch ausgeschlossen. Hinter einem geht alle paar Minuten eine Nachricht auf dem Handy ein, nerv! Von „Kannst du mich hören?“ bis hin zu lautem Schnarchen sind uns die Menschen zu nah, ohne uns verbunden zu sein. Wir hören das Gespräch von Menschen, die wir nicht sehen können, sind genervt von Gerüchen, deren Verursacher wir nicht erkennen. Augenkontakt, der durch meine Reaktion das Verhalten von Mitmenschen schnell und wortlos regulieren kann, wird erschwert. Die Kontaktaufnahme gleicht in etwa dem Ansprechen von Fremden auf der Straße: Was will der denn jetzt? Fehlende Privatsphäre trotz Abschottung – eine unangenehme Kombination und eine verpasste Chance.

Das Abteil wirkt anders. Dass es einen Interaktionsraum schafft, zeigt sich im Moment des Betretens: Die Anwesenheit der anderen wird anerkannt, zumeist durch ein Grüßen und gemeinsames Sortieren der Sitzordnung. Das eigene Verhalten wird (meistens) der Nähe zu den anderen angepasst, da direkter Augenkontakt besteht und wechselseitige Reaktionen möglich sind. Das geteilte Fenster führt zu geteilter Aufmerksamkeit, zu geteilten Beobachtungen, oh, da, Rehe auf dem Feld! Gleich fängt es an zu regnen. Das Mithören der Gespräche Fremder lässt eine volle Beobachtung zu, die uns einen neugierigen Einblick ermöglicht. Wenn jemand einen Witz macht, ist es angemessen, rüberzuschauen und mitzulachen, denn man ist mit dabei. Wenn Gespräche zwischen Fremden entstehen, kommt dabei durch den gemeinsamen Raum ein temporäres Wir-Gefühl zustande.

Das Abteil begünstigt eine kooperative Grundstimmung und ein Aufeinandereinstellen. Was nichts anderes ist als die Herstellung von Synchronizität, die unser soziales Gehirn sich wünscht, um sich sicher, wohl und eingebunden zu fühlen.

Ein Abteil macht noch keine Demokratie? Man weiß es nicht, weil es gar nicht systematisch betrachtet wurde. Weil es die Entscheidungsträger nicht interessierte, weil sie sich für den effizienten Transport von Kunden zuständig fühlen und nicht für die Demokratie oder die Gesellschaft. Und das reicht nicht.

Stellen wir uns vor, dass unser Bedürfnis nach einer Chance auf gute Verbindung endlich das entscheidende Designmerkmal von Infrastrukturen würde, in denen wir uns gemeinsam bewegen müssen. Wir bräuchten wahrscheinlich nicht ständig darüber reden, dass Leute mehr miteinander reden sollten! Oder sonst wie in aufwendigen sozialen „Müllsammelaktionen“ die Konsequenzen und Symptome einer unsozialen Gestaltung unseres Miteinanders bekämpfen. Die Betrachtung der sozialen Qualität von Prozessen braucht endlich den ihr gebührenden Platz: ganz oben auf der Prioritätenliste und am Anfang des Gestaltungsprozesses.

taz lab 2025

weiter machen
Jenseits der Empörung

Zukunft macht sich nicht von alleine

Live vor Ort oder im Stream

Packen wir’s gemeinsam an!

Rund ums taz-Haus in der Friedrichstraße diskutieren wir u.a. mit:

Robert Habeck, Miriam Davoudvandi, Can Dündar, Luisa Neubauer, Hedwig Richter, Ricarda Lang, Manfred Grieger, Lea Streisand, Tadzio Müller

Infos, Programm und Tickets auf tazlab.de

26. April 2025

Druckzeichen auf der Hand: die taubblinde Schauspielerin Tanja Hameter (r.) in „Hospital der Geister“ Foto: Armin Smailovic

Jeder Fortschritt ein Rückschritt

Jan-Christoph Gockel adaptiert am Deutschen Theater in Berlin Lars von Triers „Hospital der Geister“. Dialektik der Aufklärung trifft auf Hochkomik

Von **Michael Wolf**

Dieser Theaterabend hat zwar vordergründig überhaupt nichts mit der Coronapandemie zu tun und doch denkt man nach einer Weile, dass er genau zur richtigen Zeit herauskommt: nur einige Tage, nachdem öffentlich gewordene Geheimdienstrecherchen die sogenannte Labortheorie über den Ursprung des Erregers neuerlich ins Gespräch gebracht hatten. Denn so wie dieser Verdacht das Bild der Wissenschaft als Heilsbringerin der Menschheit in Zweifel zieht, so präsentieren sich die Mediziner auf der Bühne als eine Sammlung lächerlicher bis gefährlicher Spinner.

In klandestiner Runde – sie nennen es Loge – treffen sie sich im Keller des Kopenhagener Reichskrankenhauses, gießen sich Schnaps hinter die Binde und stecken die mit Zylindern beschwerten Köpfe zusammen. Der Männerbund, eine von feministischer Seite mit Vorliebe kritisierte Institution patriarchaler Ordnung, feiert hier wunderbare Auftritte, etwa wenn der ehrgeizige Pathologe Professor Doktor Bondo, gespielt von dem humorhochbegabten Andri Schenardi, seine Logenbrüder auffordert, ihm die krebskranke Leber eines im Sterben liegenden Patienten zu transplantieren, damit der Tumor in seinem Körper weiterwachsen kann. „Ich will das größte Lebersarkom Europas züchten!“

Und auch die anderen haben ihre delikaten Probleme. Der dauerlächelnde Chefarzt, gespielt von Ulrich Matthes, will sein Team auf Teufel komm raus mit Methoden aus dem Coachingseminar motivieren und sucht später, nach einem fatalen Besuch des Gesundheitsministers, Trost bei einem bongospielenden Therapeuten. Doktor Stig Helmer, verkörpert vom zweiten Star des Abends, Wolfram Koch, muss unbedingt einen Kunstfehler vertuschen und schreckt dabei auch vor dem Einsatz von Voodoozauber nicht zurück. Derweil steigert sich seine Geliebte, die von Anja Schneider gegebene Anästhesistin Doktor Mortensen, in animalische Gewaltfantasien hinein. „Der Dachs ist ein niedliches Tier, das so lange zubeißt, bis der Knochen zerquetscht ist.“

Follow the science? Bei diesem Personal lieber nicht! Genüsslich konterkarieren Regisseur Jan-Christoph Gockel und sein 14-köpfiges Ensemble die Vorstellung kühl berechnender Forscherinnen und Forscher, die ihre überragende Ratio in den Dienst des Fortschritts stellen. Die hier durchweg fröhlich vorgetragene Skepsis an der Vernunft ist freilich nicht ganz neu, folgen Gockel und sein Team doch mit ihrer Adaption recht werktreu den ersten beiden Staffeln von Lars von Triers Serie „Riget“ („Das Reich“) aus den Neunzigerjahren. Der dänische Starregisseur verband damals die Krankenhausserie mit dem Horrorgenre.

Gockel, seit 2020 Hausregisseur und Teil der künstlerischen Leitung der Kammerspiele München, hat den Stoff bereits am Schauspiel Graz, der früheren Wirkungsstätte von Intendantin Iris Laufenberg, inszeniert. Die Berliner Fassung ist mit fünf Stunden einschließlich zwei Pausen noch einmal länger geworden, auch hat er fast das ganze Ensemble ausgetauscht. Mit dabei sind nun auch Jonas Sippel und Dirk Nadler vom Theater RambaZamba.

Horror und Humor wechseln vor allem im letzten Teil dieses Abends rasch und beständig

„Hospital der Geister“, wie der Abend hier heißt, spielt in einem Spital, das einst – wie immer wieder erwähnt wird – auf uraltem Sumpfland erbaut wurde. „In alten Zeiten wässerten hier Bleicher riesige Tücher und breiteten sie zum Trocknen aus. Der Dampf, der aus den feuchten Stoffen aufstieg, hüllte den Ort in ewigen Nebel.“ Dann aber kehrte mit dem Krankenhaus, mit Ärzten und Forschern Objektivität und Technologie ein. „Nie mehr sollten Aberglaube und Unwissenheit die Bastion der Wissenschaft erschüttern.“ Aber weit gefehlt! Eine Art Dialektik der Aufklärung waltet hier, mit jedem Wissenszuwachs droht der Verstand in sein Gegenteil umzuschlagen. Das Okkulte und Spiritistische hat an diesem Ort genauso seinen Platz wie die Vernunft.

Gockel und seine Dramaturgin Karla Mäder folgen mit ihrer Fassung den kulturhistorisch bewanderten Bezügen des Originals. Im gedanklichen Hintergrund des um keinen Gag verlegenen Bühnengeschehens leuchten all die Rückschritte des Fortschritts und Fortschritte des Rückschritts auf: Die Renaissance war die Epoche des Wissensdurstes und der Emanzipation von den Religionen, sie war aber auch die Zeit der Hexenverfolgung; das 19. Jahrhundert erfand das Konzept der Objektivität und nutzte es sofort, um Geisterwesen zu bezeugen; die ungemeine Rechenleistung unserer Tage ermöglicht Forschung auf einem ganz neuen Niveau – genauso wie täuschend echte Fakes.

Die Wahrheit ist also nicht ohne die Täuschung zu haben, das Leben nicht ohne den Tod und die Wirklichkeit nicht ohne das Unerklärbare. Dabei lassen sich diese Ebenen aber nur unter großen Mühen miteinander in direkten Kontakt bringen. Dafür ist unter anderem Tanja Hameter zuständig. Sie fungiert an diesem Abend als eine Art Medium zwischen den Welten, was Sinn ergibt, da sie persönlich stark auf Vermittlung angewiesen ist. Hameter ist taubblind, eine Dolmetscherin übersetzt ihr das auf der Bühne Gesagte und die Reaktionen des Publikums auf ihren Vortrag über Druckzeichen auf ihrer Hand. Mehrmals wird das genutzte Alphabet auf einen Gazevorhang vor der Bühne projiziert, wie als stolzer Beweis, welche Grenzen die Vernunft zu überwinden weiß, welche Isolation sie zu durchbrechen vermag.

Der Kontrast zum Unerklärlichen und Unheimlichen wirkt da nur umso größer. Denn andere bleiben hier schrecklich allein, so etwa die neunjährige Marie, die vor einem Jahrhundert von ihrem Vater erstickt wurde und seither keine Ruhe findet. Der Puppenspieler Michael Pietsch lässt sie durch die Krankenhausfluge geistern, reißt ihre Augen weit auf und rollt ihre Pupillen gruselig zur Seite. Pietsch hat auch die anderen beeindruckenden Puppen für diese Inszenierung gebaut: eine kleine Ratte, die er durch den Krankenhauskeller wuseln lässt, und Maries Bruder, den die Assistenzärztin Judith (Lisa Birke Balzer) gebiert. Etwas stimmt nicht mit diesem Jungen. „Brüderchen“, wie sie ihn nennen, kann sofort sprechen, vor allem aber wächst und wächst er, bald misst er schon fünf Meter, das halbe Ensemble muss ihn stützen, als er ein paar Meter über die Bühne stapft. Ein groteskes Wesen hat da das Licht der Welt erblickt und wäre sofort fähig, sie in die Dunkelheit zu stürzen. Denn der Teufel hat Brüderchen gezeugt und bietet ihm nun an, ihn zu retten. Alles, was er dafür will, ist seine Seele.

Horror und Humor wechseln vor allem im letzten Teil dieses Abends rasch und beständig, wenn Gockel das Geschehen immer wieder in Richtung Musical steuert. Da stimmt dann Anja Schneider auf einem Leichenkarren das Lied vom Rattenfänger an oder sie hüpfen allesamt in Glitzerkostümen zu Abbas Hit „SOS“ über die Bühne. In ihrer Aussage mag die Inszenierung pessimistisch ausfallen, bestreitet sie doch, dass es so etwas wie einen festen Boden gibt, eine Realität, auf die zweifellos Verlass wäre. Das Schöne ist jedoch, dass sich davon an diesem Abend niemand die Laune verderben lassen muss. Gockel und sein Ensemble schenken dem Theater dringlich benötigte Leichtigkeit.

Ein guter Move?

Überraschung: Klaus Wowereit wird Kulturstaatsminister

Nach kulturellem Aufbruch sieht das zwar nicht gerade aus, aber immerhin sind damit schlimmere Möglichkeiten wie die Unterordnung der Kultur unter die Konzepte von Leitkultur oder sogar Heimatverbundenheit vom Tisch. Wie die taz am Rande der Leipziger Buchmesse exklusiv erfuhr, wird der neue Kulturstaatsminister am 1. April verkündet werden – und Klaus Wowereit heißen. Vor allem Friedrich Merz soll sich stark für Wowereit gemacht haben. Spekuliert wird, dass Merz mit diesem Schritt ein Signal senden will, als Kanzler endgültig alle provinziellen Ansätze (Stichwort Sauerland) hinter sich lassen zu wollen. Außerdem habe Merz während der Sitzungen den Spruch „Arm, aber sexy“, mit dem Wowereit als Berliner Bürgermeister berühmt geworden war, geradezu vor sich hin gesungen.

Die Einwände gegen diese Entscheidung liegen auf der Hand. Von 2001 bis 2014 war Wowereit Regierender Bürgermeister von Berlin und eine Zeit lang zugleich Kultursenator der Hauptstadt. Mit den Erfordernissen einer lebendigen Kulturszene kennt der 71-Jährige sich also aus. Aber tut er es wirklich? Berlin funktioniert noch einmal anders als der Rest Deutschlands. Außerdem hat sich die Welt inzwischen mehrere Umdrehungen weitergedreht. Arm, aber sexy – das funktionierte nur, weil die Mieten in Berlin niedrig waren. Diese Zeit ist vorbei. Auch darüber hinaus ist fraglich, ob sich Wowereits Berliner Ansatz auf das gesamte Bundesgebiet übertragen lässt.

Auf der Habenseite bei dieser Entscheidung steht aber der souveräne Hedonismus, der mit Klaus Wowereit verbunden ist. Es könnte sich als guter Move erweisen, den Kulturkämpfen von neurechts, die mit einer erstarkten AfD-Fraktion im Bundestag drohen, die schnodderige Lebensfreude entgegenzusetzen und den Spaß auch an wilden Theaterabenden und queeren Performances, für die Wowereit steht. Auch als Wendung gegen Ageism lässt sich die Entscheidung verteidigen. Warum sollen Kulturstaatsminister nicht auch älter sein – zumal in Zeiten, in denen Rockstars wie die Rolling Stones oder Bob Dylan auch noch mit 80 auf die Bühne gehen? Geben wir Klaus Wowereit also eine Chance! *Dirk Knipphals*

berichtigung

Gestern besprachen wir einen Theaterabend, der auch die absurden Seiten von Demenz thematisierte. Ein Tipp: In dem Roman „Der vergessliche Riese“ von David Wagner werden sie auch eingehend beschrieben. Neben der Trauer ist dabei auch die Komik Literatur geworden.

Foto: Archiv

Irina Scherbakowa
Unendliche Geschichte

Menschen brauchen die ganze Wahrheit – die Chance auf Freiheit existiert

Vor vierzig Jahren traf das Plenum des ZK der KPdSU eine schicksalhafte Entscheidung.

Zu diesem Zeitpunkt war die Sowjetunion immer tiefer in eine wirtschaftliche und strukturelle Krise geraten. Nach der stagnierenden Breschnew-Ära begannen die sowjetischen Führer, einer nach dem anderen zu sterben. Meine Tochter freute sich schon, wenn früh morgens die Trauermusik im Radio ertönte. Es kündigte den Tod des nächsten Generalsekretärs an und bedeutete schulfrei.

Der nach dem Tod Breschnews 1982 zum Generalsekretär gewählte Andropow, allmächtiger Leiter der Staatssicherheit, wollte Ordnung im Geiste einer neostalinistischen Effizienz schaffen. Wer die Schule schwänzte, den ließ er tagsüber in Kinos, Parks oder Bädern aufgreifen. Zu dieser Zeit hatten die sowjetischen Bürger bei der Arbeit zu sein.

Doch wie auch das sowjetische System, war Andropow bereits hoffnungslos krank, er übte nicht mal anderthalb Jahre die Macht aus. Auf ihn folgte ein ganz realer Kandidat für das Jenseits, der alte Apparatschik Tschernenko. Er amtierte ein einziges Jahr.

Da hieß es schon länger, dass es im Politbüro nur eine Figur gab, mit der sich die Hoffnung auf mögliche Reformen verband, Michail Gorbatschow. Er war energisch und wesentlich jünger. Durch glückliche Umstände wurde er am 11. März 1985 zum Generalsekretär des ZK gewählt. Nur drei Jahre später würde dies zum Fall der Berliner Mauer führen. Und 1991 zerfiel dann schließlich das ganze sowjetische Imperium.

Doch vor den Reformen wurden zunächst gravierende Fehler gemacht. Die Anti-Alkohol-Kampagne war sinnlos und brachte das Volk gegen Gorbatschow auf. Im April 1986 ereignete sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Sie deckte die Hilflosigkeit und die Lügen des staatlichen Systems erneut sehr drastisch auf.

1986 hat Gorbatschow ein Wort ausgesprochen, das seinen Reformen und dieser Zeit den Namen geben würde: Perestroika. Er sagte, dass Menschen „die ganze Wahrheit brauchen“. Es war der Stein, der eine Lawine auslöste, die ein ganzes Lügensystem schließlich zum Einsturz brachte.

In den letzten Jahren unter Gorbatschow glaubte ich, er zögere mit den Reformen, weil er zwischen zwei Stühlen saß. Er wollte sie und konnte sich dennoch nicht konsequent genug von den Illusionen seiner parteilichen Identität trennen. Das führte schließlich zu seinem Machtverlust.

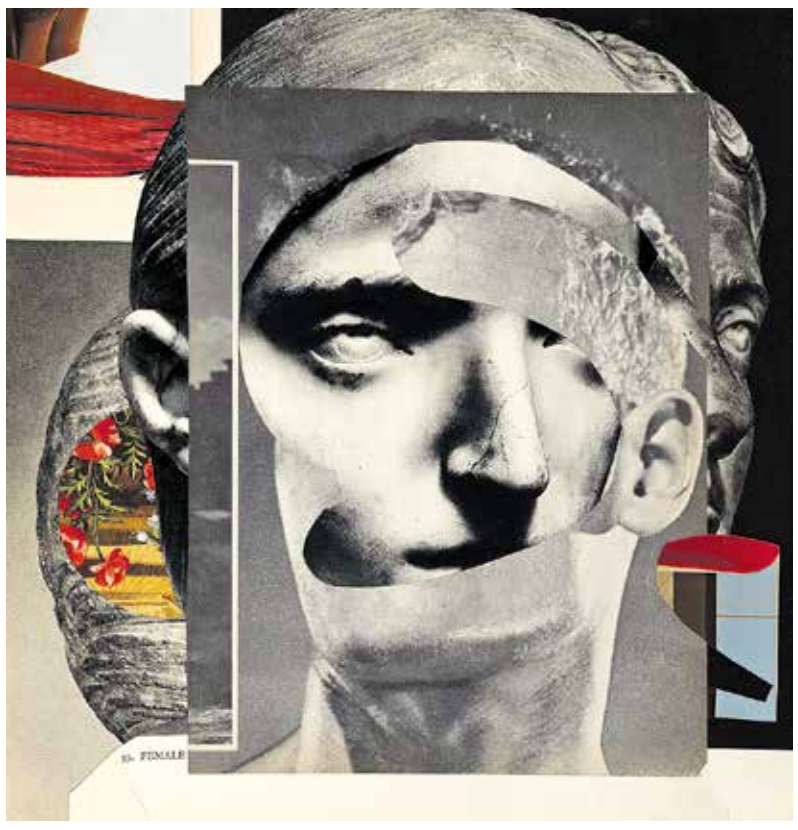
In den von den Putin-Ideologen herausgegebenen Geschichtsbüchern wird das Bild von Gorbatschow in düsterem Licht dargestellt. Ihm wird vorgeworfen, im Interesse des kollektiven Westens gehandelt zu haben. Dass durch ihn in Osteuropa die sogenannten „Samtenen Revolutionen“ und die „Annexion der DDR durch die BRD“ stattfanden. Als Gorbatschow der Friedensnobelpreis verliehen wurde, sei „die Reaktion in der UdSSR feindselig kühl“ und ablehnend gewesen.

Tatsächlich haben viele in Russland heute eine Abneigung gegen Gorbatschow. Unbeliebtheit, das ist oft das Schicksal von Reformern. Aber in der letzten Rede 1991 vor seinem Rücktritt als Präsident der UdSSR sagte er deutlich die Wahrheit. Er erklärte, wie in nur sechs Jahren seiner Amtszeit das totalitäre System abgeschafft, der Kalte Krieg beendet, Wettrüsten und Militarisierung des Landes gestoppt wurden. Man öffnete sich der Welt, lehnte die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab, die Nutzung von Truppen außerhalb des Landes.

Damals dachten auch wir, dass die Wende vollzogen sei, es keinen Weg zurück gab. Heute ist von all dem nichts übrig geblieben. Im Sommer 2022 wurde Gorbatschow beerdigt.

Aktuell glauben nun viele, dass Russland zur ewigen Unfreiheit verurteilt sei. Doch es hatte eine zweite Chance. Und es wird eine weitere bekommen.

Die Autorin ist russische Historikerin, Germanistin und Mitglied von Memorial Zukunft im Exil.



War auch 1977 auf dem Plattencover der Buzzcocks: Linder, Ohne Titel, 1976 (links)
Foto: Tate

Linder: The Sphinx, 2021 (rechts)
Foto: Courtesy der Künstlerin, Modern Art London, Blum Los Angeles/Tokio/New York

Das Montierte unterbricht den Zusammenhang

Dada-Punk: Linder, der Künstlerin der radikalfeministischen Fotomontage, gilt eine große Retrospektive in der Londoner Hayward Gallery

Von **Martin Conrads**

Wenn „Orgasm Addict“, die Debutsingle der englischen „Buzzcocks“ von 1977, bis heute im subkulturellen Gedächtnis haftet, dann nicht wegen des eher gängigen Punksounds oder weil die BBC den Song sexueller Eindeutigkeiten halber nicht spielte – sondern wegen des Covers. Erst letztes Jahr in der großen „Postmoderne“-Ausstellung der Bonner Bundeskunsthalle gezeigt, ist auf dem Cover ein Motiv zu sehen, das aufgrund seiner Fotomontage-Machart auf dem Höhepunkt der (britischen) Punkbewegung den Bogen nicht nur zurück zum Dadaismus spannte, sondern auch ein so konsumkritisches wie radikalfeministisches Statement setzte. Abgebildet ist ein nackter Frauenkörper von der Hüfte aufwärts, die Brustwarzen durch lächelnde, als weiblich gelesene Münder ersetzt. Der angedachte Blick auf die erogenen Zonen ist so einkassiert und eine einfache Auflösung dieses Bildrätsels umso mehr verunmöglicht, als die Person statt eines Kopfes ein Dampfbügeleisen auf dem Hals trägt. „Collage – Linder“ ist klein neben dem Körper zu lesen.

Linda Sterling, die Urheberin des Bildes, war damals nicht nur mit dem gerade aus den Buzzcocks ausgestiegenen Howard Devoto liiert, sondern selbst kurz davor, ihre eigene, schroff, sperrig und jazzbeeinflusst spielende Post-Punk-Band „Ludus“ (1978–84) zu gründen. Geboren 1954 in Liverpool, begann Sterling 1976, nach drei Jahren an der Kunsthochschule in Manchester, Pin-up-Fotomotive aus den seinerzeit notorischen „Herrenmagazinen“ mit technischen Errungenschaften des Spätkapitalismus zu kreuzen. Statt Köpfen tragen die Nacktmodelle einen Staubsauger, einen E-Herd, eine Wasch- oder eine Nähmaschine. Zu dieser Zeit hatte sich Sterling als Hommage an ihre Fotomontage-Vorbilder wie Hannah Höch oder John Heartfield bereits den zudem genderneutralen, deutsch klingenden Künstlerinnennamen „Linder“ gegeben – für die englische Nachkriegszeit zwar untypisch, in der Post-Punkszene Manchesters aber durchaus trendy.

> Sterling gründete ihre eigene, schroffe, sperrige, jazzbeeinflusste Post-Punk-Band Ludus

Seit dieser Zeit mit einem gewissem Kultstatus versehen, ist nun erstmals in London eine Retrospektive der Künstlerin zu sehen. Dabei fällt auf, dass die nach einem Ludus-Titel benannte Show „Linder: Danger Came Smiling“ in der Hayward Gallery jeglichen Punk-Retro-Gestus vermeidet. Alles hängt gut gerahmt und etwas zu ordentlich oder wird, wie die an Aubrey Beardsley erinnernden Coverzeichnungen für Ludus, die Fotomontagen-Flyer für Joy Division oder die surrealistisch wirkenden Monotypie-Köpfe für Devotos spätere Band Magazine, museal in Vitrinen präsentiert.

Die Entwicklung von Linders Ideen und den damit verbundenen Werkreihen von den 1970ern bis zu den Arbeiten von 2024 zeigt das chronologisch konzipierte Ausstellungsformat dabei jedoch allemal. Da sind diese frühen Fotomontagen, zusammengesampelt aus Pornografie-, Haushalt- und Technikmotiven, damals gängige Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität, gleichermaßen dekonstruierend wie transformierend. Man denkt dabei an Walter Benjamins Satz, nach dem das Montierte den Zusammenhang unterbricht, in welchen es montiert ist und erinnert sich teils an feministische Fotomontagen von Martha Rosler, teils an spätere Fotoarbeiten von Lynn Hershman Leeson wie auch an die jüngere Collagewelle, bei der Künstlerinnen wie Riikka Fransila Ideen Linders aufgriffen – und dabei oft entpolitisierten. Und da sind die Fotomontagen der jüngsten Jahre, gefälliger, aber versierter und nicht „ungefährlicher“; das Florale und Tierische hat das Technische ersetzt.

taz blogs

['kemɪk_blɔg]

Einst das Schreckgespenst des Bildungsbürgers, heute Liebling des Föjetong: der Comic.
taz.de/blogs/comicblog

Dazwischen einige Fotoreihen: Man sieht Morrissey backstage – mit dem späteren The-Smiths-Sänger ist Linder seit 1976 befreundet (in „Cemetry Gates“ singt Morrissey von ihr). Man sieht geradezu anrührende Fotos, die die Künstlerin in den 1970ern in Drag-Clubs in und um Manchester aufgenommen hat, oder die ikonische Text- und Bildserie „She/She“ von 1981, in der Linder ihr eigenes Gesicht mit einem Zeitschriftenausriss collagierte. Das ist auch als Performance ihrer Aussage zu verstehen, nach der sie sich immer selbst wie ein gefundenes Objekt behandelt habe. Und da ist dann noch das Video von dem legendären Ludus-Auftritt 1982 im Hacienda-Club in Manchester, bei dem Linder, aus Protest gegen Pornoscreenings am selben Ort, ein Kleid aus rohem Fleisch und darunter einen großen Dildo trug. Das war nur ein paar Monate, bevor sich Cath Johnson für ein LP-Cover der „Undertones“ ebenfalls in einem Dress aus rohem Fleisch ablichten ließ, aber 28 Jahre bevor es Lady Gaga mit der gleichen Idee in die Weltpresse schaffte.

Linder: „Danger Came Smiling“. Hayward Gallery, London, bis 5. Mai

unterm strich

Türkische Kulturschaffende protestieren nach anfänglichem Schweigen gegen die Verhaftung des Istanbuler Bürgermeisters İmamoğlu. Eine Gruppe von Schriftsteller:innen trug ihr von 190 Literat:innen unterzeichnetes Protestschreiben öffentlich vor. Sie würden zu diesem undemokratischen Vorgehen nicht schweigen, heißt es darin. Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk schrieb auf dem Nachrichtenportal T24, dass trotz Einschränkungen der Meinungsfreiheit bisher freie Wahlen in der Türkei möglich gewesen waren. Damit sei es jetzt vorbei. Auf den sozialen Medien wandte sich Sängerin und Schauspielerin Seren Serengil an die türkische Regierung, die nicht glauben solle, dass schweigende Künstler:innen hinter ihr stünden. Nicht Zustimmung, sondern Angst vor Repression sei der Grund für das Schweigen. Der Pianist Fazıl Say veröffentlichte ein Video mit Schuhen an einem Polizeigitter, die Demonstrierende auf der Flucht vor Wasserwerfern verloren haben.

Die Führungsspitze der Oscar-Academy hat sich beim palästinensischen Filmemacher Hamdan Ballal entschuldigt. Nach Kritik von über 700 Filmschaffenden hat sie in einer Mitteilung die bisherige Stellungnahme zu Ballal als „Fehler“ bezeichnet. Der Co-Regisseur von „No Other Land“ ist laut Augenzeug:innen vor wenigen Tagen im Westjordanland zusammengeschlagen und vorübergehend von der israelischen Armee inhaftiert worden. Der mit einem Oscar prämierte Dokumentarfilm thematisiert die Vertreibung von Palästinenser:innen aus Dörfern im Westjordanland. Zunächst verurteilte der Akademievorstand in einer allgemein gehaltenen Erklärung die „Verletzung oder Unterdrückung“ von Künstler:innen, ohne Ballal explizit zu erwähnen.

Spurensuche im Haus des Diktators

Die Villa von Enver Hoxha blieb in Albanien auch nach 1991 meist verschlossen. Doch 40 Jahre nach dessen Tod werden nun Künstler in die Residenz einziehen. Vergangenheitsaufarbeitung im Tirana-Style

Der Architekturfotograf Philipp Funke konnte 2019 in der Villa fotografieren. Das Bild stammt aus seinem Band „A Dictator's Home" (Revolver-Verlag). Foto: Philipp Funke,

Armando Duçellari zog als einer der ersten Künstler in die Villa Enver Hoxhas Foto: Jutta Benzenberg

Von **Matthias Meisner**

Wie gelingt die Erinnerung an einen Diktator? Aktuell wird die Frage in Tirana diskutiert, wo kurz vor dem 40. Todestag von Enver Hoxha am 11. April die Residenz von ihm und seiner Familie eine Nachnutzung erfährt. Die Vila 31 befindet sich im einst für die Nomenklatura abgeriegelten Stadtteil Blloku – heute der Partybezirk der albanischen Hauptstadt. Sie blieb nach dem Sturz des Regimes 1991 jahrzehntelang weitgehend ungenutzt. Aber auch unangetastet.

Im Jahr 2024 wurde das dreistöckige Gebäude mit einer Wohnfläche von 3.400 Quadratmetern in Regie der französischen Stiftung Art Explora zu Künstlerresidenzen umgebaut. Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hatte das mit Albaniens Premierminister Edi Rama in Tirana vereinbart. Bei der Eröffnung vor wenigen Wochen schwärmte Frankreichs Botschafterin in Albanien, Catherine Suard, Tirana habe nun einen festen Platz auf der Landkarte der Metropolen zeitgenössischer Kultur. 2025 werden 22 Künstler:innen aus 15 Ländern jeweils drei Monate in der Villa wohnen.

Die Auswahl der Stipendiat:innen hat eine hochkarätige Jury vorgenommen, zu der auch die beiden Direktoren des Hamburger Bahnhofs in Berlin, Sam Bardaouil und Till Fellrath gehörten. Einer der ersten Künstler, die Mitte Januar einzogen, ist der 1990 in der albanischen Hafenstadt Durrës geborene und seit 2016 in Bremen lebende Armando Duçellari (Foto, Video, Trickfilme, Performance). Dass er unter an die 1.000 Bewerbungen unter jenen ist, die den Zuschlag bekamen, hat der renommierte Künstler vermutlich auch seiner Tante zu verdanken: Die nämlich arbeitete von 1973 an fast zwei Jahrzehnte lang als Servicekraft in der Hoxha-Villa und hatte unter anderem dafür zu sorgen, dass dort alle gut versorgt waren mit Essen.

Jetzt möchte Duçellari auf Spurensuche gehen – und Video-Interviews mit der Tante anschließend als sein Kunstprojekt präsentieren. Es soll um Erinnerung und Erinnerungslücken gehen, wie er sagt. Manches habe die Tante im Rückblick verklärt. Sie, die als junge Frau in die Dienste trat, habe sich bei den Hoxhas „wie ein Familienmitglied gefühlt", immer gut aufgenommen, „für mich ist das komisch zu verstehen". Denn er kenne aus Erzählungen ja auch die schlimmen Geschichten: die mit einem paranoiden und brutalen Diktator in der Hauptrolle, der sein Land in die Selbstisolation getrieben hatte. Der Bremer lebt nun in der alten Wohnung von Ilir Hoxha, einem der beiden Söhne von Enver Hoxha. „Es ist ziemlich hart, jetzt dort zu wohnen. Ich denke sehr viel nach", sagt Duçellari.

> Gemessen an der Armut der Bevölkerung kann vom Konzept des „allen Privilegien abgeneigten Führers" nicht die Rede sein

1974 hatte die Familie die „Vila 31" bezogen. Diese war organisiert wie eine große Wohngemeinschaft, eine, die immer größer wurde. Der Diktator und seine Frau Nexhmije hatten nach fast 30 Ehejahren nicht nur getrennte Schlafzimmer, sondern getrennte Wohnungen. Jeweils eigene Räumlichkeiten gab es auch für Hoxhas unverheiratet gebliebene Schwester und die drei Kinder mit ihren Familien. 1985 beim Tod Hoxhas, der schon jahrzehntelang gesundheitlich angeschlagen war, wohnten neun Erwachsene und sieben Enkelkinder in der Residenz.

„Denken Sie auch zuerst an Opulenz, Pracht und Kitsch?", fragt der Berliner Architekturfotograf Philipp Funke im Vorwort zu seinem Bildband „A Dictator's Home. Inside Enver Hoxha's Vila 31", der im März im Berliner Revolver-Verlag erschienen ist (Deutsch, Englisch, Albanisch, 180 Seiten, 42 Euro). Seine Antwort: Um die Villa von Hoxha zu verstehen, wäre es gut, von solchen Vorstellungen Abstand zu nehmen, „erwarten Sie keinen Prunk". Aber der Fotograf sieht durchaus die „Großzügigkeit" des Hauses. Gemessen an der „bitteren Armut" der Bevölkerung Albaniens und ihren meist äußerst beengten Wohnungen könne „vom ursprünglich vertretenen Konzept des allen Privilegien abgeneigten Führers" nicht die Rede sein, schreibt er.

Funke hatte 2019 ausverhandelt, dass er das von der albanischen Regierung gepflegte Gebäude einschließlich der Inneneinrichtung fotografieren durfte. Alles stand damals noch an seinem Platz, wie in einem Mausoleum. Regelmäßig wurde Staub gewischt und gereinigt. Nur ab und an wurde die Villa seit 1991 genutzt – mal für den Empfang eines norwegischen Geschäftsmanns, mal für die Unterbringung von Regierungsgästen, später für eine Kunstperformance und eine Buchausstellung. Meist aber blieb das Gebäude so verschlossen wie zur Zeit der Diktatur.

Jetzt werden Zeitzeug:innen umso wichtiger: Für Funkes Bildband hat Christiane Jaenicke die historische Einführung geschrieben – eine Autorin, die in den 80er Jahren Chefsekretärin in der DDR-Botschaft in Tirana war. Und nach Funke hat die deutsche Fotokünstlerin Jutta Benzenberg 2022 die Vila 31 fotografieren dürfen, die Witwe des albanischen Dissidenten Ardian Klosi. Eine Auswahl ihrer Fotos wurde im Frühjahr 2023 im Marubi-Nationalmuseum im nordalbanischen Shkodra ausgestellt.

Denn dass aus der Vila 31 kein Museum wurde, hat einen Preis: Die Geschichte lässt sich nun vor Ort nur noch eingeschränkt nachvollziehen. Möbel wurden verrückt oder entfernt, neue Wände eingezogen. Hoxhas Schlafzimmer ist nicht mehr, dort steht jetzt ein Konferenztisch. Immerhin andere Dinge blieben: Blaupunkt-Fernseher aus Westdeutschland, eine Porzellanvase mit dem Roten Rathaus in Ost-Berlin. Das Pop-Art-Design einer Matratze erinnert an die 70er. Im Flur steht eine alte italienische Musiktruhe aus der faschistischen Besatzungszeit – mit Radiostationen wie Königsberg und Memel (Germania). Alles galt 1991 nun wirklich als Volkseigentum – die Hoxha-Familie durfte bei ihrem Auszug nichts mitnehmen.

Premier Rama philosophierte 2019 in einem *Guardian*-Interview über Albanien als „das Nordkorea Europas". Er sprach damals mit Blick auf die Hoxha-Villa von einen „großen Dilemma": Es wäre „unangemessen, es in seinem jetzigen Zustand als eine Art Schrein zu belassen". Aber auch, das Haus „vollständig zu zerstören".

Als der Ministerpräsident, selbst Künstler, jetzt zur Eröffnung der Umwidmung kam, lobte er: „Das Beste, was mit diesem Ort passieren konnte." Und zeigte sich überzeugt, dass sich Enver Hoxha im Grab umdrehen würde, sähe er sein altes Haus so umgebaut. Beim Rundgang warf Rama auch einen Blick ins ehemalige persönliche Badezimmer des Diktators. Die biederen Kacheln mit gelb-weißem Blümchenmuster auf hellgrünem Grund sind dort noch an der Wand. Doch statt Waschbecken, Bidet und Toilette gibt es nun eine Küchenzeile. Wo der Diktator einst sein Geschäft verrichtete, steht eine Kaffeemaschine. Vergangenheitsaufarbeitung, Tirana-Style.

taz shop

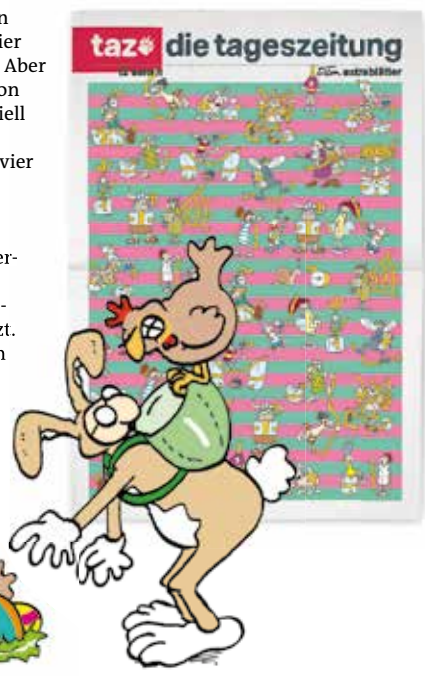
Eier suchen!

Die Pflanztasche besteht aus recycelten Wasserflaschen, die Pflanzen bewässern müssen Sie allerdings selbst. Wiederverwendbar, mit Henkeln.
Bei Bedarf per Hand waschen und an der Luft trocknen lassen.
Von Root Pouch.
Maße: Ø ca. 40 cm, H 29 cm.
Volumen: 39 l.
Farben: Braun, Schwarz, Grau meliert.
Artikel-Nr. 12159, **€ 7,90**

Eierwärmer. Die eierlegende Wollmilchsau haben wir leider noch nicht gefunden, aber wie süß sind bitte diese eierwärmenden Wolltiere? Einhorn und Schaf lassen sich auch wunderbar als Handpuppen zweckentfremden. Sie werden in Nepal handgefertigt und entlang der gesamten Produktionskette fair gehandelt. Für den Schafwollfilz kommen ausschließlich azofreie Farbstoffe zum Einsatz. Von Cilio.
Aus Schafwolle, waschbar im Wollwaschprogramm.
Auch als Eisbär, Pinguin und Einhorn erhältlich.
Maße: B 10 x H 13 x T 4 cm.
Artikel-Nr. 13272, jeweils **€ 6,99**

©TOM-Geschenkpapier Nr. 2. Wir haben schon immer schöne Zeitungsseiten als Geschenkpapier verwendet, wenn gerade nichts anderes da war. Aber da gab es ja auch noch nicht die Extra- blätter von ©TOM. Eine Zeitung ohne Buchstaben, die speziell fürs Geschenkeeinwickeln gedruckt wird.
24 Seiten im taz-Format. Vier doppelseitige und vier einseitige Motive. Rückseiten unbedruckt.
Artikel-Nr. 11288, **€ 3,70**

Pflege-Ei. Ist viel zu schade, um versteckt zu werden – na gut, außer vielleicht vom Osterhasen. Durch Körperwärme werden die wertvollen Biowirkstoffe auf Basis von Bienenwachs freigesetzt. Auch für beanspruchte Körperteile wie Ellbogen oder Knie geeignet. Von Aries.
Inhalt: je 50 g.
Artikel-Nr.
12109 **Pflege-Ei. € 6,90**
12111 **Reise-Ei.** In Weißblechdose. **€ 7,20**



10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen **taz.de/shop** | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de
Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

Pressefreiheit

In Erdoğans Türkei sind Fakten eine Beleidigung

In der Türkei, Platz 157 auf der Rangliste der Pressefreiheit, sitzt ein Journalist im Knast, dessen Land den dritten Platz derselben Liste belegt: Schweden. Was Joakim Medin vorgeworfen wurde, erfuhr er bei seiner Festnahme zunächst nicht. Dann erklärte das türkische Präsidialamt, es gehe um Präsidentenbeleidigung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

„Das ist natürlich falsch“, sagt Andreas Gustavsson, Chefredakteur von *Dagens ETC* – dem Medium, das Medin zum Berichten nach Istanbul schickte. Seit Beginn der Proteste gegen die Inhaftierung des Erdoğan-Konkurrenten İmamoğlu sind bislang an die 1.900 Menschen festgenommen worden – unter ihnen auch Journalisten. Die Nachrichtenagentur AFP berichtete, dass einer ihrer Fotojournalisten verhaftet worden sei. Des Weiteren sollen laut der türkischen Anwaltsvereinigung MLSA sechs Journalisten und Fotografen in Haft sein. Dann wurde der BBC-Korrespondent Mark Lowen des Landes verwiesen. Nach fünf Jahren in der Türkei wurde ihm vor einigen Tagen ein Bescheid vorgelegt, dass er wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ abgeschoben werde.

Die Türkei-Direktorin von Human Rights Watch, Emma Sinclair-Webb, sagte der BBC, sie sei schockiert über die Abschiebung. „Dies ist eine Botschaft an den Rest der internationalen Medien, dass die Türkei nicht dulden wird, dass über Dinge berichtet wird, die die Welt nicht sehen soll“, sagte sie. Und sie behielt Recht.

Seit der Niederschlagung des Putschversuchs 2016 geht die türkische Regierung hart gegen Journalisten vor. Einige müssen langjährige Haftstrafen absitzen, andere warten jahrelang auf Urteile. Ausländische Korrespondenten warten laut Reporter ohne Grenzen monatelang auf die Verlängerung von Akkreditierungen. Nach den Wahlen 2023, die Erdoğan gewann, wurden Dutzende kurdische Journalisten verhaftet. Nun schreckt das Erdoğan-Regime nicht mal mehr davor zurück, ausländische Journalisten festzusetzen, basierend auf Behauptungen, die zum Kopfschütteln sind. Denn die Verhaftung Medins steht im Zusammenhang mit einer Erdoğan-Puppe, die im Januar 2023 vom Rathaus in Stockholm von einer PKK-Aktivisten-Gruppe aufgehängt wurde. Angeblich soll Medin daran beteiligt gewesen sein, stichfeste Beweise legte die Türkei jedoch nicht vor.

Schwedens Außenministerin Maria Malmer Stenergard sagte, dass der Fall „für die Regierung höchste Priorität“ habe. Die Redaktion von *Dagens ETC* hofft, dass Stenergard beim Nato-Außenministertreffen in Brüssel am Donnerstag mit ihrem türkischen Amtskollegen über die Festnahme Medins sprechen wird.

Rojavakommittéerna, die Gruppe, die den kurdischen Protest organisiert hatte, bestreitet, dass Medin beteiligt war: „Wir möchten klarstellen, dass Joakim Medin kein Mitglied der Roja-Komitees ist und auch nie war“, schrieben sie an die schwedische Zeitung *Aftonbladet*. Das einzige, was ihm „nachzuweisen“ ist? In seinem neuesten, im Jahr 2023 erschienenen Buch, interviewte er eine Person, die bei der Aktion dabei war. Auf der Website von D*agens ETC* schreibt Chefredakteur Gustavsson: „Joakim ist Journalist. Er berichtet und analysiert. Er ist natürlich kein Mitglied der PKK oder einer anderen Gruppe. Er näht keine Erdoğan-Puppen. Er beleidigt niemanden. Journalismus ist kein Verbrechen. Fakten sind keine Beleidigung.“

Klaudia Lagozinski

Highlights auf der Klappbank

In der ZDF-Comedy „Späti“ muss man die Höhepunkte eher suchen. Berliner Atmosphäre liefert die Sache aber immerhin, nicht zuletzt in den Nebenrollen

Die toughe Aylin (Gülseren Erkut, r.) sucht mal Trost beim schusseligen Fred (W. G. Ochsenknecht) Foto: Norman Keutgen/zdf

Von **Julia Schöpfer**

An wirklich jeder Ecke ’n Späti: So fühlt es sich in manchen Momenten in Berlin an. Tatsächlich zieren „nur“ circa 1.000 Spätis die Straßen der Hauptstadt. Als Eckpunkte des Alltags stellen sie nicht nur notdürftige Versorgung in der Mitternachtsstunde, die meist aus Chips, Bier und Zigaretten besteht, sondern bilden einen sozialen Treffpunkt und repräsentieren mit viel Herz die spezifische Berliner Kultur. Genau die versucht die ZDFneoSerie „Späti“ mit Wilson Gonzalez Ochsenknecht auf die Beine zu stellen. Hier geht es um einen ganz durchschnittlichen Späti, dessen Besitzer Hakan (Sahin Eryilmaz) kurzfristig in die Türkei reisen muss, seine Tochter Aylin (Gülseren Erkut) jedoch den Laden nicht ganztags stemmen kann. Der tollpatschige Fred (Wilson Gonzalez), welcher jeden Tag am Späti abhängt, versucht daraufhin der Welt zu beweisen, dass er tatsächlich etwas neben Jobverlust und Vergesslichkeit drauf hat und hängt sich als Ladenschwengel rein.

Auf den ersten Blick kann „Späti“ wie ein ZDF-Abklatsch von „Die Discounter“ aus Hamburg wirken, jedoch zeigt die Sitcom recht schnell ihren eigenen berlinerischen Charme. Die Serie versucht der Chaosrealität eines Spätis gerecht zu werden und bringt viel Liebe der Berliner Kulturszene entgegen.

> Auf den ersten Blick kann „Späti“ wie ein ZDF-Abklatsch von „Die Discounter“ aus Hamburg wirken

Ganz nach dem Social-Media-Sound „Der Sommer kam und Berlin war der schönste Ort auf Erden“ fängt die Serie die sechs lebenswerten Monate der Hauptstadt ein: ein heruntergefallenes Eis, das traurig auf dem Asphalt schmilzt, überfüllte Mülleimer und das Spiel aus Langeweile und Chaos, das den Protagonist:innen der Serie zu schaffen macht.

Freds Dusseligkeit ist in den ersten Folgen unerträglich unrealistisch. Nicht nur die Kund:innen vermissen Hakan, sondern auch ich. Wie viel Tollpatschigkeit kann eine Person in sich vereinigen? Fred zeigt zumindest, dass es kein Limit nach oben gibt. Mit den Folgen nimmt aber seine Ungeschicklichkeit ab und damit steigt auch die Sympathie für seinen Charakter. Fred merkt, dass er echte Verantwortung für den Laden mitbringen muss und freundet sich langsam auch mit der anfangs schroffen Aylin an.

Die Highlights der Sitcom sitzen jedoch auf der Klappbank vorm Späti: Marianne (Eva Weißenborn), Helmut (Torsten Michaelis) und Rashid (Falilou Seck). Die drei wetten bei jeder Gelegenheit und haben genau den realistischen, bodenständigen Witz, welcher die Serie wieder glaubwürdig macht. Neben wirklich pointierten, amüsanten Dialogen mit so manchen Kund:innen, gibt es auch sehr überraschenden Cameos, wie „Die Discounter“-Schauspieler Marc Hosemann, der im gefälschten Chanel-Trekking-Anzug und Human Puppy in den Laden spaziert oder Rapper Ski Aggu, bei dem Marianne nachhakt, ob er denn überhaupt was durch seine Skibrille erkennen könne.

Neben Freds Tollpatschigkeit muss die Späti-Crew auch noch mit der Vermieterin des Ladens, Frau Gröner (Isabell Polak) klarkommen. Diese will um jeden Preis den Laden in eine Yoga-Oase verwandeln, um jeden Preis heißt hier auch: den der Eindimensionalität, ohnehin eine Schwäche der Serie: Existenzängste um den Späti und Stress haben nämlich anscheinend alle außer der Ladenbesitzer. Und auch die Polizist:innen sind unnötig lächerlich gezeichnet.

„Hakan’s Späti“ hat zwar ein paar Ecken, wo die Farbe der Story doch deutlich abblättert, aber die Geschichte lebt dann am Ende doch von ihrem Charme. Für eine Kurzstrecke zum Späti ist die Serie also auf jeden Fall eine Fahrt zur ZDF-Seite wert.

tagestipp

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Waisen sich selbst überlassen. Die Doku folgt polnischen Waisenkindern, die von Sibirien über ein Lager in Tansania bis nach Kanada gelangten. Von Putin entführte ukrainische Kinder haben deutlich weniger Glück.

„Die Odyssee der Waisen – 1939–1949“,
Arte, 20.15 Uhr

Foto: kresy/arte f

ARD

12.00 Tagesschau
12.10 Mittagsmagazin
14.00 Tagesschau
14.10 Rote Rosen
15.00 Tagesschau
15.10 Sturm der Liebe
16.00 Tagesschau
16.10 Familie Dr. Kleist
17.00 Tagesschau
17.15 Brisant
18.00 Wer weiß denn sowas?
18.50 WaPo Duisburg: Verdammt lang her. D 2025
20.00 Tagesschau
20.15 Fußball: DFB-Pokal
23.05 Block Party – Peter Fox feiert mit Berlin
0.35 Tagesschau

ZDF

12.00 heute
12.10 Mittagsmagazin
14.00 heute – in Deutschland
14.15 Die Küchenschlacht
15.05 Bares für Rares
16.00 heute – in Europa
16.10 Die Rosenheim-Cops: Matchball für eine Leiche. D 2017
17.00 heute
17.10 hallo deutschland
18.00 SOKO Köln: Vaterfreuden. D 2023
19.00 heute
19.25 Die Rosenheim-Cops: Hansens neuer Bruder. D 2025
20.15 besseresser
21.45 heute-journal
22.15 Vergiftete Kindheit: Wenn Alkohol Familien belastet
22.45 Markus Lanz
0.00 heute journal update
0.15 Midnight in the Switchgrass. Actionthriller, USA 2021
1.40 dein buch – Das Beste von der Leipziger Buchmesse

RTL

12.00 Punkt 12
15.00 Barbara Salesch – Das Strafgericht
16.00 Ulrich Wetzel – Das Strafgericht
17.00 Der Blaulicht-Report
17.30 Unter uns
18.00 Explosiv – Das Magazin
18.30 Exclusiv – Das Star-Magazin
18.45 RTL Aktuell
19.05 Alles was zählt
19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
20.15 Behringer und die Toten – Ein Bamberg-Krimi: Feuerteufel. D 2023
22.15 RTL Direkt
22.35 Extra – Das RTL Magazin
0.00 RTL Nachtjournal
0.25 RTL Aktuell Spezial
0.45 CSI: Miami: Wahrheiten gibt es viele. USA 2006

SAT.1

12.00 Klinik am Südring
13.00 Auf Streife – Die Spezialisten
15.00 Auf Streife
16.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
17.00 Notruf
18.00 Lenßen übernimmt
19.00 Die Landarztpraxis
19.45 SAT.1 :newstime
20.15 Criminal Minds: Verschwörung und Theorie. USA 2024
21.15 Criminal Minds: Das Rezept. USA 2024
22.25 FBI: Special Crime Unit: Auf schmalem Grat. USA 2024
23.20 FBI: Most Wanted: Künstliche Intelligenz. USA 2024

Pro 7

12.00 The Big Bang Theory
12.55 How I Met Your Mother
13.20 The Middle
13.50 Two and a Half Men
15.10 Young Sheldon
15.40 The Big Bang Theory
17.00 taff
18.00 ProSieben :newstime
18.10 Die Simpsons
19.05 Galileo
20.15 TV total
21.25 Fake News – Alles erstunken und erlogen
22.25 Chris du das hin?
23.30 TV total

KI.KA

7.45 Sesamstraße
8.10 Odo – Kleine Eule ganz groß
8.25 Zacki und die Zoobande
8.45 Super Wings
9.15 Ene Mene Bu – und dran bist du
9.35 Zoés Zauberschrank
10.15 Der kleine Rabe Socke
11.00 logo!
11.10 Geronimo Stilton
12.20 Mascha und der Bär
12.30 The Garfield Show
12.55 Power Players
13.15 Mirette ermittelt
13.40 Die Pfefferkörner
14.10 Schloss Einstein
15.00 Club der magischen Dinge
15.50 Zoom – Der weiße Delfin
16.15 Power Sisters
16.40 The Garfield Show
17.05 Minus Drei und die wilde Lucy
17.25 Die Schlümpfe
17.50 Die Coop Troop
18.15 Heidi
18.35 Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab? – Die Abenteuer des kleinen Hasen
18.50 Unser Sandmännchen
19.00 Mia and me – Abenteuer in Centopia
19.25 pur+
19.50 logo!
20.00 KiKA Live
20.10 Die Allstars-WG – Roadtrip Rotterdam
20.35 Checkpoint

ARTE

8.05 Stadt Land Kunst
8.55 Die Etrusker, eine antike Supermacht
10.25 Kaiser Augustus – Vom Schlächter zum Friedenskaiser
11.25 Ein Start-up aus der Banlieue
11.55 Küchen der Welt
12.25 Stadt Land Kunst
13.10 Stadt Land Kunst
14.00 In Wahrheit: Für immer Dein. D 2025
15.35 Leben mit Vulkanen
16.00 Aralsee – Wo ist das Wasser hin?
16.55 Aralsee – Wo ist das Wasser hin?
17.50 Im Bauch von ...
18.35 Pakistans Natur, ein fragiler Schatz
19.20 Arte Journal
19.40 Wie Männer trauern lernen
20.15 Die Odyssee der Waisen – 1939-1949
21.50 Der Fall Léon K. – Ein Schicksal im Zweiten Weltkrieg
23.10 Das Tagebuch des Abbé Stock – Paris 1940 – 1944
0.05 Tracks East
0.40 Das Vorspiel. Drama, D/F 2019. Regie: Ina Weisse. Mit Nina Hoss, Simon Abkarian

3SAT

18.30 nano
19.00 heute
19.20 Kulturzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Grenzland
21.45 kinokino
22.00 ZIB 2
22.25 Hitlers Zentrale des Terrors – Die Nazis und der Massenmord
23.10 Hitlerputsch 1923 – Das Tagebuch der Paula Schlier
0.00 Landwirtinnen am Anschlag – Bauernberuf in Zeiten des Hofsterbens
0.30 10vor10

BAYERN

18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
18.30 BR24
19.00 Gesundheit!
19.30 Dahoam is Dahoam
20.00 Tagesschau
20.15 Tatort: Ein paar Worte nach Mitternacht. D 2020
21.45 BR24
22.00 Der Barcelona-Krimi
23.30 Schlachthof
0.15 Ringlstetter

SWR

18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
20.00 Tagesschau
20.15 Marktcheck
21.00 Die Tricks ...
21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
22.00 Comedy Scheune
22.30 Comedy vom Rhein Spezial
23.00 kabarett.com
23.45 Nuhr im Ersten
0.30 Almania

HESSEN

18.00 Maintower – News & Boulevard
18.25 Brisant
18.45 Die Ratgeber
19.15 alle wetter
19.30 hessenschau
20.00 Tagesschau
20.15 Mathildenhöhe – Wiege der Moderne
21.00 Business zwischen Armut und Multikulti – Darmstadt Luisenplatz
21.45 hessenschau
22.00 Raus aufs Land
22.40 Indiskret. Liebeskomödie, GB 1958. Regie: Stanley Donen. Mit Cary Grant, Ingrid Bergman
0.15 Veronika – Zeugen aus dem Jenseits: Seance. S 2023
1.00 Veronika – Zeugen aus dem Jenseits: Geheimnis. S 2023

WDR

18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
18.15 Servicezeit
18.45 Aktuelle Stunde
19.30 Lokalzeit
20.00 Tagesschau
20.15 Tatort: Alter Ego. D 2012
21.45 WDR aktuell
22.15 Tatort: Der Tausch. D 1986
23.40 Tatort: Unter Brüdern. D 1990

NDR

18.00 Ländermagazine
18.15 Mit Leidenschaft ins Risiko – Der Landwirt, der gerne experimentiert
18.45 DAS!
19.30 Ländermagazine
20.00 Tagesschau
20.15 Visite
21.00 Abenteuer Diagnose
21.45 NDR Info
22.00 Polizeiruf 110: Sabine. D 2021
23.30 Weltbilder

RBB

18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter
19.30 rbb24 Abendschau
20.00 Tagesschau
20.15 Die Queens von Kreuzberg
20.45 Die Kings von Kreuzberg
21.15 Starke Frauen – harter Kiez
21.45 rbb24
22.00 Thadeusz lang und breit
22.55 Hauptstadterby – der Union- und Hertha-Podcast
23.55 Okawango – Fluss der Träume
0.40 Okawango – Fluss der Träume

MDR

18.10 Brisant
19.00 MDR Regional
19.30 MDR aktuell
19.50 Einfach genial
20.15 Umschau
21.00 Der Osten – Entdecke wo du lebst
21.45 MDR aktuell
22.10 Schwarz Rot Gold – Schatzsuche in der Mongolei
22.55 Auf dem Weg. Drama, F 2023
0.20 Lauchhammer – Tod in der Lausitz: Tückische Erde. D 2022

PHOENIX

12.00 phoenix vor ort
12.45 unter den linden
13.30 phoenix plus
14.00 phoenix vor ort
14.45 phoenix plus
15.15 phoenix plus
15.45 Jeder Baum zählt: Neue Ideen für die Rettung der Wälder
16.15 Geheime Akten: Was geschah in syrischen Folterkellern?
16.30 Zum ersten Mal wieder in Syrien – 10 Jahre nach meiner Flucht
17.30 phoenix der tag
18.00 Polens Zivilisten trainieren für den Ernstfall
18.30 Geheimdiplomat Bundeskanzler – Wie Helmut Kohl die Staatssicherheit narrte
19.15 Inside Stasi – Die Geheimnisse der Staatssicherheit
20.00 Tagesschau
20.15 Fliegerstadt Laucha – 100 Jahre Luftsport
21.00 Vom Zentralstadion zur RB-Arena: Die Geschichte der Leipziger Riesenschüssel
21.45 heute-journal
22.15 phoenix runde
23.00 phoenix der tag
0.00 phoenix runde

Kein Platz mehr für heimelige Gefühle: Das ikonische Foto von Marco Rose mit DFB-Pokal
Foto: imago

Stagnation auf hohem Niveau

Bei RB Leipzig muss Marco Rose mit seiner Entlassung ausbaden, was schon länger schiefläuft. Die Identität des Klubs dürfte sich drastisch ändern

Aus Leipzig **Fabian Held**

Auf die „Wall of Fame“ hat es Marco Rose noch geschafft. Sein ikonisches Bild, leicht angeschlagen, mit rotem Anglerhut tief ins Gesicht gezogen, breit grinsend, ist auf einer Wand in den Tiefen des ehemaligen Leipziger Zentralstadions verewigt. Er gehört damit zu den „Legenden“ des Klubs. Doch Trainer von RB Leipzig ist Rose seit Sonntag nicht mehr.

Ein blutleeres 0:1 bei Borussia Mönchengladbach, einem direkten Konkurrenten im Kampf um die internationalen Wettbewerbe, kostete den gebürtigen Leipziger den Job. Nach 125 Pflichtspielen. Schon zwei Mal hatte er zuvor auf der Kippe gestanden, jetzt wollten die Bosse handeln, da die Qualifikation des Männerteams zur Champions League akut in Gefahr ist. „Ausbleibende Ergebnisse“, „neuer Impuls“ und „Saisonziele erreichen“ waren die Schlagworte von Marcel Schäfer, Sportgeschäftsführer bei RB, mit denen er die Trennung begründete. Zusammen mit dem „Head of Global Soccer“, Jürgen Klopp, gilt Schäfer als einer der letzten Fürsprecher von Rose. Sie wollten eigentlich die Saison sauber zu Ende bringen. Doch jetzt scheint ein tiefgreifender Umbau unausweichlich.

Entscheidend für den Prozess ist Oliver Mintzlaff. Er ist Geschäftsführer bei Red Bull und Aufsichtsratschef im Klub. Im September hatte er in einem viel beachteten Interview mit dem *Kicker* gesagt: „Wir waren leider noch nie da, wenn die Lücke aufging.“ Er will um die Meisterschaft spielen. Aktuell trennen RB und Bayern 23 Punkte.

Mintzlaff ist der nimmermüde Antreiber im Klub. Er hat eine gewisse Zufriedenheit im RB-Fußball-Kosmos gespürt, wollte deshalb wachrütteln. So wurde „Kloppo“ dazugeholt. In den bisherigen acht Bundesliga-Saisons erreichte RB sechs Mal zwischen 65 und 67 Punkte. Das reicht für die Königsklasse, aber nicht für die Meisterschaft. Die beiden Pokalsiege 2022 und 2023 kaschierten lange eine Stagnation auf höchstem Niveau. In dieser Saison gab es einen klaren Rückschritt.

Das liegt auch an Rose. Nach einem starken Saisonstart konnte die Mannschaft zu selten ihr Potenzial abrufen. Die Spieler wirkten bemüht, aber oft auch planlos. In den letzten fünf Auswärtsspielen gelang kein Tor. Sieben Saisonspiele verlor RB trotz einer Führung. In der Königsklasse wurden sieben von acht Spielen verloren. Horrorzahlen für die Ambitionen des Klubs.

Was allerdings auch stimmt: Der kleine Kader war in dieser Saison von Verletzungen gebeutelt. Vor allem der Ausfall von Xaver Schlager wiegt schwer. Der Österreicher ist Taktgeber auf der Sechs und Führungsspieler. Von denen gibt es im Team zu wenig, die Gruppe schien auseinander zu fallen.

Das hat auch mit dem Geschäftsmodell von RB zu tun: Die größten Talente anlocken, entwickeln und dann an die Allergrößten weiterverkaufen. Der nächste, der diesen Weg geht, dürfte Benjamin Sesko sein. „FC Barcelona oder Manchester United?“, scheint bei ihm die einzige Frage zu sein. So wirkt es manchmal, als wären die Spieler mit einem Bein in Leipzig und mit einem schon wieder weg. Aufgefangen werden sollte das von einer erfahrenen Achse. Mit dem 22-fachen Nationalspieler Lukas Klostermann (seit 2014 im Klub), Yussuf Poulsen (2013), Willi Orban (2015), Peter Gulacsi (2015) und Kevin Kampl (2017) stehen fünf der sechs Rekordspieler des Vereins noch im Kader. Bis auf Gulacsi und mit Abstrichen Orban verkörpern sie aber nicht mehr allerhöchstes Bundesliganiveau. Wie geht es mit dieser identitätsstiftenden Gruppe im Somme? Ein großer Umbruch scheint unausweichlich.

> „Wir waren leider noch nie da, wenn die Lücke aufging“
>
> Red Bull-Geschäftsführer Oliver Mintzlaff

Lange wurde in Leipzig gerne die Wohlfühlgeschichte erzählt, dass dieser Kern gemeinsam von der 2. Liga bis ins Pokalfinale gestürmt ist. Dann kam noch der Leipziger Rose hinzu, der zweite Pokaltitel wurde geholt. Doch diese Geschichte scheint jetzt zum Ende zu kommen. Mit Zsolt Löw übernimmt der „Head of Soccer Development“ bis zum Saisonende. Er war zuletzt die rechte Hand von Klopp. Löws Aufgabe: Gegen den VfB Stuttgart am Mittwoch ins Pokalfinale einziehen und irgendwie die Top 4 in der Liga erreichen.

Andernfalls wird es sehr kühl in Leipzig.

Ali Çelikkan
All Pain, No Gain

Auch ein System kann eine Verletzung erleiden

Es ist der letzte Tag des Ramadan in Istanbul. Gerade aus dem Flugzeug gestiegen, mache ich mich auf den Weg nach Beşiktaş zum Istanbuler Derby gegen Galatasaray. Die Straßen sind überfüllt mit jubelnden Fans. Wer es sich leisten kann, sitzt in vollgepackten Restaurants, trinkt Rakı und isst Fisch.

Die anderen versammeln sich im Dichterpark um die Ecke. Hupen, Trommeln, Fackeln, Feuerwerk und Rauch. Leere Bierflaschen bedecken die Füße der Statuen berühmter Poeten. In einer Seitenstraße versucht ein Jugendlicher, auf dem Hinterrad seines Motorrads zu fahren, um die Menge zu beeindrucken, und fällt stattdessen auf den Rücken.

Wild mit Händen gestikulierend beschimpfen betrunkene Männer die Mütter des ungeschlagenen Tabellenführers und Meisters der letzten beiden Jahre: Galatasaray. Beşiktaş, der Verein, den ich unterstütze, hat zwar keine Chance mehr auf die Meisterschaft, doch für eine andere Mannschaft ist dieses Spiel extrem entscheidend: Fenerbahçe.

Das Team auf der anderen Seite des Bosporus befindet sich im Titelrennen mit Galatasaray. Gala wirft deshalb den anderen beiden Mannschaften vor, einen Pakt gegen sie zu schmieden, der als „Bruderschaft der Vögel“ bezeichnet wird, eine Anspielung auf die Symbole der Vereine, den Kanarienvogel und den Adler. Nicht nur diese Verschwörung hat die Süperlig infiziert. Denn der türkische Fußball ist krank.

Das Misstrauen gegenüber der Türkischen Fußball Föderation ist in den letzten Jahren gewachsen. Fast alle Mannschaften, deren Fans, aber auch Trainer wie José Mourinho von Fenerbahçe, glauben, dass die Schiedsrichter korrupt und Spiele schon im Vorhinein entschieden sind. So sieht es in einem Land aus, in dem niemand mehr an Recht und Gerechtigkeit glaubt.

Vor zwei Wochen hat die Regierung Erdoğan den Hauptkonkurrenten des Präsidenten, den Bürgermeister von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, illegal verhaftet. Seitdem gibt es täglich landesweite Proteste. Eine Theorie besagt, dass der Schiedsrichter des heutigen Spiels falsche Entscheidungen treffen wird, um Beşiktaş zum Sieg zu verhelfen.

Denn das würde das Titelrennen wieder spannend machen und die Aufmerksamkeit von den Protesten zurück auf den Fußball lenken. Wenn alle Teams gegeneinander kämpfen, bleibt kaum Zeit für Politik.

Meine Freunde, Gala-Fans, drängen mich, nach Beyoğlu zu fahren: Galatasaray-Gebiet. Der Taxifahrer unterwegs, ebenfalls Anhänger des Tabellenführers, glaubt schon, dass der Schiedsrichter „das Spiel kaputt machen wird“. Auf der belebten Straße versuchen Kellner, mich und meine Freunde in ihr Restaurant zu locken. Wir setzen uns. Der Fernseher läuft. Ich überhöre, wie sich ein Tischnachbar sorgt, dass der Schiedsrichter zu unerfahren sei. Anpfiff.

Beşiktaş erzielt in der 23. Minute ein frühes Tor. Die Gala-Fans im Restaurant wüten. In der 33. Minute werden ihre Befürchtungen wahr: Der rechte Verteidiger, Frankowski, tritt einem Beşiktaş-Spieler von hinten, als dieser kurz vor dem Strafraum den Ball erobern will. Der Schiedsrichter gibt Gelb.

Der VAR-Assistent ruft den Schiedsrichter und die Entscheidung wird auf Rot geändert. Vielleicht eine harte Entscheidung, die für Empörung sorgt. „Du Metzger, du Gauner!“, ruft ein Kind weinend dem Schiedsrichter zu.

Galatasaray spielt zu zehnt und verliert 1:2. Anderswo jubeln vielleicht die Fans von Fenerbahçe, die so sicher waren, dass Regierung und Fußballverband alles tun würden, um sie um den Meistertitel zu bringen.

Der Rückstand auf Galatasaray beträgt wahrscheinlich nur noch drei Punkte. Am Mittwoch treffen die beiden Mannschaften im türkischen Pokal in Fenerbahçe aufeinander. Eines ist sicher: Gerechtigkeit wird es nicht geben.

was alles nicht fehlt

Abschied einer Großen: Torhüterin Almuth Schult hat das Ende ihrer Laufbahn verkündet. Die 34- Jährige stand zuletzt in den Vereinigten Staaten bei Kansas City Current unter Vertrag. Sie bestritt 66 Länderspiele und prägte eine Ära beim VfL Wolfsburg, mit dem sie sechs Mal deutsche Meisterin, acht Mal DFB-Pokalsiegerin und 2014 Champions-League-Siegerin wurde. Im Nationalteam holte Schult unter anderem Olympisches Gold in Rio. Bekanntheit erlangte sie in der deutschen Öffentlichkeit aber vor allem mit ihrem Einsatz für Gleichberechtigung von Frauen im Fußball. So war Almuth Schult etwa Mitbegründerin der Initiative Fußball Kann mehr und arbeitete bei der Entwicklung neuer Fifa-Regularien zum Mutterschutz mit. In einer als angepasst geltenden Spielerinnengeneration war es vor allem Schult, die sich öffentlich mit den Mächtigen anlegte. Als eine der wenigen Fußballerinnen setzte sie zudem ihre Karriere neben der Mutterschaft fort. Seit 2021 ist Schult auch prominente TV-Expertin.

Mehr Kohle für Pfeile: Der Weltverband PDC hat das Preisgeld für Darts-Weltmeister:innen verdoppelt und das Feld der Teilnehmenden von 96 auf 128 Spieler:innen ausgedehnt. Ab dem Turnier 2026, das im Dezember dieses Jahres in London beginnen wird, soll Titelträgerin oder Titelträger eine Million Pfund erhalten. In den vergangenen Jahren wurden 500.000 Pfund für den bedeutendsten Titel der Darts-Saison ausgerufen. Die Aufstockung des WM-Feldes um 32 weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer war bereits antizipiert worden. Damit müssen künftig auch alle Topspieler:innen in der ersten Runde antreten. Die Darts-WM funktioniert künftig wie ein Grand-Slam-Turnier im Tennis. Es wird weiter ausschließlich im K.o.-Modus gespielt. Im Vergleich zum bisherigen Turnierablauf gibt es so auch 32 zusätzliche Spiele und acht extra Sessions. Die Spieler:innen, die in Runde eins scheitern, bekommen statt 7.500 Pfund künftig 15.000 Pfund. Auch bei weiteren Turnieren werden die Preisgelder erhöht.

April April, Scheiß-April!

Unterwegs mit dem offiziell für Aprilscherze zuständigen Berliner Frühjahrs-Kasper

Von **Patric Hemgesberg**

Die hochbetagte Kiste, aus der alle Aprilscherze stammen Foto: dpa

Aus der kleinen Kapelle auf dem Berliner Magdalenen-Friedhof gellen Schreie. Der scheinbar vor einer Woche verstorbene Karl August Schwindmeyer stößt mitten in Mozarts „Ave verum“ den Sargdeckel auf und meldet sich mit einem krächzigen „April, April!“ lautstark im Diesseits zurück. Die Trauergemeinde brüllt entsetzt auf, doch ungerührt hüpft der pensionierte Lehrer aus seinem Behältnis und tänzelt mit ein paar Samba-Rasseln schäkernd durch die Reihen. Dann ballert er mit einer Konfettikanone in den Pulk und ruft mehrmals „April, April!“, sodass ihm der blanke Hass der Versammelten entgegenschlägt.

Einen Vollsprint zum Parkplatz später sind wir mit Schwindmeyers schwarzem Leichenwagen vor einem motorisierten Angehörigen-Mob auf der Flucht. Damit er am Steuer überhaupt etwas sehen kann, müssen wir dem Ex-Studienrat sekündlich Lachtränen aus dem Bindehautsack wischen.

Was kaum jemand weiß: Schwindmeyer, den wir heute bei seinem clownesken Tagewerk begleiten dürfen, ist seit wenigen Wochen Vorsitzender der „Deutschen Aprilscherz-Gesellschaft e. V.“. Dass der Possenreißer vom Dienst nicht mal davor zurückschreckt, die eigene Familie zu pranken, möchte er im Hinblick auf seine erste Amtszeit eher als Commitment verstanden wissen.

„Anders als bei unseren Narrenkollegen im rheinischen Karneval haben wir von der DASG bloß einen einzigen Tag, um den gepflegten Dampfhammerwitz aus der Mottenkiste zu holen. Da ist Mitleid ein Luxus, den wir uns auf keinen Fall erlauben können. Festhalten!“

Schwindmeyer reißt in bester Actionfilm-Manier das Lenkrad herum und biegt mit quietschenden Reifen in einen rumpeligen Forstweg ab. Das halsbrecherische Manöver zeigt Wirkung. Weil der familiäre Autokorso vorbeirast, ohne uns zu bemerken, können wir die frische Waldluft erst einmal ohne Angst vor Blutrache genießen.

Kurz darauf in Berlin-Charlottenburg. Die Hoffnung, Schwindmeyer würde uns nach der Weiterfahrt in die Hauptstadt ein Bier im Wirtshaus Diener Tattersall spendieren, ist leider ein Trugschluss. Denn dem Witz-Suchti geht es auch hier wieder bloß um seinen nächsten Kick. Dass er sich dazu prominente Expertise geholt hat, wundert uns im politischen Berlin allerdings kaum.

Als wir den Schankraum betreten, sitzt Gregor Gysi schon mit einem frisch aufgefüllten Schwenkglas am Tisch. Wir staunen nicht schlecht, als wir darunter Markus Söder und seine Entourage aus Personenschützern bewusstlos inmitten leerer Weinflaschen entdecken. Schwindmeyer bedankt sich noch beim linken Silberrücken für die liebevolle Betreuung der Delegation aus München. Dann tragen wir den im Rausch schmatzenden Ministerpräsidenten zum Auto und hieven ihn mit Elan auf die Ladefläche.

Dass man den CSU-Chef gleich mit persönlich unterschriebener Grünen-Mitgliedskarte am Revers und einem veganen Weißwurst-Zipfel im Mund auf Anton Hofreiters Couch vorfinden wird, ist laut Schwindmeyer längst ausgemacht. Um Söders Ruf in Bayern nicht vollständig zu ruinieren, werde man die Angelegenheit selbstverständlich noch am Abend des 1. April als harmlosen Aprilscherz aufklären. Aber wie der rastlose Ruheständler uns augenzwinkernd zu verstehen gibt: „Wahrscheinlich erst im Jahr nach der nächsten Landtagswahl.“

Im Anschluss an unseren Stopp bei den Hofreiters geht die atemlose Frühjahrshatz sofort weiter. Solange noch etwas vom Tag übrig ist, möchte Schwindmeyer unbedingt den künftigen Bundeskanzler in den April schicken. „Ich würde es mir nie verzeihen, wenn das lange Elend nächstes Jahr nicht mehr im Amt ist!“, gackert der infantile Senior und drückt dann mächtig aufs Gaspedal.

Da Friedrich Merz sich derzeit auf Heimaturlaub im fernen Brilon befindet, lenkt Schwindmeyer unsere Friedhofs-Limousine spontan auf die Autobahn. Den Aufruf per Funk an alle 10.000 DGVA-Vereinsmitglieder im Bundesgebiet, ihre bisherigen Albernheiten sofort einzustellen und für eine „konzertierte Scherz-Aktion“ ins Sauerland zu kommen, schickt der Chef-Spötter gleich mehrfach durch den Äther.

> Der Possenreißer muss an einem Tag die ganze Mottenkiste des Witzes plündern

Dann der Schock. Als wir darum bitten, vor der 460 Kilometer langen Strecke noch mal eben auf die Toilette zu dürfen, reicht der Flegel-Funktionär uns vollkommen humorlos eine viel zu kleine PET-Flasche herüber. Auf ein „April, April!“ warten wir dieses Mal leider vergeblich.

das wetter

Kuckuck

Sabine Kuckuck verbot ihrem Mann Holger strengstens, die aus dem Küchenradio plärrenden Liedchen mit zu trällern. Denn Holger konnte nicht unfallfrei singen. Am schlimmsten aber war es, wenn Róisín Murphys Song „Coocool“ angekündigt wurde. Dann jauchzte Holger: „Unser Lied!“, und begann, Ohren zerfetzend zu quinkelieren. Es klang, als ob ein Lastwagen über eine Katze fahren würde. Holger aber röhrte begeistert immer wieder: „Coocool, Kuckuck, Coocool, Kuckuck …“ Sabine war dem Wahnsinn nahe.

gurke des tages

Immer öfter fragen sich politische Beobachter hierzulande: **Was wird aus Olaf Scholz?** Wird der Nochkanzler, wenn ihn demnächst das Greenhorn Merz ablöst, zum **Altinternationalen à la Schröder?** Geht er in die weltberühmte Wirtschaft? Arbeitet er gar **für Putin?** Dafür spricht die Meldung der Gerüchteagentur dpa am Montag: **„Scholz spielt Eishockey auf Hannover Messe.“** Das Lieblingsspiel des frostigen Kremlzaren! Nachtigall, ick hör dir übers Eis trapsen.

Meister des Fabulierens

Wahre historische Momente: Casanovas Geburt

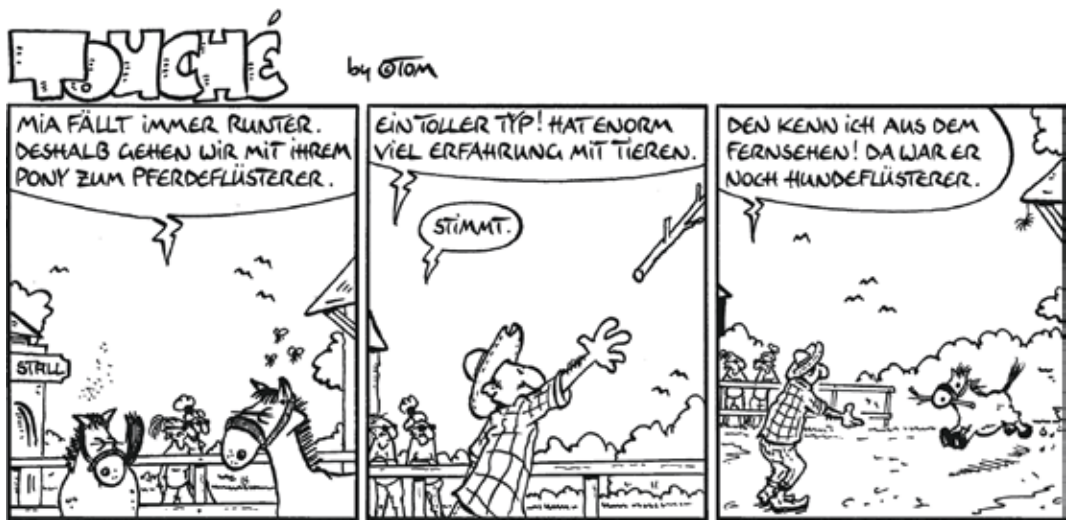
In unserer schnelllebigen Zeit gehen viele historische Phänomene im Strudel der Ereignisse unter. Deshalb erinnert die Wahrheit in loser Folge an die „wahren Momente der Geschichte“ und greift Geschehnisse auf, die sonst kaum irgendwo gewürdigt werden – wie die Geburt Giacomo Casanovas. Morgen vor 300 Jahren, am 2. April 1725, wurde Casanova in Venedig geboren. Im Jahr 1755 wurde der Urvater der Wahrheit wegen „Schmähungen gegen die heilige Religion“ verhaftet und in die berüchtigten Bleikammern seiner Heimatstadt geworfen, aus denen ihm 15 Monate später spektakulär die Flucht gelang. Von da an ging er auf Reisen und wurde einer der größten Abenteurer seiner Zeit. Seine Mission war es sein Lebtag lang, die Damenwelt zu beglücken. Auf seinen Streifzügen durch Europa machte er nicht nur das wundervolle Lottospiel in unseren Breiten populär, berühmt wurde Casanova vor allem wegen seiner fantastischen Fabulierkunst. Mit der Nacherzählung seiner Abenteuer entzückte er unzählige Frauenzimmer und Mannsbilder. Seine berühmten Memoiren voller Verführungsgeschichten gehören wegen ihrer außerordentlichen erzählerischen Güte zur Weltliteratur. Unsere ewige Verehrung sei dem großen Meister Giacomo Casanova gewiss.

Antänzer in Leder

Peter Maffay tritt als Mumie bei Abiball auf

Mumienfoto: dpa

Peter Maffay hat einen letzten Wunsch, was er als Mumienrocker vor seinem Ableben noch unbedingt tun möchte. Im November 2018 wurde Maffays Tochter Anouk geboren. Jetzt kommt die Sechsjährige in die Schule. Was in dem 75-Jährigen eine grandiose Idee hat keimen lassen: „Ich wünsche mir, dass ich dann noch tanzen kann und bei ihrem Abiball den ersten Tanz bekomme“, sagte Maffay der Trockenhauben-Zeitschrift *Gala*. Dann rechnen wir doch mal ganz kurz mit: 75 plus 13 gleich 88. Der ewige Lederhosenträger Maffay wäre also 88 Jahre alt, und wenn er sich dann noch in seine Lieblingshose zwängen kann, wird dem Tanz nichts entgegenstehen – außer vielleicht eine Frage: Was will Maffay auf einem Abiball? Väter, die ihre Töchter auf ein Schulabschlussfest begleiten, sind doch die peinlichsten Gestalten der Welt. Die arme kleine Anouk. Die gruselige Aussicht, nicht von einem coolen, gut aussehenden und jungen Typen, sondern stattdessen von einem mümmelgreisigen Antänzer zum Abiball begleitet zu werden, wird Anouk von nun an ihr ganzes Schulleben lang begleiten. Das werden harte Jahre. Hart wie der Schmuserocker Peter Maffay.



Bernd Gieseking

Was costaricat die Welt?

Eine neue Regel bestimmt gerade mein Leben: „Was nass ist, bleibt nass!“ Denn hier ist zwar gerade Trockenzeit, dafür regnet es beachtlich in diesem sehr, sehr warmen Land. Und alles, was nass ist, bleibt eben nass.

Ich bin in Costa Rica. Mitten in Mittelamerika. Dabei wollte ich gar nicht hierher. Ich reise lieber in den Norden, nach Finnland. Aber meine Liebste hatte argumentiert, wir seien hier immer noch 1.083 Kilometer nördlich des Äquators, also immer noch auf der nördlichen Erdhalbkugel. Damit, versuchte ich dagegen zu halten, wären wir immerhin 8.923 Kilometer vom Nordpol entfernt. Nördlich sei nördlich, erklärte sie. Ich gab nach.

Ich sehe momentan vor mir den Arenal, „den“ Vulkan in Costa Rica. Genauso sagenhaft wie der schwarze Jaguar. Es soll beide geben, aber niemand hat sie bisher gesehen.

Seit Columbus im Jahr 1502, nachdem er sich verfahren hatte auf dem Weg nach Indien, hier erstmals anlandete, war der Arenal stets komplett im Nebel. Nun, nach drei Tagen Dauerregen, steht er plötzlich, zum ersten Mal sichtbar für die Menschheit, in unfassbarer Schönheit vor uns. Durch die dauerhaft vernebelte Spitze wusste man vor seiner Erstbesteigung im Jahr 1937 nicht mal, dass er ein Vulkan ist.

Auf dem Weg zum Arenal waren wir auf der Kakaoplantage Finca La Amistad – übersetzt: „Freundschaft“. Als Sohn eines Milchmädchens, aufgewachsen mit dem Einrühren von Nesquik in die Milch, bin ich schwer beeindruckt davon, wie viel Arbeit Kakao macht. Jetzt weiß ich, dass 999 Kakaoblüten umsonst blühen und jede nur 24 Stunden darauf warten kann, ob der „Pacific mosquito“ sie bestäubt! Für Kolibris, selbst Bienen sind die Blüten zu klein!

In Costa Rica ist alles „pura vida“. Ein Fest der Lebenslust und guten Laune. Jeder strahlt. „Pura vida“ ist Zauberwort, Begrüßung, Kommentar und Abschied. Es kann „Dafür nicht!“ heißen oder „Schiet watt up!“, wie wir Ostwestfalen sagen, wenn uns mal wieder alles egal ist.

Egal ist den Ticos, wie sich die Einwohner nennen, jedenfalls ihr Land nicht. Auf nur 0,03 Prozent der Landfläche der Erde leben und wachsen 5 Prozent ihrer Artenvielfalt. Seit sieben Jahren bezieht das Land zu 98 Prozent reinen Ökostrom. „Unsere Armee sind unsere Schulen“, heißt es hier. 1948 wurde das Militär abgeschafft. Dieses Geld fließt in Bildung und ökologische Entwicklung. Während wir reisen, hat Deutschland ein Finanzpaket beschlossen mit Milliarden für die Rüstung. Wie viel geht bei uns in die Bildung?

Ich fühle mich plötzlich als Biologe in einem Land mit 50 Kolibri-Arten. Wir sehen Tucans, Aras, Quetzals, Copybaras und Nasenbären. Und dann – überraschend wie der Anblick des Arenal – ein schwarzer Jaguar! Unfassbar! Auf der Halbinsel Osa läuft das mythenumwobene Tier plötzlich über die Straße. Wenn ich schon nicht in Finnland bin, wird mir wenigstens ein schwarzer Jaguar geboten. Pura vida!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz.die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Söntke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH+Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 44,80 €